

(Beginn: 15.43 Uhr – Ende: 23.42 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 8. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates ganz herzlich.

Nach meiner Kenntnis haben sich Herr Köhler, Herr Kienitz und Frau Wolter für die heutige Sitzung entschuldigt.

Als Stimmzähler für die heute unter Tagesordnungspunkt 17 anstehenden Wahlen benenne ich Herrn Kron, Herrn Klipper und Frau Schlitt, als Vertreter Frau Möller, Herrn Koke und Herrn Thelen.

Zu Beginn möchte ich Herrn Klaus Hoffmann als neues Ratsmitglied begrüßen und einführen. Herr Dr. Müser hat, wie Sie wissen, sein Mandat niedergelegt. Herr Hoffmann wurde als Nachfolger gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Ich möchte die Anwesenden bitten - das gilt auch für die Gäste auf der Zuschauertribüne -, sich jetzt zu erheben. Herr Hoffmann, kommen Sie bitte zu mir nach vorn.

Herr Hoffmann, im Sinne des § 5.1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihren Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Allgemeiner Beifall)

Der Vollständigkeit halber gebe ich noch den Hinweis darauf, dass Herr Hoffmann schriftlich erklärt hat, dass er wie zuvor auch Herr Dr. Müser als beratendes Mitglied im Sinne des § 58 Abs. 1 der Gemeindeordnung in den Ausschüssen Kunst und Kultur, Stadtentwicklung sowie Finanzen mitwirken möchte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung haben wir über zwei Dringlichkeitsanträge der Fraktion pro Köln zu entscheiden. Im ersten Dringlichkeitsantrag geht es um die Einhaltung des Kölner Höhenkonzeptes, Schutz der romanischen

Kirchen in Köln, beim zweiten um das Thema Übernahme von Auszubildenden im Bereich der Stadt Köln. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass auch Dringlichkeitsanträge in der erforderlichen und üblichen Form gestellt werden sollten. Sie sollten nicht in der Form eingebracht werden, dass man aufgrund des Handschriftbildes Schwierigkeiten hat, zu erkennen, um welche Themen es sich genau handelt. - Herr Uckermann, Sie haben jetzt sechs Minuten Zeit, die Dringlichkeit der beiden Anträge zu begründen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich fange mit dem zweiten Dringlichkeitsantrag an, den ich in der Tat in handschriftlicher Form vorgelegt habe. Das hat allerdings seine Gründe. - In diesem Antrag geht es um die Zukunft der Auszubildenden im Bereich der Stadtverwaltung Köln. Circa 200 junge Menschen werden in knapp zwei Monaten ihre Abschlussprüfungen haben. Man hatte sich unter anderem auch an unsere Fraktion mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Ich habe das Anliegen aufgegriffen und versucht, es auf dem kleinen Dienstweg telefonisch zu regeln. Die anscheinend zuständige Mitarbeiterin hat mir zwar mitgeteilt, dass diese Angelegenheit geklärt sei, aber als ich soeben zur Ratssitzung kam, bekam ich einen Handzettel, in dem genau dieses Anliegen noch einmal vorgetragen wird. Ich meine daher, dass das ein dringendes Anliegen ist. Die Bürgerbewegung pro Köln ist der Meinung - ich nehme an, Sie alle werden sich dieser Meinung anschließen -, dass dieses Thema hier und heute behandelt werden sollte. Die jungen Menschen müssen Klarheit darüber haben, ob sie nach ihrer Ausbildung weiterhin bei der Stadt Köln arbeiten können, was wir alle hoffen, und zu welchen Modalitäten. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben mir - so habe ich Sie jedenfalls verstanden - signalisiert, dass Sie dazu gleich noch Stellung nehmen werden.

Ich komme nun zu unserem ersten Dringlichkeitsantrag, in dem es um die Einhaltung des Kölner Höhenkonzeptes geht. Seit Monaten hört man immer wieder, dass es Kontroversen darüber gibt, ob das Höhenkonzept im Bereich der Kirche St. Gereon eingehalten wird oder nicht. In der letzten Legislaturperiode war das ein großes Thema. Alt-Oberbürgermeister Burger hat sich sehr dafür eingesetzt, dass wir die Denkmäler der Stadt Köln sichern müssen. Wir müssen ganz genau schauen, was Investoreninteressen und was

Interessen der Bürgerschaft sind. Im konkreten Fall geht es um die Kirche St. Gereon, eine der wichtigsten romanischen Kirchen, und zwar europaweit. Da stehen wir in einer Verantwortung, die weit über unsere Stadt hinausreicht. Wir haben in der letzten Stadtentwicklungsausschusssitzung am Donnerstag - daher die Dringlichkeit, Herr Oberbürgermeister - festgestellt, dass dieser Verantwortung nicht Genüge getan wird. Wir werden nachher, unabhängig davon, ob dieser Antrag diskutiert wird, zu der Vorlage, wie das Baurecht geändert werden soll, einen Änderungsantrag einbringen, in dem wir fordern, dass die Traufhöhe des ehemaligen Historischen Archivs im Hof der Kirche eingehalten wird. Wir müssen hier zwischen Investoreninteressen und Interessen unserer Stadt Köln abwägen.

So weit zu den beiden von uns gestellten Dringlichkeitsanträgen. Ich hoffe und bitte darum, dass sie auf die Tagesordnung genommen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da keine weiteren Wortmeldungen dazu vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer gegen die Dringlichkeit des Antrages zum Thema „Einhaltung des Kölner Höhenkonzeptes“ ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann sowie die Linke. Damit ist das abgelehnt.

Wer gegen die Dringlichkeit des Antrages zum Thema „Übernahme von Auszubildenden“ ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, die Linke, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Festlegung der heutigen Tagesordnung. Der Entwurf liegt Ihnen vor.

Die Verwaltung schlägt folgende Zusetzungen vor: TOP 4.4, 4.5, 4.6, 4.7, 4.8, 6.1.4, 10.20, 10.21

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]:
10.22 nicht mehr?)

- zur Klarstellung: 10.22 ist keine Zusetzung -, 17.12, 17.13, 17.14, 17.15, 17.16 sowie - diese Zusetzung wird mir gerade auf den Tisch gelegt - 17.17, Benennung eines Verbandsvertreters für

die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse KölnBonn.

Folgende Tagesordnungspunkte sollen abgesetzt werden: 6.1.3, 6.3.1, 10.1, 10.15, sowie 16.1.

Wir kommen nun zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Dazu möchte ich Ihnen zwei Vorschläge machen.

Zum einen schlage ich vor, Tagesordnungspunkt 3.1.2 gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 4.6 und Tagesordnungspunkt 4.8 zu behandeln. Alle drei Tagesordnungspunkte haben mit dem Thema Oper zu tun und sollten daher en bloc beraten werden.

Zum anderen schlage ich vor, auch die Anträge unter TOP 3.1.4, 3.1.5 und 3.1.6 gemeinsam zu beraten. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vom Prinzip her stimmen wir Ihnen zu, den Punkt 3.1.2 zusammen mit den von Ihnen genannten Punkten zusammenzulegen. Wir möchten aber gerne, auch wegen des großen Interesses der Bevölkerung, dass das Ganze dann auch unter Punkt 3.1.2 behandelt wird, und nicht etwa erst mit den anderen beiden Punkten, die ja weiter hinten auf der Tagesordnung stehen. Haben wir Sie richtig verstanden, dass das Thema jetzt am Anfang der Sitzung behandelt werden soll?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das wird zusammengelegt, ja.

Jörg Uckermann (pro Köln): Auf den ersten Punkt?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, klar. - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Sie haben Punkt 6.1.4, Auflösung des Städtischen Schlachthofes, zugesetzt. Das ist derart kurzfristig gekommen, dass wir uns mit dieser Frage überhaupt nicht beschäftigen konnten. Deswegen schlagen wir vor - wir sind auch bereit, dem zuzustimmen; für meine Fraktion darf ich das sagen -, das in einer Dringlichkeitsentscheidung zu regeln. Soweit ich

weiß, muss bis zum 31. März eine Entscheidung getroffen werden. Da wir uns jedoch bisher damit nicht beschäftigen konnten, bitten wir darum, diesen Punkt wieder von der Tagesordnung zu nehmen und das auf diese Weise durchzuführen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Uckermann dazu.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Frage, den Städtischen Schlachthof zu schließen oder diesen wie auch immer weiterzubetreiben, ist so wichtig, dass man sie nicht einfach aus der öffentlichen Sitzung herausnehmen kann, um dann in Hinterzimmermanier eine Dringlichkeitsentscheidung, für die zwei Unterschriften genügen, herbeizuführen. Diese Frage bedarf einer öffentlichen Debatte. Wenn diese nicht bis zur nächsten Ratssitzung aufgeschoben werden kann, kann man diesen Punkt heute eben nicht absetzen. Wir von der Bürgerbewegung pro Köln wollen, dass eine so wichtige Frage hier im Plenum diskutiert wird. Sorgen Sie bitte dafür, dass zur nächsten ordentlichen Ratssitzung darüber öffentlich debattiert werden kann. Eine Dringlichkeitsentscheidung, die dann nur vom OB und einem weiteren Ratsmitglied unterschrieben wird, ist nicht das, was wir uns unter „öffentlich“ vorstellen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über diesen Einzelpunkt. Wer ist für den Antrag, den Tagesordnungspunkt 6.1.4 abzusetzen und diese Frage im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung zur Entscheidung zu bringen? - SPD, Grüne, CDU, FDP, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Linke. Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? - Pro Köln ist dagegen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt und wird im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung vorgelegt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann noch einmal.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln hat die Frage, ob Punkt 3.1.11, Querung der Rheinuferstraße mit Stadtbahntunnel, rechtlich überhaupt zulässig ist. Dieses Thema ist hier seit drei Sitzungen anhängig, und in diesen drei Sitzungen wurde immer nur Schach gespielt, wohl im Rahmen des anstehenden Landtagswahlkampfes. Die Bürgerbewegung pro Köln hat einen identischen Antrag zu einer Ratssondersitzung eingebracht. Bei der ist die Debatte darum direkt geknebelt worden. Und nun wird ein identischer Antrag eingebracht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Würden Sie bitte Ihren Antrag stellen. Worum geht es Ihnen?

Jörg Uckermann (pro Köln): Jetzt mein Antrag: Ich möchte von Ihnen wissen, ob das rechtlich zulässig ist. Wir freuen uns natürlich, dass man auf unsere politische Linie einschwenkt. Aber es darf hier keine Schule machen, dass unsere Anträge erst niedergemacht werden,

(Zuruf von der SPD: Doch!)

dann aber bei der nächsten Sitzung unter einem anderen Etikett wieder gestellt werden. Ich möchte jetzt von Ihnen als Kommunalaufsicht wissen, ob so etwas zulässig ist. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank für Ihren Hinweis, ich sei gleichzeitig Oberbürgermeister und Regierungspräsident. So weit würde ich nicht gehen wollen.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

Wir sind gerade dabei, die Tagesordnung festzustellen. Meine Frage: Wollen Sie dazu einen Antrag stellen, oder wünschen Sie eine allgemeine Rechtsauskunft? - Da Sie keinen Antrag gestellt haben, gehe ich davon aus, dass Sie somit einverstanden sind.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Tagesordnung. Sind Sie mit der vorliegenden Tagesordnung in der so geänderten Form einverstanden? - Wer ist gegen diese jetzt vorgestellte Tagesordnung? - Niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist sie

so festgestellt. Dann können wir jetzt in die Arbeit einsteigen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2. Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme der Schenkung des Gebäudes der minibib durch den Förderverein StadtBibliothek Köln e. V. 5380/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Schenkung zur Sanierung des Wasserbeckens im Blücherpark und die Übernahme der Pflege und Unterhaltung für 30 Jahre durch die RheinEnergie 0014/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Annahme? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Annahme einer Schenkung „Portrait Dr. Max Adenauer“ von Herrn Knut Osper an die Stadt Köln, Kölnisches Stadtmuseum 0768/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Annahme dieser Schenkung? - Wer enthält sich? - Dann ist sie ebenfalls angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.4:

2.4 Annahme einer Spende der Sparkasse KölnBonn für das Projekt Sportstadt Köln sowie die beleuchtete Laufstrecke in Köln-Müngersdorf 0206/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist das - -

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben die Gegenstimmen nicht abgefragt!)

Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Einzelne! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nur teilweise! Es hat die Hälfte nicht mitgestimmt! Es lohnt sich schon, einmal nachzuschauen, welche Gegenstimmen es gibt!)

Also: Gegen einzelne Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist das so angenommen.

Ich bedanke mich bei allen Spendern für ihre Großzügigkeit.

(Beifall bei Teilen der SPD und der CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.1 auf:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Bildung von Unterausschüssen“ AN/0488/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe gar nicht damit gerechnet, jetzt so schnell zu Wort zu kommen; denn das ist ja ein Antrag aller Block-Fraktionen. Dass Sie Ihren eigenen Antrag nicht begründen, finde ich schon sehr arrogant. Normalerweise komme ich ja immer als vorletzter Redner dran. Aber umso besser, dann kann ich noch einmal erklären, wozu es in diesem Antrag eigentlich geht.

Der Rat soll beschließen, dass zu den bestehenden Ausschüssen Unterausschüsse gebildet werden. Nun könnte man an sich sagen: Mensch, das brauchen wir doch nicht zu begründen; das ist doch eine tolle Sache; noch mehr Gremien, noch mehr Ausschüsse; wunderbar. Wenn man allerdings ins Detail geht, stellt man fest, dass jeder dieser Ausschüsse mit nur sieben Personen besetzt werden soll und dass die antragstellenden Fraktionen sich genau ausgeklügelt haben, dass nur Mitglieder dieser Fraktionen in den Unterausschüssen vertreten sein sollen. Meine Damen und Herren, was hat das noch mit einer parlamentarischen Demokratie zu tun, wenn man die Opposition hier ausgrenzt?

(Beifall bei pro Köln)

Sie alle haben wohl gedacht, das würde ruckzuck durchgehen, es gäbe dazu keine Wortmeldungen und man könnte gleich darüber abstimmen. Aber da machen wir Ihnen einen Strich durch die Rechnung. Das ist doch im Prinzip die kölsche Krankheit, diese Skandalkrankheit, dass politisch wichtige Dinge hier laufend in irgendwelche nichtöffentliche Gremien verwiesen werden und man dann immer sagt: Wir konnten ja alle nichts dafür. Wir waren ja alle dabei. - Alle Blockparteien sind im Prinzip dabei, wie in der Volkskammer.

(Ulrich Breite [FDP]: Das ist eine Beleidigung!)

- Das ist keine Beleidigung; denn das ist Volkskammer-Demokratie allererster Güte.

(Zurufe von der der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Sie haben nur Angst, dass die Öffentlichkeit - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, Sie haben sich hier folgendermaßen geäußert:

(Peter Kron [SPD]: Können Sie die Beleidigungen einmal abstellen?)

Jörg Uckermann (pro Köln): Können Sie mal den Mund halten?

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, Sie haben offensichtlich gesagt, hier handele es sich um Volkskammer-Demokratie. Das ist eine Beleidigung aller Mitglieder dieses Rates. Ich erteile Ihnen hiermit zum ersten Mal einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Sie haben nicht das Recht. Ich kann verstehen, dass Sie Ihren Fraktionskollegen beispringen wollen. Aber Sie schaffen es nicht, uns hier mundtot zu machen.

(Beifall bei pro Köln)

Das sind Methoden wie in der Volkskammer.

(Widerspruch von der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Welchen anderen Vergleich soll man denn sonst ziehen?

(Zuruf: Schmeißen Sie ihn raus, Herr Oberbürgermeister!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich warne Sie vor. Sie haben das eben zum zweiten Mal wiederholt, obwohl ich Ihnen gerade gesagt habe, dass das gegen die Würde des Hauses verstößt. Ich erteile Ihnen hiermit einen zweiten Ordnungsruf. Ich warne Sie und weise Sie darauf hin, dass ich Ihnen beim dritten Mal das Wort entziehen werde und Sie, falls Sie sich dann nicht ordnungsgemäß verhalten - das ist der äußerste Fall - auch des Hauses verweisen kann.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Ich habe das zur Kenntnis genommen. Ich werde auch in dem Punkt auf Sie zukommen. Wir von der Bürgerbewegung pro Köln/pro NRW sind ja immer kompromissbereit.

(Lachen bei der SPD)

Aber mundtot machen lassen wir uns hier nicht.

(Beifall bei pro Köln)

Die Zustimmung zu einer Dringlichkeitsentscheidung zur Auflösung des Schlachthofs ist doch das beste Beispiel. Ich kann ja verstehen, dass Ihnen das Thema unangenehm ist. Denn, Herr Granitzka, Sie haben damit gezeigt, dass Sie dieses Thema aus der öffentlichen Debatte heraushalten wollen, damit die Pro-Köln-Redner hier nicht mehr frei reden können. Das ist ein für die Demokratie wichtiges Thema.

(Zurufe von der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

- Nein. Das ist schon eine Frage. - Für mich ist die Frage: Ist das in Nordkorea anders? Für mich ist klar, dass ich mich hier weiterhin frei äußern können möchte. Herr Oberbürgermeister, Sie dürfen sich nicht wundern - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, kommen Sie bitte zur Sache.

Jörg Uckermann (pro Köln): Die Sache ist die, dass Sie uns bei wichtigen öffentlichen Entscheidungen, für die wir gewählt wurden, ausgrenzen wollen, indem Sie uns die Unterlagen dazu vorenthalten. Das ist die Sache, um die es geht. Äußern Sie sich doch als Oberbürgermeister, wie Sie die Opposition beteiligen. Sie schaffen Gremien, in denen die Opposition, die gewählt ist, komplett ausgegrenzt wird. Das hat doch mit parlamentarischer Demokratie nichts mehr zu tun.

(Beifall bei pro Köln)

Sie müssen doch zumindest eine Erklärung abgeben, wie Sie die Opposition beteiligen wollen. Stellen Sie sicher, dass wir alle - -

(Götz Bacher [SPD]: Das ist ein Grund, den rauszuwerfen! - Gegenruf von Markus Wiener [pro Köln]: Unglaublich, was Sie sich hier erlauben!)

- Das ist das einzige, was Sie immer sagen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte um Ruhe, und zwar alle.

(Götz Bacher [SPD]: Das hat es noch nie gegeben, dass der Oberbürgermeister so gemäßregelt wird! Das steht ihm überhaupt nicht an!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Hören Sie, was ich mir hier anhören muss? Was ist denn da hinten los?

(Markus Wiener [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister, erteilen Sie da mal einen Ordnungsruf! Wie unsere Redner hier ständig angegriffen werden!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte jetzt um Ruhe im Plenum, damit Herr Uckermann zu Ende ausführen kann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das Mindeste ist, dass Sie sicherstellen - das ist bisher nicht der Fall -, dass alle Ratsmitglieder die Unterlagen erhalten, damit wir diese auch tatsächlich prüfen können. Wenn Sie dem nicht entsprechen,

entziehen uns damit das Recht zur Debatte. Das ist doch wie bei diesem U-Bahn-Chaos. Wir fordern schon seit langer Zeit: Geben Sie uns doch wenigstens einmal die Akten, damit wir sie nachprüfen können. Aber selbst das wollen Sie nicht. Sie wollen uns aus Debatten ausschließen. Sie drohen hier Sitzungsausschluss an. Was wollen Sie eigentlich noch machen?

In dem Sinne hoffe ich, dass Sie sich besinnen. Darüber, dass die Fraktion pro Köln zu Themen, die Sie entparlamentarisieren wollen, Sondersitzungen einberuft und fragt, was denn da los ist, müssen Sie sich nicht wundern. Daran werden Sie sich gewöhnen müssen. Es hilft auch nicht, wenn Sie, Herr Bacher und Herr Kron, die Leute laufend persönlich angreifen. Wir sind bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, auf der Grundlage - -

(Zurufe: Aber wir nicht!)

- Na, wenn Sie das nicht wollen, dann haben Sie ja jetzt Ihr wahres Gesicht gezeigt. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion Die Linke sowie Herr Zimmermann. Damit ist der Antrag angenommen. Ich weise darauf hin, dass dies die Grundentscheidung gewesen ist. Die Wahlen zu den einzelnen Unterausschüssen werden wir dann unter Tagesordnungspunkt 17.18 vornehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

3.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln, Ratsmitglied Dr. Müser (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis) und Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Vorbereitung eines Ratsbürgerentscheids zum Neubau/Sanierung des Schauspielhauses“ AN/0253 /2010

Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln sowie der Ratsmitglieder Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis) und Zimmermann (Deine Freunde)

AN/0565/2010

Zunächst sprechen die Antragsteller. Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt nun ein Ersetzungsantrag vor. Auf der letzten Ratssitzung am 2. Februar hatten Sie es in der Hand: Wir hatten Ihnen vorgeschlagen, einen Ratsbürgerentscheid durchzuführen und den Termin der Landtagswahl am 9. Mai dafür zu nutzen, um eine breite Beteiligung daran zu ermöglichen. Das haben Sie jedoch abgelehnt. Deswegen hat sich der Antrag zur Vorbereitung eines Ratsbürgerentscheids erledigt.

Wir befinden uns jetzt im normalen Bürgerentscheidverfahren. Die Bürgerinitiative „Mut zu Kultur“ hat 50 000 Unterschriften gesammelt. Das ist ein Riesenerfolg. Der Stadtdirektor hat die ausreichende Zahl der gültigen Unterschriften bestätigt. Die Verwaltung bereitet bereits den Bürgerentscheid vor. Jetzt ist es unseres Erachtens wichtig, dass die Verwaltung ihre Hausaufgaben macht. Darüber würden wir gerne mit Ihnen, meine Damen und Herren, diskutieren. Heute Morgen habe ich noch Signale vonseiten der CDU als auch der SPD erhalten, dass sie Teilen unseres Antrags zustimmen würden. Das hat sich inzwischen wieder geändert. Jetzt will man die Diskussion auf die Ratssitzung am 13. April verschieben. Das finde ich schade.

In unserem Antrag haben wir verschiedene Punkte aufgeführt, die bis zum 13. April erledigt werden müssten. Ich habe den Eindruck, dass sich die Grünen einer offenen Diskussion systematisch verweigern, dass sie sich einfach drücken wollen.

(Lachen von Brigitta von Bülow
[Bündnis 90/Die Grünen] - Karl-Jürgen
Klipper [CDU]: Genau!)

Das machen sie schon seit dem 17. Dezember, nämlich indem sie sich enthalten und sich nicht an der inhaltliche Debatte beteiligen. Das finde ich ausgesprochen schade.

Herr Oberbürgermeister, ich begreife überhaupt nicht, warum Sie nicht rasch klären, welche Ansprüche die Riphahn-Erben nach Urheberschutzgesetz haben. Das wäre für die Diskussion am 13. April ganz wichtig. Der renommierte Rechtsanwalt Professor Jacobs hat Sie am 22. Februar angeschrieben und um eine

Antwort bis zum 8. März gebeten. Sie haben daraufhin einen Rechtsanwalt für Baurecht eingeschaltet, der sich dann bei Professor Jacobs gemeldet und von ihm verlangt hat, nachzuweisen, dass er tatsächlich die Erben vertritt. Ich muss sagen: Dass man mit solchen Konflikten so umgeht, das ist ein Armutszeugnis. Statt auf die Riphahn-Erben zuzugehen und sie zu fragen, was Sie wollen und wie man zu einem Kompromiss kommen kann, findet überhaupt kein Dialog statt. Das ist meines Erachtens eine unseriöse Zeitverzögerung. Das könnte man anders machen.

Und dann diese Informationsveranstaltung am 11. April, also zwei Tage vor der entscheidenden Ratssitzung: Dieser Termin ist nicht abgestimmt worden, weder mit unserer Fraktion noch mit etlichen Ihrer Beigeordneten noch mit der Bürgerbewegung „Mut zu Kultur“. Auch das finde ich unseriös. So kann man nicht Politik machen.

Wir schlagen vor, dass die sehr guten Entwürfe und die neuen detaillierten Konzepte für die Sanierung von „Mut zu Kultur“ möglichst schnell vonseiten der Verwaltung mit einer Kostenrechnung geprüft werden, damit klar ist, mit welchen Folgekosten bei einer Sanierung zu rechnen ist, aber auch, welche Folgekosten aus einem Neubau entstehen können. Dieses Thema ist ja auch im Rat selbst angesprochen worden.

Die modularen Sanierungsvorschläge von „Mut zu Kultur“ haben den großen Charme, dass vor Ende der Interimsphase der normale Spielbetrieb begonnen werden könnte. Die modulare Sanierung ist viel flexibler und meines Erachtens auch ausbaufähig. Herr Streitberger hat auf der Veranstaltung gestern gesagt, dass es wichtig wäre, diese Sachen zu prüfen, und zwar aus folgendem Grund: weil es Waffengleichheit geben muss - das waren Ihre Worte, Herr Streitberger - zwischen der Verwaltung, die ein Konzept hat, und den Bürgerinnen und Bürgern, die natürlich diese Waffengleichheit gar nicht herstellen können, weil sie nicht die Möglichkeit dazu haben. Auch insofern würde sich eine aktuelle Debatte darüber also anbieten.

Herr Oberbürgermeister, die Verwaltung muss den Rat jetzt schnell in der Entscheidungsfindung unterstützen und die Ratssitzung am 13. April gut vorbereiten. Sie müssen dafür sorgen, dass wir diesmal zu einer klaren Entscheidung kommen. Es kann nicht sein, dass wieder eine Fraktion, auch wenn sie Die Grünen heißt, herumeiert. Wir brauchen mindestens eine Entscheidung über ein Bürgerbegehren. Das ist das Minimum.

Ansonsten müsste man schon im Vorfeld überlegen, ob man sich mit der Bürgerinitiative auf eine Gemeinsamkeit verständigen kann oder nicht. An einer solchen Diskussion wären wir interessiert. Deswegen wollen wir eine solche Diskussion.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Chance ergreifen und zu dieser Frage einen Bürgerentscheid durchführen. Das kann zu mehr Transparenz und Demokratie in dieser Stadt führen. Diese Chance sollten wir nutzen. Lassen Sie uns in den Dialog treten und gemeinsam einen Weg finden. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Hoffmann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir unterstützen die Initiative „Mut zu Kultur“ und die dahinterstehenden Akteure wie „Köln kann auch anders“ zur Erreichung eines Bürgerentscheids über die Frage: Soll das Schauspielhaus erhalten bleiben und saniert werden? Das in der Gemeindeordnung verankerte Recht der Kölner Bürgerinnen und Bürger, ein solches Begehren zu initiieren, das nun als Bürgerentscheid auf den Weg gebracht werden muss, ist seitens der Politik und der Verwaltung zu unterstützen und bestmöglich und zügig umzusetzen.

Menschen, die diesen engagierten Bürgerinnen und Bürgern vorwerfen, sie würden mit ihrem Anliegen Oper und Schauspiel ins Chaos stürzen, verdrehen in unverantwortlicher Weise die Fakten. Diejenigen, die jahrzehntelang Oper und Schauspiel haben verfallen lassen, die weder in Substanzerhalt noch in Modernisierung investiert haben, die zugesehen haben, wie die Werte langsam verfallen, sind es, die in erster Linie an den Pranger gehören.

Der Souverän der Stadt sind nun einmal die Bürgerinnen und Bürger. Sie melden sich jetzt zu Wort und wollen hier und heute in diesem speziellen Fall direkte Demokratie leben. Warum? Weil sie ein architektonisch wertvolles Ensemble erhalten wollen, weil sie ihr Geld nicht für einen Neubau ausgeben wollen, der schon jetzt in seiner ursprünglich geplanten Funktionalität amputiert erscheint, und weil während der gesamten Planung nicht eine einzige Anhörung der Bürgerinnen und Bürger zu

der Frage der Zukunft von Oper und Schauspielhaus stattgefunden hat, was nach § 23 der Gemeindeordnung explizit vorgeschrieben ist. Wen wundert es da, dass die Menschen das Heft jetzt selbst in die Hand nehmen, um ihre Interessen zu wahren.

Einige Befürworter des Neubaus haben gefragt, warum man sich erst jetzt bemerkbar mache. Wir glauben, dass es Aufgabe von Politik und Verwaltung ist, auf die Menschen in dieser Stadt zuzugehen - dass das notwendig ist, hat auch mein Vorredner schon angedeutet -, um alle Möglichkeiten aufzuzeigen, die zu einer optimalen Lösung führen können, einer Lösung, in der städtebauliche Anforderungen, das Bewahren von Kulturgeschichte - hier, an dieser Stelle, hat Speer persönlich die Begriffe „Bewahren“, linksrheinisch, und „Aufbruch“, rechtsrheinisch, definiert - und die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger für eine lebens- und lebenswerte Stadt im Einklang stehen.

Nehmen Sie die Vorschläge der Bürgerinitiative „Mut zu Kultur“ nicht nur zur Kenntnis, sondern beauftragen Sie möglichst bald die Verwaltung, diese zu prüfen und eine genaue Kostenrechnung inklusive Folgekosten vorzulegen. Dann können wir in einer eigens dafür vorgesehenen öffentlichen Veranstaltung schauen, was seriös und machbar ist.

Zum Schluss möchte ich folgendes Zitat anbringen:

Diese Gebäude nun in ihrer Gänze abzureißen oder einer anderen Nutzung zuzuführen wäre der zweite historische Fehler nach dem Abriss der alten Oper am Rudolfplatz. Kann es sich diese Stadt moralisch, geschichtlich und finanziell leisten, alle fünfzig Jahre ihre Bühnen abzureißen oder woanders hin zu platzieren? Ich meine entschieden: nein.

Wir schließen uns den Worten des Vorsitzenden des Personalrates der Kölner Bühnen und grünen Bezirksbürgermeisters Hupke an, die er im Jahr 2005 in einem Diskussionsforum geäußert hat, und fordern Sie auf, das Schauspielhaus zu sanieren. Unterstützen Sie unseren Antrag in der Verantwortung, unsere Stadt im Gleichgewicht zu halten, das heißt, verantwortungsvoll mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Köln umzugehen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der Linke.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Hoffmann. Nächster Redner ist Herr Zimmermann, bitte schön.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Besuchertribüne! Bis zum 17. März hatten rund 50 000 Kölnerinnen und Kölner das Bürgerbegehren zur Sanierung des Schauspielhauses unterzeichnet. Die Verwaltung hat geprüft und bereits festgestellt, dass die notwendige Anzahl an gültigen Unterschriften erreicht wurde. Zu diesem Erfolg, der unter immensen persönlichen Anstrengungen erkämpft wurde, möchten wir den Initiatoren, allen voran „Mut zu Kultur“, herzlichst gratulieren.

Begleitet wurde dieser Prozess von einer breiten, die ganze Stadtgesellschaft erfassenden öffentlichen Diskussion und einer ausführlichen Berichterstattung in den lokalen wie bundesweiten Medien. Als politisch interessierter Mensch sollte man meinen, dass sich eine solche Diskussion gerade auch im Rat und in seinen Ausschüssen widerspiegelt. Doch das Gegenteil ist der Fall: In einer Art Schockstarre und ziemlich ratlos wurde das Thema an den Rand gedrängt oder eine Debatte darüber, so geschehen in der letzten ordentlichen Ratssitzung, gar nicht erst gewünscht. Dabei ist der Auftrag, den die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Bürgerbegehrens uns Ratsmitgliedern geben, unmissverständlich, der da lautet: Wir wollen keinen Neubau, wir wollen unser Schauspielhaus behalten und sanieren.

Zur Sanierung werden von verschiedenen Initiativen und Architekten bereits Möglichkeiten ausgelotet. Doch dies scheint bei der Stadtspitze ein Missverständnis hervorzurufen: Es sind nicht die Initiatoren, die ein tragfähiges Konzept entwickeln müssen; es ist die Verwaltung, die von den Bürgerinnen und Bürgern dafür in die Pflicht genommen wird, dem Rat ausgearbeitete Konzepte für eine Sanierung vorzulegen, damit zügig ein fundierter Beschluss möglich wird.

Nun sagt Herr Quander - und da hat er recht -, dass er vom Rat ja gar keinen Auftrag habe, die Sanierung erneut zu prüfen. Diesen Auftrag wollen wir ihm geben; denn es kann nicht sein, dass die Verwaltung sagt, wir haben keinen Auftrag, und der Rat sagt, wir haben leider nicht genügend Informationen. Daher wollen wir mit unserem Antrag erreichen, dass der Rat bereits bis zu seiner Sondersitzung am 13. April derart

umfassend informiert wird, dass er auf dieser Sitzung dem Bürgerbegehren folgen kann und damit ein Bürgerentscheid überflüssig wird.

Die von Herrn Roters geplante Informationsveranstaltung ist in seiner bisher bekannten Planung eine Farce,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ja, allerdings!)

vielleicht sogar eine Falle. Per Zeitungsmeldung und auf einer städtischen Internetseite wird eine Telefonnummer veröffentlicht. Dort, im Bürgeramt, können Bürger anrufen, sich anmelden und als mögliche Aussteller registrieren lassen. Ich habe dies testweise auch getan. Auf meine Frage, ob ich da auch einen Diavortrag oder Ähnliches halten könne, hieß es: Ja, auch das wäre denkbar - ohne überhaupt meine Qualifikation zu prüfen. Es ist aber gar nicht Aufgabe der Bürger, sich selbst zwischen Skizzen, Vorträgen und schnell gebastelten Powerpoint-Präsentationen zu diskreditieren; es ist die Aufgabe der Verwaltung, Konzepte vorzulegen.

Sehr geehrter Herr Roters, bitte nehmen Sie das Bürgerbegehren nicht nur sportlich. Zeigen Sie, dass der Auftrag der Bürgerinnen und Bürger bei Ihnen angekommen ist. Sie und der Rat wissen, dass auf der Sondersitzung am 13. April die Möglichkeit besteht, dass der Rat dem Bürgerbegehren folgt. Für diese Entscheidung, wie immer sie ausgehen möge, ist es zwingend notwendig, dass die Sanierungsplanung seitens der Verwaltung weiter vorangetrieben wird.

Es ist klar: Wir gehören zu den Befürwortern des Erhalts und der Sanierung des bestehenden Schauspielhauses. Allein deshalb wäre für uns das Folgen des Bürgerbegehrens durch den Rat ein Erfolg. Dieses Folgen wäre aber auch aus zwei entscheidenden Gründen wichtig: Zum einen wäre viel Zeit gewonnen; denn die Verantwortung für die Verzögerung liegt dann nicht mehr allein bei den Initiatoren des Bürgerbegehrens, sondern auch bei Rat und Verwaltung. Würde es der Rat jedoch auf einen Bürgerentscheid ankommen lassen, bestünde zum anderen die Gefahr, dass bei dieser Abstimmung die Sanierungsbefürworter zwar eine deutliche Mehrheit gewinnen, aber das notwendige Quorum nicht erreichen. Und was dann? Das Schauspielhaus würde neu gebaut, obwohl sich eine Mehrheit dagegen ausgesprochen hat.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein!)

- Doch, nämlich wenn es keine 150 000 Ja-Stimmen gibt. - Erklären Sie das dann bitte einmal den Bürgern.

Deshalb brauchen wir eine Informationsveranstaltung vor dem 13. April, die neutral kuratiert und kompetent moderiert wird. Klären Sie bis dahin alle Urheberrechtsfragen. Falls der Rat dem Bürgerbegehren nicht folgen kann, brauchen wir seitens der Stadt eine hochmotiviert erstellte Informations- und Wahlkampagne, damit der Bürgerentscheid eine möglichst hohe Wahlbeteiligung erfährt. Dies ist demokratische Pflicht. Die Stadtspitze muss das Bürgerbegehren ernst nehmen, und sie sollte morgen damit anfangen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Herr Beigeordneter Streitberger, bitte.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag beinhaltet fünf Punkte, zu denen ich jeweils einzeln etwas sagen möchte.

Punkt 1: Es ist klar, dass wir uns mit den Planungen und Planungsvorschlägen der Initiatoren des Bürgerbegehrens seriös, vernünftig und mit der gebotenen Sorgfalt auseinandersetzen. Uns liegen diese Unterlagen aber nicht vollständig vor. Wir sind ja auch häufig, in letzter Zeit fast jeden Tag, auf Informationsveranstaltungen und bekommen dort immer andere Informationen vorgelegt. Wir werden uns darum bemühen, alle Informationen zu bekommen und auch alles, was dann vorliegt, seriös zu prüfen. Wir werden jedoch nicht in der Lage sein - das haben wir auch in unserer Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deutlich gemacht -, in kürzester Zeit eine seriös durchgeplante Sanierungsplanung vorzulegen.

Ich bitte in diesem Zusammenhang darauf zu achten, Herr Detjen, dass Herr Bach gestern das Wort „Waffengleichheit“ gebraucht hat.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Ich habe das insofern aufgegriffen, als ich es für richtig erachte, einen Gleichstand bezüglich der

Tiefe oder der Breite der Informationen zu erreichen. Die überarbeiteten Alternativen haben uns zur Entscheidung nicht vorgelegen, insofern hat es bei den Alternativen keine Waffengleichheit gegeben; das ist völlig richtig. Aber seinerzeit ist sie auch nicht vermisst worden.

Punkt 2: Wir können sowohl unsere eigenen Überlegungen zur Sanierung vorantreiben als auch die vorliegenden Überlegungen der Initiatoren des Bürgerbegehrens vernünftig prüfen. Wir wollen am 11. April eine gute Informationsveranstaltung machen. Ich bitte Sie, uns die Chance zu geben, bis dahin wirklich vernünftig zu arbeiten, damit wir uns eine gute Vorstellung machen können. Wir werden sagen, was wir machen können. Wir werden aber auch sagen, was wir nicht machen können. Wir werden nicht versuchen, den Eindruck zu erwecken, als könnten wir Probleme lösen, die wir noch gar nicht 100-prozentig bearbeitet haben.

Punkt 3: Wir sind im Gespräch mit dem Anwalt der Erbeserben. Ich möchte Sie noch einmal darüber informieren, dass wir uns natürlich auch schon in der Vergangenheit mit der Frage des Urheberrechts beschäftigt haben. Uns waren allerdings die Testamente der beiden Töchter von Wilhelm Riphahn - Wilhelm Riphahn und nicht Werner Riphahn, wie in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* stand - nicht bekannt. Wir müssen natürlich sehr genau prüfen, ob die darin formulierten Ansprüche auch wirklich gerechtfertigt sind. Insofern bitte ich um Verständnis dafür, dass selbstverständlich unser Anwalt den Anwalt der Erbeserben fragt, ob er legitimiert ist. Das gehört dazu, glaube ich.

Die Punkte 4 und 5 habe ich gerade mit Herrn Stadtdirektor Kahlen noch einmal besprochen. Wir sind in Vorbereitung eines offensiven Umgangs mit diesem Bürgerentscheid und werden dafür sorgen, dass die Informationen gegeben werden. Es soll eine einladenden Geste vonseiten der Stadt Köln gemacht werden, damit sich viele Menschen berufen fühlen, an diesem Bürgerentscheid mitzuwirken, und es dann auch zu einem belastbaren Ergebnis kommt. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. - Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wiederum hatte ich nicht erwartet, für die Bürgerbewegung pro Köln/pro NRW schon jetzt sprechen zu können. Wir scheinen die einzige Fraktion zu sein, die sich auf diese Ratssitzung vorbereitet hat.

(Beifall von Bernd M. Schöppe
[pro Köln])

Alle anderen hier blockartig abstimmenden Parteien scheinen es noch nicht einmal nötig zu haben, ans Mikrofon zu gehen, obwohl das, worüber wir hier heute reden, eine entscheidende Sache ist. Wir reden hier über einen Teil unseres Ortsbildes. Das Schauspielhaus kennt jeder; mit dem ist jeder aufgewachsen.

Ich möchte Sie erinnern, wie es überhaupt zu diesem Bürgerbegehren gekommen ist. Herr Roters, ich kann Ihnen nicht ersparen, Ihnen mitteilen zu müssen, dass Sie da die Sache wieder einmal nicht im Griff gehabt haben. Das, was Sie abgeliefert haben, war ein Schnellschuss. Die Bürgerbewegung pro Köln hatte Sie noch gewarnt, dass es besser wäre, die Abstimmung aufzuschieben, um das Ganze besser abwägen und dann eine wirklich entscheidungsreife Vorlage vorlegen zu können, für die Sie dann eine breite Mehrheit bekommen. Wir waren in der Ratssitzung am 17. Dezember bereit, Ihnen sinnvolle Hinweise zu geben. Unter anderem haben wir auch wichtige Punkte der Bürgerinitiative aufgegriffen.

Der Entscheid ist auch nur deshalb zustande gekommen, weil die Bürgerbewegung pro Köln gesagt hat: Wir haben jetzt unsere Pflicht getan. Wir haben hier sinnvolle Änderungsanträge gestellt. Aber bei der Abstimmung über das Gesamtprojekt - wir wollten, dass die Kultur im Opernhaus erhalten bleibt - haben wir uns enthalten.

Da müssen sich insbesondere die Grünen fragen lassen, was sie der Bevölkerung vorspielen wollen. Nachdem Sie hier nachts um 1 Uhr noch eine Fraktionssitzung abgehalten und sich darauf verständigt hatten, sich zu enthalten,

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

haben Sie doch fest damit gerechnet oder darauf gehofft, dass pro Köln Ihnen die Arbeit abnimmt.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber wir haben gesagt: Nein, wir haben Ihnen Vorschläge gemacht. Wir enthalten uns, weil auch wir wollen, dass das Opernhaus saniert wird. - Das war ja der andere Bestandteil dieser Vorlage. Den Bürgern wird ja immer vorenthalten, dass diese Vorlage zwei Seiten hatte. Wir wollten durch unser Abstimmungsverhalten die eine wichtige Seite nicht gefährden. Aber wir haben natürlich gewarnt.

Jetzt kommen wir zu dem Punkt - -

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Sie haben überhaupt keine Ahnung, worum es überhaupt geht!)

- Herr Ludwig, Sie können sich ja gleich auch noch melden. Dann müssen Sie nicht immer dazwischenrufen.

(Beifall bei pro Köln)

Herr Oberbürgermeister, Sie könnten ihm ja auch einmal Bescheid geben. Dann wird es ein bisschen ruhiger.

Jetzt geht es darum: Wann findet der Bürgerentscheid statt? In diesem Zusammenhang muss aber auch daran erinnert werden, wie dieser Bürgerentscheid zustande gekommen ist. Es hat eine jahrelange Diskussion darüber gegeben, und jahrelang hat sich keine Initiative gemeldet. Dann kam dieser Beschluss zustande, und da hat sich der Medienmogul von Köln überlegt: Damit bin ich nicht einverstanden. Jetzt zeige ich mal dem Oberbürgermeister, wer der offizielle Bürgermeister und wer der tatsächliche Bürgermeister ist. Dann hat er seine Druckpressen angeschmissen und dagegen polemisiert. Das alles sind Dinge, die der Mann von der Niehler Straße hätte früher tun können. Dann wäre möglicherweise ein anderer Beschluss zustande gekommen.

Stattdessen wird ein Bürgerbegehren gemacht, das sich „Mut zu Kultur“ nennt. Ja, da kann man unterschreiben - so haben viele Bürger gedacht. Viele Bürger haben da unterschrieben, weil sie der Meinung sind, dass Kultur ja eine tolle Sache ist. Was sie damit bewirken, wussten die meisten gar nicht. Ich wundere mich, dass die Verwaltung das einfach durchgewunken hat. - Herr Stadtdirektor Kahlen, Sie winken jetzt so. Die Bürgerbewegung pro Köln hat auch einmal ein Bürgerbegehren initiiert. Damals haben Sie sich schon an der Überschrift gestoßen und die Leute dann ganz hämisch in die Irre geführt. - Beim

jetzigen Bürgerbegehren wissen die Leute doch gar nicht, welche Tragweite das Ganze hat.

Eines ist klar: Das Bürgerbegehren ist gültig. Wir von der Bürgerbewegung pro Köln sagen: In einem Rechtsstaat muss dann, wenn es gültig ist, auch darüber abgestimmt werden. Wir verlangen auch, dass bei der Abstimmung keine zusätzlichen Kosten entstehen. Wenn es nicht am 9. Mai 2010 parallel zur Landtagswahl zu einer Abstimmung kommt, werden der Stadt Köln Kosten von circa 1 Million Euro entstehen; so hat die Verwaltung mitgeteilt. Dem können wir von der Bürgerbewegung pro Köln nicht zustimmen. Aber wir werden diesem Antrag hier zustimmen,

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie kosten uns genauso viel Geld durch die geheimen Abstimmungen!)

- Frau Spizig, dazu werde ich demnächst eine Anfrage einreichen. Das, was Sie hier sagen, ist sehr dumm. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will zu unserer Anfrage noch einiges anmerken.

Herr Streitberger, bereits vor der Sitzung am 17. Dezember haben wir unsere Fragen, die sich jetzt noch einmal in unserer Anfrage widerspiegeln, gestellt, nämlich sowohl im Kultur- als auch im Finanzausschuss. Schon damals haben wir festgestellt, dass nicht alle unsere Fragen beantwortet worden sind. Insofern waren wir auch betrübt darüber, dass in der Ratsvorlage nur eine Variante tatsächlich seriös geprüft war, die Sanierungsvariante jedoch nicht.

Wir sind der Auffassung, dass wir alle durch das Bürgerbegehren nicht nur die Pflicht, sondern auch die Chance haben, uns jetzt noch einmal mit diesem Thema auseinanderzusetzen und die Fragen mit allen zu diskutieren, die es in der Stadt betrifft. Wenn Sie sich umhören, werden Sie erfahren, dass wir mit allen Beteiligten diskutieren. Herr Detjen, dass wir das Material sichten und diese Diskussion immer weiter führen, ist für uns nicht Eierei, sondern das ist ein seriöses Umgehen mit den Materialien, die

uns vorliegen, und ein seriöses Vorbereiten auf die Ratsentscheidungen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)

Gerade nach der Entscheidung am 17. Dezember halten wir es für richtig, alle Chancen zu nutzen, die Diskussion noch einmal ganz neu und fundiert zu führen. Wir sagen: In dieser Hinsicht haben die Bürgerbegehren Köln einen großen Dienst erwiesen. Sie haben nämlich gezeigt, dass in Köln nicht nur verantwortlich verwaltet und organisiert wird und dass hier im Rat - hoffentlich - verantwortungsbewusste Entscheidungen für die ganze Stadt gefasst werden, sondern dass sich viele in Köln einmischen wollen, dass sie Verantwortung übernehmen wollen usw. Dass es das gibt und die Diskussion weit über den Rat hinaus geführt wird, finde ich ganz toll.

Ich komme nun zu unserer Anfrage beziehungsweise zu der Antwort, die wir darauf bekommen haben. Unsere Frage hat sich ganz stark darauf konzentriert, noch einmal alle Belange, die sich mit Neubau verbinden, und alle Belange, die sich mit Sanierungsvarianten verbinden, synoptisch gegenüberzustellen. Meine Nachfrage hierzu: Können wir unter Umständen schon für die Ratssitzung am 13. April erwarten, dass die Verwaltung eine entsprechende Vorlage vorlegt und das, was von uns in Punkt 1 angefragt worden ist, von sich aus auf den Weg bringt? Wie gesagt, ich bin mir nicht sicher, ob ich die Antwort auf unsere Anfrage richtig verstanden habe. Sie ist ja sehr kurz ausgefallen, was für uns selbstverständlich nachvollziehbar ist.

Des Weiteren habe ich eine Nachfrage zu der Veranstaltung am 11. April. Wird es dazu ein Konzept geben, das uns zeitnah vorgelegt wird, damit wir uns darauf entsprechend vorbereiten und auch die Diskussion auf den Weg bringen können beziehungsweise damit wir sagen können, was fehlt oder was noch zu beachten ist?

Ich will noch einen Nachtrag zu der Ratssitzung am 13. April anfügen: Können wir für den Fall, dass Sie die Vorlage tatsächlich zu diesem Zeitpunkt vorlegen können, damit rechnen, dass wir sie rechtzeitig zur Kenntnis erhalten, damit wir sie wirklich intensiv diskutieren können? Wir wollen ja am 13. April weiter überlegen, wie wir sachgerecht mit dem Bürgerbegehren umgehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Streitberger, direkt dazu.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau von Bülow, wir geben uns Mühe, zu Ihrer Entscheidung am 13. April das notwendige Material zu erarbeiten. Wir wollen bis dahin eine gute Vorlage erstellen. Wir werden Ihnen aber nicht alles, was Sie in Ihrer Anfrage angesprochen haben, vorlegen können.

Wie Sie unserer Antwort entnehmen können, müsste für eine Kosten-Nutzen-Betrachtung eine Untersuchung nach DIN 18960 durchgeführt werden, für die allein an Planungsmitteln mehrere 100 000 Euro notwendig wären. Sie können sich vorstellen, dass man diese Mittel erstens in dieser kurzen Zeit gar nicht verarbeiten können und dass man sie zweitens auch gar nicht vergeben kann, weil man zum einen dafür Haushaltsmittel haben und zum anderen ein Vergabeverfahren durchführen müsste.

Die Frage ist, ob wir das bis zum Termin des Bürgerentscheids erarbeiten können. Es ist ja sozusagen eine zweite Chance, dass man bis zu diesem Termin entsprechende Unterlagen erarbeitet. Wir hatten seinerzeit auch für die Erarbeitung der Entscheidung im Rat am 17. Dezember verschiedene Varianten untersucht und sie Ihnen auch vorgelegt. Dort sind wir in einer gewissen Tiefe in das Thema eingestiegen. Wie eben schon gesagt, wir setzen jetzt vor dem Hintergrund, dass wir auch von den Initiatoren des Bürgerbegehrens Unterlagen bekommen beziehungsweise Unterlagen erwarten, dort noch einmal an und werden noch tiefer ins Thema gehen. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass wir das in der Kürze der Zeit - bis zum 13. April sind es, glaube ich, noch drei Wochen - tatsächlich so aufbereiten können, dass Sie das dann noch so zeitnah bekommen und auf dieser Grundlage die Fragen, die Sie gestellt haben, damit beantwortet sind. Das darf man nicht in Aussicht stellen. Das wäre, glaube ich, nicht fair.

Nun zu Ihrer Frage zu der Veranstaltung am 11. April, Frau von Bülow: Diese Veranstaltung ist vor allen Dingen als offen angesetzt worden, weil wir glauben, dass es für die Stadt gut ist, diese Dinge jetzt sehr offen zu diskutieren. Deswegen kann sich jedermann und jede Frau einbringen mit Ideen, mit Beiträgen, mit Initiativen. Wir haben bereits in den letzten Tagen und Wochen

stark gespürt, dass sich viele Menschen engagieren, dass sie gute Ideen haben und uns ihre Ideen auch übermitteln. Wir finden es gut, für solche Ideen einen Marktplatz zu etablieren. Auf diesem Marktplatz sollen diese Ideen diskutiert werden, auch um zu schauen, ob wir das ein bisschen gewichten können; ich will jetzt nicht sagen: um die Spreu vom Weizen zu trennen. Aber ich bin ganz sicher, dass wir am Ende dieses Tages deutlich klüger sein werden als am Anfang. Das ist die Idee dieser Veranstaltung.

Ich möchte auch sehr darum bitten, dass man diese Veranstaltung nicht diskreditiert, sondern dass man sie unterstützt. Von der Konstruktion her ist sie offen; jeder, der einen Beitrag leisten und sich dort einbringen möchte, ist herzlich willkommen. Wir wollen versuchen, die unterschiedlichen Bilder - ich sage es ganz bewusst so weich - auszustellen, sie auszuleuchten, sie zu hinterlegen. Deswegen sind auch Führungen durch die beiden Häuser vorgesehen. Diese sind ein elementarer Bestandteil dieser Veranstaltung und sehr wichtig, um Informationen zu erhalten und Erfahrungen zu sammeln. Ich denke, wir alle werden uns im Laufe dieses Tages auf jeden Fall weiterqualifizieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen noch einmal.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Ich habe den Eindruck, dass SPD und CDU auch noch etwas dazu sagen wollen. Ich würde ihnen gerne den Vortritt lassen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielleicht lassen Sie ja auch Herrn Uckermann vor.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Nö!)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Streitberger, die CDU hatte ja eine Anfrage zu den Riphahn-Erben gestellt und zu Recht darauf hingewiesen, dass man das schon vor vielen Jahren hätte klären können. Egal, ob man das Gebäude abreißt, umbaut oder innen saniert - immer ist das Urheberrecht betroffen. Insofern verstehen wir nicht - da gehe ich mit der CDU d'accord -, warum das nicht von vornherein

geprüft worden ist. Wir erwarten eine klare Antwort darauf, warum das vonseiten der Verwaltung nicht veranlasst worden ist. Jetzt setzen Sie sozusagen noch einen drauf, indem Sie nicht auf die Erben zugehen. Wenn man schon Fehler gemacht hat, muss man diese Fehler doch nicht noch wiederholen, sondern dann muss man auf die Erben zugehen und ihnen signalisieren, dass es ein Problem gibt und man gerne darüber mit Ihnen sprechen würde. Daran muss man doch ein Interesse haben. Denn wenn saniert werden muss, werden wir es doch mit dem gleichen Problem zu tun haben. Ich bitte die Verwaltung daher inständig, das zu klären.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal klarstellen: Wir werden darauf bestehen, dass hier über unseren Antrag abgestimmt wird; denn unser Antrag enthält nicht nur Punkte, die schon erledigt sind. Wie eben dargelegt, sind beispielsweise Gespräche mit den Erben zu führen. Wir, die drei Antragsteller, sind uns einig: Wir wollen hier über die von uns vorgeschlagene Resolution abstimmen lassen, damit die Sitzung am 13. April von der Verwaltung vernünftig vorbereitet wird. Wir können diesen Antrag nicht auf den 13. April schieben; denn dann wäre dieser Antrag erledigt. So dumm sind wir nun auch wieder nicht.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, es kann nicht sein, dass wir uns am 13. April wieder lächerlich machen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Einmal mehr oder weniger!)

Am 17. Dezember hat sich dieser Rat komplett lächerlich gemacht, weil es bei der Abstimmung einfach nicht zu einer normalen Mehrheit gekommen ist. Das sage ich auch in Richtung der CDU.

(Zuruf von der CDU)

Warum hätten Sie dem zustimmen können? Sie waren für eine noch umfassendere Variante der Sanierung, gar keine Frage. Bei Ihnen gibt es jetzt auch ein Umdenken, okay. Deswegen will ich das jetzt nicht weiter verschärfen. Aber wir alle müssen doch ein Interesse daran haben, dass die Entscheidungen im Rat, seien sie richtig oder falsch, mit einer Mehrheit gefasst werden, damit sie dann auch tragfähig sind. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt finden es pervers, dass es eine Abstimmung gegeben hat,

bei der nur 35 Ratsmitglieder für eine Vorlage gestimmt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, die Idee eines Ratsbürgerentscheides hätte bei Ihnen doch schon am 17. Dezember keimen können. Sie hätten sagen können: Jawohl, wir machen einen Ratsbürgerentscheid. Dann wären wir auf jeden Fall dabei gewesen. Das wäre ein Weg gewesen, aus der Zwickmühle herauszukommen. Ihr Herumgeeiere hätte ein Ende gehabt, wenn Sie den Ratsbürgerentscheid auf den Weg gebracht hätten. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln - Zuruf: Das ist Demokratie, Herr Detjen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Direkt dazu Herr Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Detjen, ich habe persönliche Erfahrungen in Sachen Urheberrecht. Deswegen haben wir von Anfang an in dieser Frage sehr sensibel agiert. Ihren Vorwurf, Herr Detjen, wir hätten diese Frage nicht geprüft, weise ich zurück. Wilhelm Riphahn hatte zwei Töchter. Beide Töchter sind verstorben. Beide Töchter haben Kinder, für die es unterschiedliche Testamente gibt. Es gibt auch Ungereimtheiten in der Frage, welches der Kinder als Erbe eingesetzt ist und welches nicht. Wir haben seinerzeit festgestellt, dass es keine urheberrechtlichen Ansprüche dieser Erbeserben gibt, weil uns selbstverständlich die Testamente nicht bekannt waren.

Jetzt ist der Anwalt, der bundesweit dafür bekannt ist, dass er genau solche Fälle aufgreift - man kann jetzt spekulieren, von wem die Initiative ausgeht: von den Erben oder vom Anwalt; der Anwalt sagt uns auf jeden Fall nicht, wen er vertritt; er sagt nur, dass er die Kinder vertritt, aber nicht genau, wie viele -

(Winrich Granitzka [CDU]: Doch, er vertritt vier!)

auf uns zugekommen. Wir sprechen mit ihm, Herr Detjen, weil er uns gegenüber versichert hat, dass er dazu legitimiert ist. Wir werden aber sehr genau zu prüfen haben, wen er vertritt und ob er wirklich alle vertritt, die einen Anspruch anmelden können, und ob diese Ansprüche belegbar sind, zum Beispiel über Testamente.

Mit dem Thema Urheberrecht muss man sich in Zusammenhang mit solchen öffentlichen Bauten immer beschäftigen, übrigens nur bei öffentlichen Bauten. Da muss man auch einmal über die Funktion solcher Rechte nachdenken. Es wäre nur dann kein Thema, wenn wir alles abreißen wollten. Das will keiner; das ist völlig klar. Erstaunlicherweise ist das Urheberrecht dann kein Hindernis, weil man nämlich das Werk, das einem gehört, vernichten darf. Will man es jedoch verändern, muss man das Urheberrecht beachten. Das, Herr Detjen, gilt selbstverständlich auch bei einer Sanierung. Bei einer Sanierung gilt das möglicherweise noch viel stärker als bei einem Abbruch. Dann stellt sich nämlich die Frage: Ist der Abbruch eines Teils dieser Gebäude ein Eingriff in das Ensemble, wie behauptet wird, oder ist der Abbruch einfach die Vernichtung eines Werkes und damit urheberrechtlich nicht relevant? Das sind die Fragen, die unser Anwalt im Augenblick mit dem Anwalt der Erbeserberben bespricht.

Also: Wir sind im Gespräch. Wir haben das frühzeitig geprüft, konnten allerdings die Testamente nicht einsehen. Ich bitte um Verständnis dafür, dass uns das vor Jahren verwehrt worden ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. - Jetzt spricht Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Debatte wird ja immer spannender. Jetzt debattieren wir über Fragen des Erbschaftsrechts. Es ist wohl so, dass sich zwei Erben dagegen aussprechen. Was ist denn, wenn der Mann beispielsweise noch drei uneheliche Kinder hatte? Dann steht es drei zu zwei, die dafür sind. Das wird ja immer grotesker.

Ich hatte mich zu Wort gemeldet, um der Sache Ausdruck zu verleihen, dass Sie, der Sie als Oberbürgermeister diese Vorlage eingebracht haben, in dieser Debatte heute noch gar nichts gesagt haben. Stattdessen schicken Sie hier subalterne Mitarbeiter vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich habe Sie eben gewarnt, sich in Ihren Formulierungen zurückzuhalten. Ich tue das jetzt noch einmal.

Jörg Uckermann (pro Köln): Dann nenne ich sie Mitarbeiter, die Ihnen untergeben sind. Subaltern heißt ja im Prinzip: Sie sind Chef, und es sind Ihre Mitarbeiter. - Das heißt, Sie selbst sind in der Debatte des Rates heute nicht bereit, für Ihre Vorlage einzustehen. Merkwürdig ist natürlich, dass keine andere Partei aus diesem Parteienblock, wie ich ihn einmal nennen will, bereit ist, hier heute ans Mikrofon zu gehen und den Bürgern ihren Standpunkt darzulegen. Ganz unseriös kommen natürlich die Grünen rüber. Es ist doch vollkommen klar: Sie haben bei der entscheidenden Ratssitzung mit den Stimmen von pro Köln spekuliert; in Anbetracht dessen haben Sie abgestimmt. Sie dachten nämlich, dass unsere fünf Stimmen das Ganze zum Scheitern bringen würden und Sie fein raus wären, wenn Sie sich enthielten. Nun ist es anders gekommen. Die Bürgerbewegung pro Köln hat Änderungsanträge und Vorschläge eingebracht, hat aber gesagt: Das Ganze wollen wir nicht gefährden, zumal die Diskussion über drei Jahre gedauert hat und zumal Sie, Herr Oberbürgermeister, immer wieder davor gewarnt haben, welche schwerwiegenden Folgen das für den Kulturstandort Köln haben kann. Wir wollten Sie darin unterstützen.

Ich würde jetzt gerne von Ihnen hören, Herr Oberbürgermeister Roters, welche Konsequenzen das für die Kultur haben wird, wenn wir dem Bürgerentscheid zustimmen. Stehen Sie weiterhin zu Ihrer Vorlage, oder ziehen Sie sie zurück, oder stimmen Sie vielleicht selbst für das Bürgerbegehren? Teilen Sie uns das doch bitte einmal mit.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Ich stelle den Antrag, den Antrag, den wir gerade debattiert haben, in die Sondersitzung des Rates am 13. April zu verweisen.

Begründung: Herr Oberbürgermeister, Sie haben genau zu diesem Thema eine Sondersitzung für den 13. April einberufen. Dies hält meine Fraktion für richtig, um dann dieses Thema breit diskutieren zu können. Ich bin der Meinung, dass alles, was heute hierzu gesprochen worden ist, dorthin gehört. Darum gehört auch der Antrag dorthin. Ansonsten wäre eine solche

Sondersitzung überflüssig. Ich stelle den Antrag auf Verweisung. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Breite. - Herr Detjen direkt dazu. Danach kommen wir zur Abstimmung.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Kurze und knappe Gegenrede: Das macht keinen Sinn. Denn der Antrag enthält Vorschläge, die schon bis zum 13. April umgesetzt werden sollen. Es wäre geradezu pervers, wenn man die erst am 13. April beschließen würde. Insofern, Herr Breite, in aller Freundschaft: Das, was Sie im Namen der vier Parteien hier vorschlagen, ist schlicht und ergreifend Unsinn. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion, wie von Herrn Breite eben vorgetragen, den Antrag zu TOP 3.1.2 in die Sondersitzung des Rates am 13. April zu verweisen. Wer ist gegen diesen Antrag? - Pro Köln, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Linke. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag verwiesen in die Sitzung am 13. April.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Konsequenzen aus dem U-Bahn-Pfusch für die KVB-Führung“ AN/0492/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zu dem Antrag mit dem Titel „Konsequenzen aus dem U-Bahn-Pfusch für die KVB-Führung“. Die Bürgerbewegung pro Köln hat hier von Anfang an eine lückenlose Aufklärung gefordert. Bisher hat sich da recht wenig getan. Herr Oberbürgermeister, Sie haben gesagt, dass Sie einen Arbeitskreis mit Ihrem Mitarbeiter, der immer dazugehört, gegründet haben; das ist Ihr Geheimnis. Sie haben den Hauptausschuss zu einer Art Informationsausschuss umstrukturiert. Ich habe natürlich versucht, im Hauptausschuss Fragen

zu stellen, die die Bürger zuvor an uns gerichtet hatten. Dazu haben Sie am Donnerstag gesagt, das sei eine reine Informationsveranstaltung, auf der man sich eben nur etwas anhören könne. Wir haben Ihnen immer gesagt, Herr Roters, dass wir das nicht mehr mitmachen, wenn jede Information, die vorher schon in der Zeitung gestanden hat, uns dann im Ausschuss serviert wird.

Wir haben von Anfang an gefordert, dass im Vorstand der Kölner Verkehrsbetriebe Sachverstand einziehen muss. Es kann doch nicht sein, dass in dem vierköpfigen Unternehmensvorstand der Kölner Verkehrsbetriebe kein einziger Vorstand Erfahrungen im Tiefbau hat beziehungsweise formell dafür qualifiziert ist. Selbstverständlich freuen wir uns, wenn Leute den sozialen Aufstieg vom Zugbegleiter aus Kalk hin zu einem Vorstandsmitglied in einer De-facto-Behörde schaffen.

(Beifall bei pro Köln)

Aber es kann nicht sein, dass die Kölner Bürger darunter leiden müssen. Sie wissen, dass die Kosten sich verdoppelt haben, ohne dass dafür irgendeine Deckung vorliegt. Nun haben Sie das Bauernopfer gebracht, das pro Köln als einen Punkt gefordert hat: Sie haben Herrn Reinartz von seiner Tätigkeit im Vorstand entbunden. Wie zu hören war, bezieht er aber weiterhin sein aktives Jahresgrundgehalt von über 200 000 Euro, und selbstverständlich erhält er für seine zehnjährige Tätigkeit nach dem Ausscheiden lebenslang - der Mann ist Mitte 50 - eine Leibrente von 900 Euro, und zwar pro Tag. Für mich stellt sich hier die Frage, wie insbesondere Sie von der SPD das auf den Straßen in Mülheim, in Ehrenfeld, in Kalk begründen wollen. So hart kann manch einer nie *arbeiten*, um an diese Summer heranzukommen.

Da wir von der Bürgerbewegung pro Köln der Auffassung sind, dass das nicht so bleiben kann, haben wir unseren Antrag jetzt geändert. Ich gehe davon aus, dass Sie in der Voraussicht, dass wir diesen Antrag hier heute begründen, Herrn Reinartz von seiner Tätigkeit entbunden haben. Wir möchten aber nicht, dass Herr Reinartz in diesem Unternehmen weiterhin zu diesen unverschämt hohen Bezügen tätig ist.

(Beifall bei pro Köln)

Von daher haben wir unseren Antrag dahingehend geändert, dass er nicht mehr an verantwortlicher Stelle beschäftigt wird. Ich bitte

Sie, Herr Oberbürgermeister, das zu den Akten zu nehmen. Ich bitte Sie alle um Zustimmung, damit wir bei der KVB wirklich einen Neuanfang hinbekommen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, CDU, Grüne, FDP, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und die Linke. Wer Enthält sich? - Keiner. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu den drei Tagesordnungspunkten, die wir, wie beschlossen, gemeinsam behandeln wollen. Ich rufe jetzt auf:

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Abschlagszahlungen 2010 für das 2. Quartal“ AN/0501/2010

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Abschlagszahlungen 2010 für das 2. und 3. Quartal“ AN/0502/2010

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln, des Kölner Bürger-Bündnisses und Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Haushaltssicherungskonzept/Doppelhaushalt“ AN/0494/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Für die SPD spricht Herr Böllinger.

Werner Böllinger (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Unter Punkt 10.18 hat uns die Verwaltung vorgeschlagen, das laufende Haushaltsplanentwurfsverfahren zu beenden und stattdessen einen Doppelhaushalt für die Jahre 2010 und 2011 aufzustellen. Damit ist sichergestellt, dass frühestens im September 2010 eine Haushaltsberatung im Finanzausschuss und im Rat stattfinden kann.

Bis dahin muss eine Aufgabenerfüllung unverändert möglich sein. Nicht nur die Erfüllung

der Aufgaben, die durch die Stadtverwaltung wahrgenommen werden, muss gewährleistet sein, sondern auch die Aufgabenerfüllung durch freie Träger, weil sie anstelle der Stadt wichtige Aufgaben im kommunalen Bereich wahrnehmen. Wenn man eine solche Erwartungshaltung hat, muss man den freien Trägern aber auch Planungssicherheit einräumen. Das ist selbstverständlich.

Allerdings sind wir - ich sage das bewusst - haushaltsrechtlichen Zwängen unterworfen und haben die Vorschriften gemäß § 82 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen zur vorläufigen Haushaltsführung einzuhalten. Einerseits werden diese Vorschriften angesichts der derzeitigen Haushaltssituation nicht sehr großzügig ausgelegt werden können, andererseits haben sowohl der Rat als auch die Stadtverwaltung durchaus noch einen Ermessensspielraum, wie man mit diesen Vorschriften umgeht.

Unser Antrag trägt dem insofern Rechnung, dass sie vorschlagen, die Mittel nur teilweise freizugeben, und zwar auf Grundlage des HPL-Entwurfs 2010 inklusive des 1. Veränderungsnachweises und der Personalkostensteigerungen. Nach meinem Dafürhalten wäre es rechtlich zumindest bedenklich wenn nicht sogar rechtswidrig, würde man die hohen Ansätze des Haushaltsplans 2009 zugrunde legen und bereits jetzt Festlegungen über weite Strecken des Jahres treffen. Der Rat würde sich sämtlichen Gestaltungsspielraum im Rahmen der Haushaltsplanberatungen nehmen und könnte seine Verpflichtungen nach der Gemeindeordnung so nicht mehr wahrnehmen.

Auch bezogen auf die bezirksorientierten Ansätze müssen bereits jetzt Festlegungen getroffen werden; denn auch hier ist eine kontinuierliche Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Es kann nicht sein, dass im ersten Halbjahr des Jahres überhaupt nichts passiert. Selbstverständlich müssen auch hier die Vorschriften gemäß § 82 Gemeindeordnung NRW zur vorläufigen Haushaltsführung ausreichend beachtet werden. Dem wird ebenfalls Rechnung getragen, wenn die gekürzten Ansätze von 2010 zugrunde gelegt und nur bis zu 50 Prozent der Mittel freigegeben werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Recht herzlichen Dank an den Vorredner, dass er dieses Problem sachlich behandelt hat. Ich halte es für dringend erforderlich, das sachlich zu behandeln. Wir sind unterschiedlicher Meinung, was in welchem Umfang machbar ist.

Zunächst möchte ich mitteilen, Herr Oberbürgermeister, dass wir den von uns vorgelegten Antrag ergänzen möchten. In Punkt 1 soll hinzugefügt werden: „gemäß § 82 GO“. Damit wird ausgeschlossen, dass die Basis, die wir vorschlagen, rechtswidrig ist. Ich bitte darum, unseren Antrag diesbezüglich zu ergänzen.

Der zweite Punkt betrifft die Zielsetzung. Was wollen wir mit unserem Antrag erreichen? Ziel ist, dass die freien Träger ihre Aufgaben, die ihnen vom Rat übertragen worden sind, erfüllen können. Sie sollen sie aber nicht nur erfüllen können, auch die Kosten für die erbrachten Leistungen müssen stimmen. Wir haben das überprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass sie es besser können als wir. Deswegen stellt sich die Frage: Wie können wir den freien Trägern Planungssicherheit geben?

Der Antrag, der im Dezember von allen vier Fraktionen vorgelegt worden ist, beinhaltete, den freien Trägern auf der Basis des Jahres 2008/2009 Planungssicherheit zu geben - das hatten wir damals mit der SPD und den Grünen vereinbart -, und diese Planungssicherheit möchten wir ihnen weiterhin einräumen. Deshalb halten wir es für ein Ding der Unmöglichkeit, dass Sie, nachdem wir uns darauf schon geeinigt hatten, nun auf einmal einen Rückzieher machen und den freien Trägern die Mittel nach dem 31. März um 10 Prozent kürzen wollen, wie es der Herr Kämmerer gesagt hat. Damit nehmen wir den freien Trägern die Planungssicherheit. Sie werden die Aufgaben, die wir vorher definiert haben, nicht erfüllen können, wenn wir sie mit weniger Mitteln ausstatten.

Ich möchte das an einem mir bekannten Beispiel deutlich machen, nämlich der TAS. Wenn wir ihr die Mittel um 10 Prozent kürzen, wird sie ihre Aufgabe in diesem unheimlich schwierigen sozialen Bereich, in dem es um Bildung geht, nicht erfüllen können. Damit würden wir nicht nur die TAS schädigen, die nämlich dann Lehrkräfte entlassen müsste, sondern wir würden vor allem

die Bürger dieser Stadt schädigen, weil dadurch bestimmte Bildungsangebote wegfallen müssten. Das halten wir für falsch. Deshalb möchten wir das auf der Basis des Jahres 2009 fortsetzen.

Ehrlich gesagt, ich verstehe gar nicht, warum die SPD diesen Antrag gestellt hat. Wenn ich es recht verstanden habe, haben Sie, Herr Oberbürgermeister, den Haushalt für 2010 zurückgezogen. Deswegen gibt es gar keine Basis mehr, auf der wir das machen könnten, was Sie von der SPD in Ihrem Antrag vorschlagen.

(Beifall bei Teilen der FDP, bei pro Köln und von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Es gibt keine Basis; denn Sie haben gesagt: Der Haushalt 2010 ist für uns Makulatur, wir wollen einen Doppelhaushalt für 2010/2011; das werden Sie ja gleich beschließen. Der Herr Oberbürgermeister muss sich jetzt, nachdem er fünf Monate Zeit hatte, darüber nachzudenken, noch einmal überlegen, wie er das macht. - Ich könnte die Begründung von der SPD dazu nennen, die bis vor einer Woche galt. In Ihrem Antrag - das steht auf der Rückseite - schlagen Sie vor, der Rat möge diese Sache am 18. Mai 2010 verabschieden. Ich sage dazu: Ihr Antrag passt insgesamt nicht mehr. Deswegen möchte ich jetzt auch nicht im Einzelnen darauf eingehen.

Unsere Zielsetzung ist - ich wiederhole es noch einmal -, die freien Träger so zu stellen, dass sie ihre Wünsche

(Martin Börschel [SPD]: Ja, so ist das!)

- nein, natürlich nicht ihre Wünsche; ich komme noch auf den Satz zurück; Herr Börschel, jetzt haben Sie mich noch einmal herausgefordert -, dass sie die Zielsetzungen, die wir ihnen übertragen haben, ob in Sportvereinen oder anderswo, erfüllen können.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Herr Börschel, was haben wir denn gestern beschlossen? Eine Tarifierhebung für die Erzieherinnen in den Kindergärten um 2,5 Millionen Euro. Das ist doch genau das Gleiche.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Eine Tarifierhebung um 2,5 Millionen Euro wird durchgezogen, obwohl der in der Verwaltung dafür Zuständige - er ist jetzt nicht da ist - sagt, er habe keine Möglichkeit, diese Tarifierhebung

aufzufangen. Aber die freien Träger sollen das schaffen. Das ist doch unehrlich. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. Wir bitten Sie, stattdessen unseren Antrag zu unterstützen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Liga der Wohlfahrtsverbände hat der Linken am 16. März einen Brief geschrieben.

(Winrich Granitzka [CDU]: Uns auch!)

- Sie haben diesen Brief ebenfalls bekommen. - Die CDU ist dem Brief der Liga der Wohlfahrtsverbände weitgehend gefolgt; wir folgen dem auch. Ich möchte aus diesem Brief zitieren, damit Rot-Grün noch einmal darüber nachdenkt. Zitat:

Wir möchten nun nicht nur um die ungekürzte Auszahlung der 2. Rate der Zuschüsse bitten - natürlich inklusive der Tarifsteigerungen -,

- das ist auch an die CDU gerichtet -

sondern möchten darauf verweisen, auch schon für die 3. und 4. Rate entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Das ist die Forderung der Liga der Wohlfahrtsverbände.

Die Idee, einen Doppelhaushalt aufzustellen, stammt ja nicht von uns.

(Winrich Granitzka [CDU]: Von uns auch nicht!)

Das ist ja eine Idee

(Zuruf: Von Rot-Grün!)

der sogenannten Wolfschen Haushaltskommission minus Frank,

(Lachen von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

nämlich von FDP, CDU und SPD. Das ist der reale Hintergrund.

(Ulrich Breite [FDP]: Und PDS!)

- Herr Breite, wir schlagen etwas völlig anderes vor; ich nenne hier nur das Stichwort Bürgerhaushalt.

Worum geht es uns? Wir wollen erreichen, dass die freien Träger Planungssicherheit bekommen. Wenn der Haushalt erst im Oktober verabschiedet wird, das heißt, im vierten Quartal, also zum Jahresende, haben Sie im Wege des Doppelhaushaltes faktisch die Haushaltspolitik ausgehebelt.

Herr Böllinger, ich weiß nicht, ob Sie noch einen Job suchen.

(Werner Böllinger [SPD]: Nein!)

- Nicht mehr, gut. - Ich möchte Sie auf Folgendes hinweisen: In der Dezember-Sitzung - da waren Sie ja schon anwesend - haben Sie von der SPD und den Grünen gesagt: Jawohl, wir ziehen den Antrag zurück und werden das auf Grundlage des Haushaltsplans 2009 machen. Diesen Schritt sind Sie doch mitgegangen. Darüber können Sie doch nicht hinweggehen, sozusagen die Rolle vorwärts machen. Besinnen Sie sich einmal darauf, was Sie damals zugesagt hatten.

Herr Klipper hat völlig recht, wenn er sagt: Der Ansatz des Haushaltsplanentwurfs 2010 existiert nicht mehr, weil es ebendiesen Entwurf nicht mehr gibt. Meine Damen und Herren von der SPD, den Grünen und der FDP, wenn Sie schon bei Ihrem Antrag bleiben wollen, dann habe ich für Sie einen redaktionellen Vorschlag: Nennen Sie es doch einfach „ehemaliger Haushaltsplanentwurf 2010“. Dann können Sie wenigstens einen Beschluss fassen, der der Wahrheit entspricht und auch in sich schlüssig ist. Ich bitte Sie, wenigstens so ehrlich zu sein, diesen Änderungsantrag zu übernehmen.

Der Oberbürgermeister wird zuerst über unseren Antrag abstimmen lassen. Wenn unser Antrag keine Mehrheit bekommt, werden wir dem Antrag der CDU zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Breite. Auch er ist einer der Antragsteller.

Ulrich Breite (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Klipper, Sie hätten ein anderes Beispiel wählen sollen;

(Martin Börschel [SPD]: Ja, so ist das!)

denn die TAS ist im Veränderungsnachweis 1 drin. Da wird gar nichts gekürzt. Sie müssen schon andere Beispiele bringen, um zu belegen, was das für die Armen bedeutet, wenn die Mittel angeblich gekürzt werden sollen.

(Widerspruch von Karl-Jürgen Klipper [CDU] - Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Die heutige Antragslage zu den Abschlagszahlungen für das zweite Quartal für die freien Träger macht deutlich: Wir befinden uns im Landtagswahlkampf. Haben wir sonst im Rat in dieser Frage immer eine einvernehmliche Lösung gefunden, so überbieten sich heute einige Fraktionen auf Kosten des städtischen Haushaltes mit der Befriedigung von Aufgabenwünschen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ach!)

Sie wollen Geld ausgeben, das wir gar nicht haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Die Wahrheit ist: Wenn all der Pulverdampf des Wahlkampfes verfliegen ist, hat sich eine Tatsache nicht geändert, nämlich das Kölner Haushaltsloch von sage und schreibe über 150 Millionen Euro für das Jahr 2010. Der 9. Mai, der Tag der Landtagswahl in NRW, ist sicherlich ein Tag der politischen Richtungsentscheidung für unser Land. Aber dadurch wird unsere Haushaltssituation weder besser noch schlechter. Darum lassen wir Liberale bei dieser Frage den Landtagswahlkampf außen vor

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Oh!)

und stellen einen Antrag zu den Quartalsabschlagszahlungen über die Parteigrenzen hinweg;

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sage das doch mal deinen!)

denn uns geht es um Köln, Herr Klipper.

(Beifall bei der FDP -
Lachen bei der CDU)

- Sie hätten dabei ja mitmachen können, dann hätten Sie es bewiesen, liebe CDU.

Wahrlich, wir stehen vor großen haushaltspolitischen Herausforderungen. Die mittelfristige Finanzplanung von 2010 bis 2013 weist einen Konsolidierungsbedarf von über 1,6 Milliarden Euro aus.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das gibt's doch gar nicht! Hat er doch zurückgezogen!)

Das ist mehr als die Hälfte des Gesamtetats. Der Kämmerer hat dennoch den Ehrgeiz, unserer Stadt mit einer Kraftanstrengung ein förmliches Haushaltssicherungsverfahren zu ersparen. Dafür hat Herr Walter-Borjans unseren Respekt und unsere Unterstützung. Nur, dafür müssen wir hier und jetzt anfangen.

Auch wir Liberale würden allzu gern den freien Trägern und Institutionen nach dem Mund reden. Nein, es macht keine Freude, diesen Antrag zu stellen. Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir tragen die Verantwortung für diese Stadt und für die städtischen Finanzen. Wir sind auch für unangenehme und dennoch richtige Entscheidungen gewählt. Das unterscheidet uns von mancher Bürgerinitiative und den Demonstranten vor dem Rathaus. Wir müssen das Ganze im Auge haben.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Fragen Sie die Leute, Herr Breite!)

Wahr ist, dass die Finanzplanung für 2010 eine allgemeine Kürzung von 12,5 Prozent bei den freiwilligen Leistungen mit impliziert. Würden wir die pauschalen Kürzungen herausnehmen, müssten wir diese Mittel auf das bisherige Defizit draufsatteln. Ich meine, Verantwortung für Köln sieht anders aus.

Wir Liberale wollen den freien Trägern Klarheit, Wahrheit und Planungssicherheit geben, so schmerzhaft das auch für sie ist. Die Stadt Köln kann nur Auszahlungen leisten auf der Grundlage der Plandaten von 2010, die wir ja kennen und die pauschale Kürzungen bei den Leistungen implizieren.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Uli, hast du das mit Herrn Westerville abgesprochen?)

Alles andere wäre Opium für das Volk.

(Beifall bei der FDP - Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Hey!)

Darum haben wir den vorliegenden, wahrheitsgemäßen Antrag mitgestellt. Alles andere wäre Lug und Trug. Das haben auch die freien Träger nicht verdient.

Der Antrag der CDU sieht vor, die Abschläge auf Grundlage der Finanzdaten von vor der Finanz- und Wirtschaftskrise an die freien Träger auszuzahlen. Das steht im krassen Widerspruch zur Haushaltswirklichkeit. Das sind Illusionen à la Copperfield - nur für das Publikum gemacht, für das wahre Leben nicht geeignet.

(Beifall bei der FDP)

Der Renner der Volksverdummung ist aber der Antrag der Linken, die jegliche Realität ausknipsen. Getreu Ihrem Motto „Wohlstand für alle und für jede Mutti einen Pelz“

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit)

wird unabhängig von der derzeitigen Finanzsituation gefordert, die gesamte Auszahlung auf der Basis der Daten von 2009 vorzunehmen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Ohne Pelz, Herr Breite!)

Das ist Politik nach dem Motto: Sind die Stadtfinanzen erst ruiniert, dann lebt es sich ganz ungeniert. Diesen Antrag werden wir selbstverständlich nicht mittragen.

Wir, die FDP, sind nicht die großen Märchenerzähler hier im Rat. Wir segeln hart an der Vernunft und Realität. Wahrheit zahlt sich nach unserer Meinung letztendlich immer aus. Das ist unsere Überzeugung. Dafür steht dieser Antrag: ehrlich, aber fair. Das wissen ganz gewiss auch die freien Träger und Institutionen. Darum werben wir für die Wahrheit und für unseren Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Breite. - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon etwas kurios. Am 17. Dezember 2009 haben wir im Rat die erste Abschlagszahlung beschlossen. Und was weist

das Protokoll aus? Gegen die Stimmen der CDU. Heute überschlägt sich der Sprecher der CDU mit Vorschlägen und Wohltaten und kann überhaupt nicht genug bekommen. Ich habe den Eindruck, dass sich in der Zwischenzeit etwas getan hat.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Die FDP hat auch dagegen gestimmt!)

Objektiv hat sich Folgendes getan: Die gesamte Haushaltssituation der Stadt Köln hat sich wesentlich verschärft. Die Lage stellt sich wesentlich dramatischer dar als noch zum Jahresende 2009.

Das hat natürlich auch die CDU mitbekommen. Sie hat sich gesagt: Es ist eine schwere Bürde, diese Krise in den Griff zu bekommen. Dabei kann man sich große Blessuren holen. Lorbeeren erntet man dort nur zum Teil. Da machen wir uns vom Acker. - Das hat sich schon gestern in der Sitzung des Finanzausschusses angedeutet.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie machen sich vom Acker, Herr Frank!)

Deshalb will man diesem Antrag - dem man in früheren Jahren ohne Not beigetreten ist; wir haben ja auch schon in anderen Situationen mit Abschlagszahlungen gearbeitet - jetzt nicht zustimmen, sondern lehnt ihn ab. Und was macht man stattdessen? Stattdessen tritt man jetzt in den Wettlauf mit der Linken - nach dem Motto: Wer stellt die utopischsten Forderungen?

(Beifall bei der FDP)

Das ist etwas absolut Neues; denn natürlich sind auch in der CDU genug erfahrene Leute, die wissen, dass die Aussage in der Stellungnahme der Verwaltung vom 22. März 2010 Fakt ist. Dort steht zur Kommentierung des § 82 Abs. 1 GO NRW:

Die Kommune darf ausschließlich Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind; ...

So ist die Situation. Daher kann man jetzt nicht aus dem Fenster schauen und gucken: Wie viel kann ich hier oder dort ausgeben?

Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig, die Liquidität der vielen Träger, die vor allem in der

Jugendhilfe und im Sozialsektor arbeiten, weiter zu sichern.

Dabei können wir nicht auf Daten früherer Haushaltsjahre zurückverweisen. Wenn wir das beschließen würden, setzten wir uns der Situation aus, dass dies beanstandet würde. Dann hätten wir die Verantwortung dafür, dass überhaupt kein Geld fließt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Eine Beanstandung haben wir noch nie gehabt!)

Auch kann man nicht beliebig mit Tarifsteigerungen umgehen.

Der jetzige Vorschlag beinhaltet zwei Dinge. Das Erste ist, auf Basis des Haushaltsplanentwurfs 2010 zu arbeiten - der formal derzeit noch gilt; ein Beschluss des Rates, ihn zurückzuziehen, kann ja unter Tagesordnungspunkt 10.18 fallen. Das Zweite ist - dabei handelt es sich auch um eine ziemlich weitgehende Tat -, die Kompensation der Tarifsteigerung aus der Beschlusslage 2008/2009 hier fortzuschreiben. Damit kommen die Träger in eine Situation, in der sie weiterarbeiten können.

Allerdings war - das war auch der entscheidende zweite Satz des Beschlusses vom 17. Dezember 2009 - die Verwaltung aufgefordert, alle Träger zu benachrichtigen, dass wir in eine sehr schwierige Situation kommen, auf die sie sich einstellen müssen, weil der Status quo im Jahr 2010 nicht weiter fortschreibbar ist.

Diese Schreiben sind auch an alle Träger verschickt worden. Viele haben davon berichtet. Begeisterung tritt darüber natürlich nicht ein; das ist völlig klar.

Das Ganze ist aber kein Gegensatz zwischen dem Rat oder der Ratsmehrheit und den Trägern, sondern der Versuch, mit einer äußerst schwierigen Situation konstruktiv umzugehen. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit, die Kooperation und das Bündnis mit allen, die mit städtischen Zuschüssen Leistungen erbringen und Leistungen hier in dieser Stadt weiter fortführen wollen.

Für die nächsten Monate ist es das Gebot der Stunde, zu schauen, wo wir Prioritäten setzen und wie wir das Leistungsspektrum im Wesentlichen aufrechterhalten können. Dafür ist dieser Beschluss erst einmal eine notwendige Voraussetzung. Er ist erforderlich, damit es weitergeht. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, bitte. - Ich sehe noch weitere Wortmeldungen. Zunächst Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, ich habe eine Frage an Sie. Wenn das von Herrn Frank Gesagte stimmen sollte, wäre der Beschluss vom 17. Dezember 2009 rechtswidrig und müsste von Ihnen beanstandet werden. Ist er denn von Ihnen beanstandet worden? Weil er genau das enthält, was wir heute fordern und was Herr Frank als gemäß der Gemeindeordnung rechtswidrig bezeichnet hat - das hat er ja gerade vorgelesen -, müsste er von Ihnen beanstandet werden. Meine Frage ist also, ob Sie beabsichtigen, den Beschluss vom 17. Dezember 2009 noch zu beanstanden.

(Martin Börschel [SPD]: Das hat er doch gemacht!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich habe eine Frage an Sie gestellt!

- Ja, wir kommen noch dazu.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Diese Frage möchte ich ganz gerne noch beantwortet sehen!)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Lassen Sie mich an die Ausführungen von Herrn Klipper anknüpfen. Vor der Ratssitzung am 17. Dezember 2009 gab es einen Antrag der vier großen Parteien. Dieser Antrag besagte, dass für das erste Quartal auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfes 2010 gezahlt werden soll.

(Zurufe)

- Doch, das war der ursprüngliche Antrag. - Dann haben wir einen Änderungsantrag dahin gehend gestellt, dass der Haushalt 2009 zur Grundlage gemacht werden soll. Der Kämmerer hat gesagt: Jawohl, das ist umsetzbar.

(Zuruf von Stadtkämmerer Dr. Norbert Walter-Borjans)

- Ja, das haben Sie gesagt. Sie haben eine ähnliche Formulierung verwendet. Diese Formulierung steht sogar im Protokoll. - Das ist die Geschichte von dem 17. Dezember 2009.

Vor dem 17. Dezember 2009 gab es einen Brief der Liga der Wohlfahrtsverbände, die auf den Missstand hingewiesen haben, dass nicht der Haushaltsplan Grundlage ist, sondern der Haushaltsplanentwurf. Frau Dr. Klein hat ebenfalls zu Recht auf diesen Missstand hingewiesen.

Jetzt gibt es wieder einen Brief der Liga der Wohlfahrtsverbände, in dem sie fordern, dass für das zweite, das dritte und sogar das vierte Quartal gezahlt werden soll. Wir haben also im Prinzip die gleiche Vorgeschichte.

(Martin Börschel [SPD]: Nein!)

- Ja, natürlich. Wir haben die gleiche Vorgeschichte. - Sie gehen jetzt wieder von dem, was wir einmal hatten und was der Kämmerer sogar mitgetragen hat, zurück und sagen, dass der Haushaltsplanentwurf 2010 Grundlage sein soll - den es ja faktisch gar nicht mehr gibt. In Klammern: Änderungsantrag: ehemaliger Haushaltsplanentwurf. - Das ist doch die Realität.

Herr Frank, Sie haben gesagt, dass die CDU bei der Abstimmung über den neuen Antrag von uns und von dem Kämmerer von der Stange gegangen ist. Übrigens hat nicht nur die CDU dagegen gestimmt, sondern auch die FDP. Sie haben die CDU auch einfach brüskiert; denn Sie haben vorher einen Antrag vereinbart und sind dann während der laufenden Ratssitzung weggesprungen. Das tut man ja nun auch nicht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was sollen wir denn jetzt tun? Das eine ist angeblich nicht richtig, und das andere ist Ihnen auch nicht recht!)

Das machen Sie ja laufend.

Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt, der sich im Prinzip in der Logik der Ratssitzung vom 17. Dezember 2009 befindet - genau wie der Antrag der CDU, der sich ebenfalls in der Logik des Ratsantrages vom 17. Dezember 2009 befindet und zusätzlich auf die bezirksorientierten Mittel eingeht. Deswegen sind diese Anträge im Duktus des 17. Dezember 2009 und sollten eigentlich eine Mehrheit finden. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben drei Tagesordnungspunkte zu einem zusammengefasst. Ich glaube, dass die Öffentlichkeit, die als Besucher hierher kommt, gar nicht so recht weiß, worum es geht.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Man sieht hier zwar ein Schaulaufen. Erstmals in dieser Ratssitzung treten einmal die haushaltstragenden Kräfte ans Mikrofon und liefern sich Worthülsen. Sie liefern sich hier eine Art Landtagswahlkampf. So richtig verstehen tut das aber keiner - es sei denn, dass man irgendein esoterisches Wissen hat.

Ich versuche jetzt einmal, für die Bürger - -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Vielleicht hören Sie einmal zu!)

- Natürlich. Ich höre Ihnen immer gerne zu, Herr Klipper. Es wäre schön, wenn Sie das auch bei mir täten. Sie können sich ja noch einmal melden. - Ich versuche also einmal, die Sachen hier ein bisschen zu ordnen.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier liegen mehrere Anträge vor. Sie wollen also ein Haushaltssicherungskonzept bzw. einen Doppelhaushalt aufstellen; wie auch immer. Dazu äußern Sie sich. Hierzu gibt es zwei konkurrierende Anträge; so nenne ich das einmal.

Zum einen gibt es ein Bündnis aus den Sozialdemokraten, den Grünen und der FDP mit einem Antrag - damit fange ich einmal an -, in dem es um Auszahlungen für das erste und zweite Quartal geht, und zwar wohl auf den Grundlagen von 2009 bzw. von einem Haushaltsplanentwurf, der wieder zurückgezogen worden ist; Zahlen kennt man keine genaueren.

Man möchte also Gutes tun. Man sagt den Leuten: Wir wissen zwar nicht, was in der Kasse ist. Wir wissen nicht, was Soll ist, was Haben ist und was wir machen müssen. Ihr könnt euch aber darauf verlassen, dass die Sache bis ins zweite Quartal so weiterläuft. Macht ruhig so weiter, als sei nichts gewesen; keine Steuerausfälle, keine Ausgaben. Macht einfach so weiter.

Dann hat die CDU natürlich gesagt: Dahinter stehen wir nicht zurück. Wenn wir dabei nicht mitmachen dürfen, tun wir das selber. - Die CDU will das direkt für das zweite und das dritte Quartal weiter so machen. Sie erklärt: Im Oktober 2010 können wir dann einmal eine Art Kassensturz vornehmen. Dann machen wir so etwas Ähnliches wie einen Haushaltsplan. Das können wir dann ja direkt für das Folgejahr mit machen.

Meine Damen und Herren, welcher Bürger nimmt Ihnen das denn ab? Wer von Ihnen legt hier denn einmal konkrete Zahlen vor?

Der ganze Vulgärpopulismus, den wir hier hören,

(Beifall bei pro Köln)

wird im Übrigen noch getoppt. Wir haben ja auch Bezirksvertretungssitzungen. Ich habe hier einmal einen Antrag der SPD-Fraktion aus der Bezirksvertretung Ehrenfeld mitgebracht. Diesem Antrag haben wir von pro Köln natürlich gerne zugestimmt. Er nennt sich „Keine Kürzung für die Kurzen!“. Dabei machen wir mit.

Ich habe dann direkt gefragt: Seid ihr denn auch so mutig, das im Kölner Rat vorzutragen? - Das war erst letzte Woche. Ich frage mich: Wo sind denn die Leute, die damals dabei waren? - Herr Wirges, Sie gucken so nett. Kommen Sie doch einmal in die Bütt und sagen Sie Ihrer Fraktion, dass sie uns zustimmen soll.

(Beifall bei pro Köln)

Ihren Antrag, den ich mir eben mit Ihrem Rubrum ausgedrückt habe, nehmen wir jetzt und stellen ihn als Änderungsantrag zu dem Antrag der SPD,

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja ein Plagiat!)

um einmal zu zeigen, wie unseriös Sie wirklich sind. Sie machen hier im Prinzip nur eine Politikshowveranstaltung und Scheinparlamentarismus. Dann erheischen Sie sich bei Ihren - - Herr Wirges, Sie sitzen hier ja mit einem *Stadt-Anzeiger*-Schreiber zusammen. Er schreibt dann, was für ein toller Mensch Sie sind. Die Leute denken: Na ja, dann wählen wir am 9. Mai 2010 noch einmal die gute alte SPD. - Und Sie denken: Danach ist Nacht der langen Messer. Dann können wir nicht mehr abgewählt werden. Dann sind wir fünf Jahre dran, und dann haben wir Ruhe.

Da machen wir Ihnen aber einen Strich durch die Rechnung - wo wir das auch können, wo wir noch frei reden dürfen. Wir haben ja eben gemerkt, dass das hier problematisch ist. Hier wird einem dann der Sitzungsausschluss angedroht.

(Beifall bei pro Köln)

Aber wo wir das noch machen können, nehmen wir unseren Auftrag wahr.

Herr Roters, mein Amt gibt mir auch ein Recht dazu, Dinge auch polemisch auszuüben.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Aber nicht beleidigend, bitte schön.

Jörg Uckermann (pro Köln): Selbstverständlich. Daran sind aber natürlich immer zwei beteiligt: der eine, der beleidigt, und der andere, der sich beleidigt fühlt. Wenn Sie sich den Schuh anziehen, ist das Ihre Sache.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie haben die Mitglieder des Rates beleidigt.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das habe ich nicht gemacht. Was ich hier schon alles gehört habe! Hören Sie einmal, Herr Roters; das ist wohl eine andere Sache.

Zurück zu unserem Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt: Wir übernehmen den Antrag, den die SPD in der Bezirksvertretung Ehrenfeld gestellt hat. Natürlich haben wir hier ein eigenes Rubrum gemacht. Unser Antrag ist jetzt fertig, glaube ich. Ich bitte, dass man ihn annimmt. Er besagt wortwörtlich das, was die SPD formuliert hat. Es soll aber nicht mehr die Bezirksvertretung Ehrenfeld, sondern der Rat der Stadt Köln beschließen, dass es hier keinerlei Kürzungen gibt.

Das ist unser Beitrag, um einmal zu zeigen, wie unseriös hier hantiert wird; denn von Ihrer Seite versucht man nur, seine Propaganda in der Zeitung abgedruckt zu bekommen. Wie die Realität dann aussieht, was das für die Menschen bedeutet, ist Ihnen scheinbar egal. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, sich bei den Äußerungen zurückzuhalten, Herr Uckermann. Ich gebe Ihnen auch noch einmal mit auf den Weg, solche vulgären Äußerungen hier am Rednerpult zu unterlassen. - Herr Helling hat sich noch gemeldet. Bitte.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur kurz auf den Kollegen Detjen eingehen, der versucht hat, die Ratssitzung vom 17. Dezember 2009 zu rekapitulieren - allerdings nicht vollständig, sondern einigermaßen unvollständig.

Herr Detjen, es war nicht so, dass der Kämmerer die Linie der Linken übernommen hat und dann in der Sitzung am 17. Dezember 2009 gesagt hat: Jawohl, das machen wir; wir gehen rückhaltlos auf das Jahr 2009 zurück. - Vielmehr hat der Kämmerer ausweislich des Protokolls etwas anderes erklärt.

Das geht auch aus dem Beschluss hervor, den der Rat dann gefasst hat - im Übrigen auch mit Ihren Stimmen. In diesem Beschluss heißt es nämlich:

Die Auszahlung der ersten Rate des Haushaltsjahres 2010 erfolgt mit dem Hinweis, dass die Gewährung weiterer Mittel unter dem Vorbehalt der Haushaltsverhandlungen steht und diese bereits jetzt

- also bereits im Dezember 2009 -

erkennen lassen, dass es zu finanziellen Einschnitten kommen wird, sodass

- merken Sie sich das genau -

nicht von einer hundertprozentigen Verfügbarkeit bis zum Jahresende auszugehen ist.

Das war die Aussage. Das war der damalige Beschluss.

In der heutigen Sitzung wollen Sie - überhaupt nicht in Fortsetzung der Linie des Kämmerers, sondern nur in Fortsetzung Ihrer eigenen Linie - beschließen lassen, dass alle vier Raten für 2010 ausgezahlt werden und dass diese vier

Raten zu 100 Prozent dem Haushalt 2009 entsprechen. Das ist etwas völlig anderes als das, was wir im Dezember 2009 beschlossen haben, und auch etwas völlig anderes als das, was der Kämmerer im Dezember 2009 gesagt hat.

Insofern bitte ich Sie, ein bisschen bei der Korrektheit zu bleiben. Das ist auch wichtig, weil wir uns in der Tat in schwierigen Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden und den freien Trägern befinden. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nun spricht noch Herr Norbert Walter-Borjans.

Stadtkämmerer Dr. Norbert Walter-Borjans: Eigentlich ist alles gesagt. Herr Helling hat das gerade noch einmal beschrieben.

Bezogen auf den 17. Dezember 2009 will ich nur noch einmal Folgendes sagen: Seinerzeit hätten wir auf der Grundlage eines vorliegenden Haushaltsentwurfs für das nächste Jahr, genau so wie auf der Grundlage des zurückliegenden Jahres, auf der Grundlage eines zurückgezogenen Entwurfes oder auf der Grundlage eines fiktiven Entwurfes beschließen können. Das wäre völlig egal gewesen. Es mussten nur zwei Dinge berücksichtigt werden.

Der eine Punkt war, dass die tatsächlich verfügbare Finanzmasse ausreichen muss. Das war bei der Beschränkung bei 25 Prozent auf gegeben.

Der zweite Punkt war, dass diese Rate in ihrer Größenordnung bereits andeuten sollte: Es wird nicht so weitergehen, sondern wir werden einen Sinkflug einleiten müssen. - Das haben wir so getan. Es ist ja gerade auch noch einmal zitiert worden. Damit war klar, dass es in der Summe keine 100 Prozent geben wird.

Jetzt reden wir aber von weiteren Raten. Wenn man den § 82 der Gemeindeordnung nicht berücksichtigen würde, würde man damit Illusionen wecken.

In dem Antrag von SPD, Grünen und FDP ist das berücksichtigt. Darin ist darauf Bezug genommen worden. Dort wird deutlich, dass wir insgesamt nicht mit einer Auszahlung dieser Mittel in Höhe von 100 Prozent zu rechnen haben.

Es wird eben deutlich, dass wir vor einer seitdem noch einmal deutlich angewachsenen Haushaltskrise stehen, die wir nur bewältigen können, wenn auch wirklich auf allen Ebenen Einschnitte erfolgen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Walter-Borjans. - Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung. - Noch einmal Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Mich wundert immer, dass Sie nicht persönlich dazu Stellung nehmen, wenn ich eine Frage an Sie stelle; denn Sie beanstanden - nicht der Finanzminister des Hauses, sondern Sie. Daher erwarte ich solche Erklärungen eigentlich von Ihnen.

Lassen Sie mich aber noch einen zweiten Punkt ansprechen. Herr Walter-Borjans, wir machen in diesem Haus keinen Haushalt und auch keine Rechnungslegung, indem wir schematisch vorgehen. Vielmehr gehen wir nach politischen Entscheidungen vor. Bei den politischen Entscheidungen war es bisher immer so - ich bin jetzt zehn Jahre in diesem Ausschuss -, dass die Bildung und die Jugendarbeit höchste Priorität haben. Das ist eine Entscheidung der Politik.

Ich bin der Meinung, dass wir weiter bei dieser Prioritätensetzung bleiben sollten. Wenn die Grünen, die SPD und die FDP jetzt natürlich sagen, dass sie die Kürzungen über einen Kamm scheren wollen, ist das etwas anderes.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch gar nicht! Wenn wir nichts beschließen würden, dann würde das stimmen!)

Wir sehen diesen Bereich aber als primäre Aufgabe und halten diesen Ansatz - bei dem wir schon dreißigmal geprüft haben, ob er gerechtfertigt ist - für angemessen, weil wir sonst unsere Aufgaben in der Stadt nicht erfüllen können.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Abstimmung über diese Anträge.

Zuerst möchte ich über den Antrag der Fraktion der Linken unter TOP 3.1.6 abstimmen lassen. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um

das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zum Antrag der CDU-Fraktion unter TOP 3.1.5. Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind die SPD, die Grünen, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Jetzt kommen wir, wenn ich das richtig verstanden habe, zu einem Änderungsantrag der Fraktion pro Köln zum Antrag der SPD-Fraktion unter TOP 3.1.4. Dieser Änderungsantrag lautet folgendermaßen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, im Rahmen der Haushaltsberatungen die Mittel für offene Kinder- und Jugendarbeit sowie im Sportangebot für Kinder und Jugendliche in Köln so zu bemessen, dass die bisherige erfolgreiche Arbeit uneingeschränkt fortgesetzt und weiterentwickelt werden kann.

Das ist ein sehr allgemeiner Ergänzungsantrag, von dem ich - - Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Tagesordnungspunkt 3.1.4, über den wir hier beraten, geht es um Abschlagszahlungen 2010 für das zweite Quartal. Der Antrag, den die Fraktion pro Köln jetzt einbringt, steht in keinem Sachzusammenhang dazu, sondern ist ein inhaltlicher Antrag, der im Rahmen von Haushaltsplanberatungen zu befassen wäre - wenn er ehrlich und lauter gemeint worden sein sollte.

Deswegen ist unsere Rechtsauffassung, dass man ihn heute hier nicht behandeln darf - was den Herren von pro Köln selbstverständlich auch bekannt ist, da es ihnen an dieser Stelle nur um Klamauk geht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Der Antrag ist natürlich formal völlig korrekt. Ich bitte, ihn zur Abstimmung zu stellen. Meines Erachtens gibt

es da eigentlich keinen Diskussionsbedarf oder Spielraum.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir lassen also abstimmen. - Wer gegen diesen Antrag der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU, FDP, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Letztendlich kommen wir dann zum Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unter TOP 3.1.4. Wer ist gegen diesen Antrag? - Die CDU

(Martin Börschel [SPD]: Die CDU möchte gar nichts auszahlen!)

und pro Köln. Wer enthält sich? - Die Linke. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Nun kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich:

3.1.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Ehrenamtskarte NRW für Köln“ AN/0499/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn wir unsere Stadt erneuern wollen, dann muss das von unten passieren, und zwar dadurch, dass wir eine möglichst große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Köln auf dem Weg einer Erneuerung mitnehmen.

Das kann nur geschehen, wenn das Ehrenamt in der Domstadt wieder eine attraktive Angelegenheit wird, die auch in aller Form - durchaus ohne dass dabei Unkosten für die Stadtkasse entstehen müssen - öffentliche Anerkennung findet und eine Form von Respekt bekommt, die gegenwärtig sehr oft dem Ehrenamt deshalb nicht entgegengebracht wird, weil es öffentlich nicht in dem Umfang in der Diskussion steht, in dem das wünschenswert wäre.

Diesbezüglich können wir in diesem Gremium schwerlich Anträge stellen, um die Stadtrepräsentanten in eine Pflicht zu nehmen, die ihnen offenbar nicht besonders wichtig ist. Dafür wäre es zunächst nötig, dass in Teilen die politische Klasse ausgetauscht wird -

(Beifall bei pro Köln)

was ja unter Umständen über Wahlen passieren kann. Wir werden deshalb in dieser Richtung selbstverständlich keine unsinnigen und illusorischen Anträge stellen.

Das Ganze hat aber durchaus auch einige pragmatische Aspekte. Es fällt doch auf, dass man anderswo über die Ehrenamtskarte - für die übrigens in Düsseldorf durch die dortigen Fraktionen Ihrer politischen Parteien grünes Licht gegeben worden ist -, die in anderen Städten längst verabschiedet worden ist, den dort ehrenamtlich tätigen Menschen insofern ein Stück weit entgegenkommt, als dass sie einige wenige Vergünstigungen erhalten, die bei weitem nicht den Arbeitseinsatz aufwiegen, den Ehrenamtler für ihre jeweilige Kommune erbringen.

Warum ist das denn in anderen Städten in Nordrhein-Westfalen bereits von der dortigen Kommunalpolitik beschlossen worden und in Köln noch nicht? Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass der lange Zeitrahmen, über den hinweg Sie dieses Thema verschlafen haben, auch ein wenig das hohe Maß an Gleichgültigkeit nach außen hin transparent macht, mit dem viele Akteure hier in diesem Gremium den Ehrenamtlern entgegneten.

Da findet in größeren zeitlichen Abständen mal ein Empfang im Rathaus statt. Dann werden gelangweilt Hände geschüttelt. Und alle zehn Jahre wird mal einer für eine öffentliche Auszeichnung vorgeschlagen. Damit muss es aber auch gut sein. Ansonsten hat mancher, der sich ehrenamtlich für Köln engagiert, den Eindruck, dass er der Kommunalpolitik unter dem Strich doch eher lästig fällt.

In einer solchen Situation hat man selbst Schwierigkeiten, für alle Spielplätze in Köln einen Spielplatzpaten zu finden. Das kann wahrlich nicht wundern.

Hier haben Sie, meine Damen und Herren, tief und fest geschlafen. Wir helfen Ihnen mit diesem Antrag, zu dem wir um Ihre Zustimmung bitten, wieder ein bisschen von dem aufzuholen, was Sie in der Vergangenheit versäumt haben.

Ich begründe unseren Antrag hier aber nicht ohne den Hinweis, dass Sie im vergangenen Jahr schon die Gelegenheit gehabt hätten, einen entsprechenden Beschluss zu fassen; denn wir bringen diesen Antrag nun mit einem erheblichen

zeitlichen Abstand zum zweiten Mal in den Rat der Stadt Köln ein.

Für mich ist auch nicht nachvollziehbar, warum Sie nicht zumindest so schlau waren, das eigene Briefpapier zur Hand zu nehmen, um den Antrag von pro Köln darunter einzubringen, oder warum nicht aus der Verwaltung heraus diesbezüglich endlich einmal eine Initiative gekommen ist.

Hier ist wirklich ein schweres Versäumnis Ihrerseits zu attestieren, das Sie dadurch ausräumen können, dass Sie wenigstens heute - wenn auch verspätet - unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Rouhs. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ja. Herr Helling.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich darf zur sachlichen Klärung darauf hinweisen, dass der Rat im Jahre 2009 einen umfangreichen Prüfauftrag zur Frage der Kultur der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln beschlossen hat, dass dieser Prüfauftrag inzwischen mit einer ungefähr 15-seitigen Vorlage abgearbeitet ist und dass diese Vorlage derzeit in allen relevanten Ratsausschüssen behandelt wird.

Insofern ist dieser Antrag von pro Köln völlig neben der realen Beschlussfassung des Rates und auch neben der politischen Aktivität in den Ausschüssen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Gibt es sonst noch Wortmeldungen dazu? - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Entschuldigung, Herr Helling. Warum ist die Ehrenamtskarte denn dann noch nicht verabschiedet? Es ist doch das eine, Angelegenheiten in irgendwelchen Gremien zu beraten, und etwas ganz anderes, konkrete Beschlüsse zu fassen - oder um einen bekannten früheren bayerischen Ministerpräsidenten zu zitieren: Entscheidend ist doch, was am Ende dabei herauskommt.

Tatsache ist, dass bei dem, was Sie da treiben, bislang nichts herausgekommen ist. Deshalb ist dieser Antrag nötig und sollte auch Ihre Zustimmung finden.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt. Wer gegen den Antrag der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Die Linke, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Neuorganisation des SGB II“ AN/0460/2010

Dazu gibt es Wortmeldungen. Frau Schmerbach.

Cornelia Schmerbach (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Dezember 2007 verwarf das Bundesverfassungsgericht die in vielen Städten und Gemeinden praktizierte Zusammenarbeit mit der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit als unzulässige Mischverwaltung und forderte eine gesetzliche Neuordnung bis 2011.

Während die SPD sich nach dieser Entscheidung des höchsten Gerichts für eine Grundgesetzänderung aussprach, um die bewährte Zusammenarbeit auch weiterhin zu ermöglichen, setzte die schwarz-gelbe Bundesregierung lange Zeit auf eine getrennte Aufgabenwahrnehmung. Dieser Vorschlag wäre aus Sicht der Kommunen die schlechtestmögliche aller denkbaren Lösungen gewesen.

Damit wären die Entscheidungen, welche Integrationschancen in den Arbeitsmarkt die rund 82 000 Langzeitarbeitslosen in unserer Stadt haben, dem kommunalen Einfluss und der kommunalen Verantwortung auf Dauer entzogen worden. Dies wäre der Abschied von der Leistung aus einer Hand gewesen. Für die Betroffenen hätte das zudem mehr Ansprechpartner, mehr Wege, mehr Bürokratie

durch doppelte Verwaltungsstrukturen - obwohl CDU und FDP Bürokratieabbau einfordern -, weniger Service und weniger Transparenz bedeutet. Vor allem wären auf die Städte und Gemeinden höhere Kosten zugekommen.

Seit Februar 2010 hat die Bundesregierung nun - „uns wundert es“ - einen Schwenk vollzogen und plädiert jetzt ebenfalls für die Verfassungsänderung, um auch zukünftig Kooperationen der kommunalen Träger mit der Bundesagentur für Arbeit sicherzustellen. Wir freuen uns über die - wenn auch späte - Einsicht der Bundesarbeitsministerin, die kurz zuvor das Problem der getrennten Aufgabenwahrnehmung noch durch zwei Bescheide in einem Briefumschlag lösen wollte.

In Köln haben wir schon vor Jahren ein deutschlandweit beachtetes Modell geschaffen, das der Devise „Arbeit statt Sozialhilfe“ folgte und bundesweit Schule gemacht hat. Das Kölner Modell war bereits vor Einführung des SGB II Vorbild für eine lokale Kooperation zwischen der Agentur für Arbeit und der Stadt Köln auf Augenhöhe. Beide Partner brachten ihre jeweiligen Kompetenzen ein, die den Betroffenen zugute kommen. Die Gleichberechtigung ergab sich vor allem daraus, dass die Stadt Köln über die Hilfe zur Arbeit nach dem damaligen Bundessozialhilfegesetz eigene Integrationsleistungen innovativ und bedarfsgerecht vor allem für die am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen entwickelte und in erheblichem Umfang finanzierte. Die Agentur für Arbeit Köln setzte ihre vermittelnde Kompetenz und die Arbeitsmarktinstrumente des SGB III ein.

Die Mitentscheidung nach der bisherigen Aufgabenverteilung im SGB II ermöglichte der Stadt Köln die Schwerpunktsetzung im Integrationsprogramm der Arge. Mit den Eingliederungsmitteln hatte Köln die Möglichkeit, kommunale Sozialpolitik zu gestalten. Beispiele hierfür sind bisher unter anderem Wege in Arbeit, JobPerspektive für Erwachsene mit besonderen und erheblichen Vermittlungshemmnissen, Bereiche besonderer Arbeitsgelegenheiten, zum Beispiel Schulserviceteam und Sprungbrett, die Fachberatung für Jugendliche unter 25 Jahren sowie das bundesweit anerkannte und bisher einmalige Fallmanagement für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen mit dem Ziel, ihre Erwerbsfähigkeit wiederherzustellen.

Mit Blick auf die betroffenen Menschen wie auch auf die Steuerung der erheblichen Kosten für die Unterkunft - 2009 circa 288 Millionen Euro - ist

die kommunale Mitbestimmung bezüglich der konkreten operativen Umsetzung des SGB II in der Arge unbedingt notwendig.

Um die besonderen Kompetenzen der bisherigen Träger der Arge, Agentur für Arbeit Köln und Stadt Köln, auch in Zukunft effektiv einsetzen zu können und die langzeitarbeitslosen Menschen in dieser Stadt bestmöglich zu betreuen und zu fördern, beabsichtigen wir, für die anstehende Neuregelung Eckpunkte zu setzen, die wir im hier vorliegenden Antrag dargelegt haben.

In vielen politischen Gesprächen und in Initiativen haben wir Sozialdemokraten uns dafür eingesetzt, dass die bewährten Strukturen vor Ort nicht zerschlagen werden. Wir werden alles daransetzen, auch in Zukunft eine optimale individuelle Betreuung der Langzeitarbeitslosen zu gewährleisten. Daran werden wir weiterhin festhalten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau Schmerbach. - Wir kommen zu Herrn Helling. Bitte schön.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat bereits kurz die Historie der Arge-Gründung und die verfassungsmäßigen Probleme geschildert. Ich möchte versuchen, hier noch einmal kurz zu verdeutlichen, welche große Bedeutung eine rasche Kölner Intervention in Richtung Berlin hat.

Vom SGB II sind in Köln nämlich über 120 000 Menschen betroffen. Die Kommune zahlt derzeit - wir haben es gehört - 288 Millionen Euro an Unterkunftskosten für die Bedarfsgemeinschaften. Aus Bundesmitteln werden als sogenannte passive Mittel noch einmal circa 283 Millionen Euro gezahlt. Dahinter verbirgt sich das sogenannte Hartz-IV-Geld in Höhe von individuell circa 350 Euro im Monat. Darüber hinaus werden an aktiven Leistungen zur Integration - und zwar zur Weiterbildung, zu Arbeitsgelegenheiten, zur Berufsorientierung usw. - weitere circa 100 Millionen Euro gezahlt. Zusätzlich gibt die Kommune fast 10 Millionen Euro für Schuldnerberatung, Suchtberatung usw. aus.

Meine Damen und Herren, diese gigantische Summe von fast 700 Millionen Euro wird vom

Verwaltungsapparat der Arge mit seinen circa 1 200 Mitarbeitern direkt und indirekt, aktiv und passiv an die einzelnen Langzeitarbeitslosen vergeben.

Angesichts solcher Zahlen, die massiv das Schicksal von fast 15 Prozent der Kölner Bevölkerung betreffen, ist es selbstverständlich, dass wir im Rat und insbesondere auch im Sozialausschuss die Diskussionen um die Neuorganisation der Arge akribisch verfolgt haben.

Ausgehend von den bereits geschilderten Erfahrungen des Kölner Modells, nämlich der frühzeitigen freiwilligen Zusammenarbeit von Sozialamt und Arbeitsagentur vor 2005, haben die Fachpolitiker und hat die zuständige Dezernentin stets die gleichberechtigte Zusammenarbeit der beiden Akteure betont.

Wir sollten allerdings auch nicht den dritten wesentlichen Akteur, nämlich die Landschaft der Kölner Beschäftigungsträger und die Landschaft der Wohlfahrtsverbände, vergessen.

Wir alle waren in allergrößter Sorge, dass die Bundesregierung diese partnerschaftliche Zusammenarbeit aufkündigt. Letztes Wochenende nun - vor genau drei Tagen - einigte sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe aus CDU, FDP und SPD auf einen Kompromiss, der a) eine Grundgesetzänderung noch im Jahr 2010 vorsieht und b) einen eigenen Gesetzentwurf über die Zukunft der Arge beinhaltet.

Meine Damen und Herren, mit dieser Einigung vom letzten Wochenende ist unsere Ratsresolution allerdings überhaupt nicht überflüssig geworden; denn diese Resolution gibt klare Vorgaben, die zwingend die Rolle der Kommunen in dem zukünftigen Gesetz stärken und stärken müssen.

Die Kommunen brauchen nämlich ausreichende Bundeszuschüsse für die stetig steigenden Unterkunftskosten in Höhe von circa 30 Prozent und nicht, wie der Bundeshaushalt 2011 es vorsieht, von nur noch knapp 20 Prozent. Allein diese Differenz kostet den Haushalt der Stadt Köln über 10 Millionen Euro.

Die Kommunen brauchen weiterhin im Rahmen der Argen ausreichendes und gut qualifiziertes Personal. Sie alle können sich noch an die Diskussion über die unzureichende Personalausstattung in der Kölner Arge und die vielen Klagen der Betroffenen über Schwierigkeiten mit dem Personal erinnern.

Zudem brauchen wir für die freien Träger Planungssicherheit - und keine jährlichen schematischen Ausschreibungen. Auch das ist im Zusammenhang mit den bisherigen Arge-Regeln schon jahrelang ein Ärgernis.

Wenn der Gesetzentwurf die kommunalen Belange und damit die Kölner Interessen nicht ausreichend würdigt, werden wir Grüne, wie es im Koalitionsvertrag mit der SPD auch vorgesehen ist, weiter alternativ dazu die Chancen und Möglichkeiten einer Optionskommune, die - eine gesicherte Finanzierung vorausgesetzt - das SGB II rein kommunal umsetzt, prüfen lassen.

Meine Damen und Herren, im Sinne des Vorgesagten bitte ich alle Fraktionen im Interesse Kölns um Zustimmung zu dieser Resolution. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zu Herrn Ensmann.

Bernhard Ensmann (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich haben wir nichts gegen eine solche Resolution. Die Frage ist nur, wie sinnvoll es ist, eine Resolution in den Rat der Stadt einzubringen, wenn der Zug bereits längst an uns vorbeigefahren ist. Herr Helling hat ja gerade geschildert, wie die Situation in Berlin im Moment ist, in welchem Status wir uns also befinden.

Ich will nicht alles das wiederholen, was wir in den letzten fünf Jahren gemeinsam und in einer Zielrichtung bei der und mit der Arge erreicht haben - mit dem Lenkungsausschuss, mit der Geschäftsführung und mit dem Beirat, in dem ja alle Parteien vertreten sind.

Außerdem wird bei jeder Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren von der Arge fachkundig berichtet. Wir sind also alle auf dem laufenden Stand, was diese Dinge angeht.

Dass es bei der Gründung der Arge vor fünf Jahren massive Probleme gegeben hat, liegt doch in der Natur der Sache. Wenn ich eine neue Organisation aufbaue, die heute etwa 1 300 Mitarbeiter hat, ist es doch ganz klar, dass Sand im Getriebe ist, wenn erst einmal nur 400 oder auch 600 oder 700 Mitarbeiter da sind. Jetzt ist eine Situation geschaffen worden, die ein

sauberes und richtiges Arbeiten im Sinne der Bürger ermöglicht.

Ich wundere mich nur darüber, dass zum Beispiel Herr Ott in der Januar-Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren die Verwaltung gebeten hatte, in der Sitzung dieses Ausschusses am 4. März 2010 einen Resolutionsentwurf vorzulegen. Das ist nicht erfolgt. Da kann ich der Frau Beigeordneten auch nur recht geben. Was soll eine Resolution am 4. März 2010 bewirken, wenn wir jetzt bereits vor wichtigen Entscheidungen stehen?

Wir haben auch schon einen Terminplan. Am 31. März 2010 liegt der Entwurf vor. Anfang April dieses Jahres erfolgt die Kabinettsentscheidung. In der Woche vom 19. April 2010 findet die erste Lesung im Bundestag statt, am 21. Mai 2010 die zweite und dritte Lesung im Bundestag. Anschließend befasst sich der Bundesrat damit.

Meine Damen und Herren, glaubt irgendjemand hier im Saal, dass jemand von den Entscheidern in Berlin noch Nachhilfe braucht, was wir dann so in Köln brauchen?

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ganz sicher!)

Lieber Herr Helling, ich schlage Sie mit Ihren eigenen Waffen und nenne einmal die Highlights, die Sie in Ihrem gemeinsamen Antrag aufführen. Die kann jeder hier im Saal verstehen, auch wenn er nicht Mitglied des Ausschusses für Soziales und Senioren ist.

Zum Beispiel soll zeitnah entschieden werden. Das ist eine ganz wichtige Sache.

Es soll auf gleicher Augenhöhe zwischen Arbeitsagentur und Stadt Köln verhandelt werden. Das ist in Ihrer Resolution ebenfalls ein ganz wichtiger Punkt.

Das Ganze soll gezielter und effektiver gemacht werden. Ich bitte Sie! Wer kann denn dagegen sein?

Wenn wir in diesem Jahr 100 Millionen Euro zur Eingliederung zur Verfügung haben, glauben Sie, dass wir das einfach an uns vorbeigehen lassen? Vorher wird in den einzelnen Gremien, die ich eben genannt habe, intensiv darüber gesprochen und verhandelt.

Das sind also keine Eckpunkte, die irgendjemanden hier oder in Berlin vom Hocker hauen. In Ihrem Antrag steht nichts, was so Köln-

spezifisch wäre, dass wir sagen würden: Das muss unbedingt in das Gesetz hinein.

Außerdem dürfte Ihnen doch Folgendes klar sein: In Berlin wird kein Gesetz für Köln gemacht. In Berlin werden Gesetze für Deutschland gemacht.

Wir müssen sehen, was wir dann machen. Das haben wir getan. Wir haben unsere Aufgaben gemacht. Unsere Abgeordneten sind frühzeitig, nachdem das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorlag, kontinuierlich über die Situation informiert worden. Ich unterstelle einfach einmal, dass Sie Ihre Abgeordneten ebenfalls entsprechend gebrieft haben.

Insofern war es - lassen Sie mich das abschließend noch einmal feststellen - von der Frau Beigeordneten vollkommen richtig, am 4. März 2010 keinen Resolutionsentwurf vorzulegen. Denn warum sollte man die Mitarbeiter beauftragen, eine Resolution zu erarbeiten, die man anschließend direkt in die runde Ablage geben kann?

In diesem Antrag ist also nichts enthalten, bei dem wir sagen müssten, dass es unserer Vorstellung widerspricht. Es sind alles einfach Hausnummern. Es ist etwas Allgemeines.

Wir stimmen dieser Resolution zu. Sie schlägt nichts. Aber entschuldigen Sie bitte: Sie hilft zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Ensmann. - Dann kommen wir zu Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute mit einer von der SPD und den Grünen vorgelegten Resolution, die in ihrer zentralen Forderung - nämlich eine Verfassungsänderung herbeizuführen, die den Fortbestand der Argen sichert - von der FDP-Fraktion unterstützt wird.

Ebenso gilt es aber, festzustellen, dass die Zeit über diese Resolution hinweggegangen ist. Herr Ensmann hat das eben schon erwähnt.

Die Diskussion über die Reform der Jobcenter ist nun wirklich eine lange Geschichte. Sie begann - richtig, Frau Schmerbach - im Jahr 2007 mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

Ich darf allerdings daran erinnern, dass es zu dieser Zeit leider noch keine schwarz-gelbe Koalition gab, sondern eine Große Koalition.

(Beifall bei der FDP)

Der von Ihnen angemahnte Handlungsbedarf hätte ja auch damals von der Großen Koalition umgesetzt werden können.

(Ulrich Breite [FDP]: Von der SPD!)

Meine Damen und Herren, wenn man der Meinung ist, dass der Kölner Rat zum Thema „Neuorganisation des SGB II“ eine Resolution verabschieden müsse, wäre Ende 2007 der richtige Zeitpunkt gewesen, das zu tun.

Wenn man dieses Thema aber dann auf die Tagesordnung setzt, wenn sich am letzten Wochenende in Berlin die Regierungsfractionen gemeinsam mit der SPD über eine Verfassungsänderung verständigt haben und die deutschlandweite Presse - angefangen von der *Märkischen Allgemeinen* bis hin zum *Böblinger Boten* - meldet, dass die Argen erhalten bleiben, dann meine ich in der Tat, dass diese Resolution wirklich zu spät kommt.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, die sich nun abzeichnende Lösung in Berlin begrüßen wir, weil sie die kommunale Selbstbestimmung stärkt - sei es nun in Form der Optionskommunen, oder sei es in Form der Argen. Die getrennte Aufgabenwahrnehmung hingegen hätte für Köln neben der Zerschlagung bewährter Strukturen einen enormen bürokratischen und finanziellen Aufwand bedeutet.

Das Modell der Arge hat sich in Köln bewährt. Deshalb unterstützt die FDP die Zusammenarbeit von Bundesagentur und Stadt auf Augenhöhe. Wir unterstützen dieses Modell, weil so flexibel und unbürokratisch auf die Herausforderungen des lokalen Arbeitsmarktes reagiert werden kann.

Wer eine erfolgreiche Vermittlung von Langzeitarbeitslosen will, muss auf den Sachverstand vor Ort setzen; denn nur hier kennt man die lokalen Gegebenheiten und kann ihnen entsprechend begegnen.

Richtig ist ebenfalls: Wer auf Dezentralisierung setzt, muss lokalen Besonderheiten Rechnung tragen. Herr Helling, das heißt auch: Bei der Ermittlung der Kosten für die Unterkunft müssen Städte mit hohem Mietniveau anders behandelt werden als ihre Umlandgemeinden, in denen die Mieten entsprechend niedriger sind.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus begrüßt die FDP, dass die Arge Langzeitarbeitslosen und ihren Familien auch in Zukunft Hilfen aus einer Hand garantiert. Das ist ein richtiger Schritt hin zu einer Bündelung von Sozialleistungen. Die verschiedenen Leistungen sind heutzutage ja zu einem Dschungel geworden, der für viele Bedürftige wie auch für die Behörden kaum noch zu durchschauen ist.

Meine Damen und Herren, ich gehe optimistisch aus der Debatte um die Reform der Jobcenter heraus. Ich vertraue auf eine Lösung, die den Forderungen der Resolution Rechnung trägt und vor allen Dingen den Einfluss der Kommunen stärkt, der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen Planungssicherheit bietet, den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Argen berufliche Perspektive aufzeigt und vor allem für die Langzeitarbeitslosen die bestmögliche Vermittlung und Betreuung sicherstellt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Dann kommen wir zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Hier will mir jemand Blumen bringen. Das ist aber nett.

(Ralph Sterck [FDP] überreicht Katja Hoyer [FDP] einen Blumenstrauß)

Schön! Wer bei der FDP mal eine Rede hält, bekommt also direkt Blumen. Das ist ja fein. Ich frage gleich einmal meinen Fraktionsgeschäftsführer, was ich bekomme. Schließlich habe ich hier einige Redebeiträge geleistet.

(Volker Görzel [FDP] äußert sich in Richtung des neben ihm am Mikrophon stehenden Jörg Uckermann [pro Köln])

- Wie bitte? Sagen Sie das doch einmal laut, Herr Görzel. Dann kriegen Sie auch einen Ordnungsruf. Ihre Unverschämtheit sagen Sie hier leise bzw. heucheln Sie. Gehen Sie doch ans Mikrofon und sagen Sie das dem OB. Dann fliegen Sie raus. Ich wäre rausgeflogen, wenn ich so etwas gesagt hätte.

(Beifall bei pro Köln)

Ich wäre hier rausgeflogen, ja. Und Sie flüstern mir hier Sachen ein? Meine Güte!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, würden Sie jetzt bitte zur Sache sprechen?

Jörg Uckermann (pro Köln): Wir sind aber rechtlos bei Roters; das kann man einmal ganz ehrlich sagen.

Also zur Sache: Mit dieser Resolution wollen uns die Herrschaften von Rot und Grün anscheinend zeigen, dass sie hier in Köln ganz toll sind. Ich frage mich - auch Sie können sich angesprochen fühlen, Herr Ensmann -: Sind Sie bei den Bundesparteitagen Ihrer Parteien eigentlich auch so mutig? Sie haben hier eben gesagt: Das war die Vorgängerregierung. Das war die jetzige Regierung. Das sind doch alles sinnvolle Sachen, die in diesem Antrag stehen.

Beantragen Sie das dort doch einmal. Aber man muss eben feststellen: Hier im Rat haben einige eine große Klappe.

(Beifall bei pro Köln - Lachen bei der CDU - Unruhe)

- Ja, natürlich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, würden Sie jetzt zur Sache sprechen?

(Anhaltende Unruhe)

Jörg Uckermann (pro Köln): Die können ja ein bisschen still sein.

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

- Wir haben Sie nicht gehört, Herr Bacher. Sprechen Sie lauter, damit Sie für Ihren Quatsch auch einen Ordnungsruf kriegen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, sich in der Wortwahl zu mäßigen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Wir wären froh, wenn die Wohltaten, die Sie jetzt hier in Form einer Resolution beschließen, denn tatsächlich auch zu einer Umsetzung kämen. - In diesem Sinne: Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vor allen Dingen wende ich mich an die Damen und Herren von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben seinerzeit mit der Hartz-Gesetzgebung die Dose der Pandora geöffnet. Jetzt versuchen Sie, den Deckel mit vermeintlich geschönten Formen wieder draufzubekommen.

Am Sonntag wurde auf Bundesebene beschlossen, dass alles so bleiben soll, wie es ist. Das Grundgesetz wird mal eben geändert, damit es passt. SPD, CDU und FDP wurden sich unter dem Motto „Weiter so“ einig. Obendrein soll die Zahl der Optionskommunen jetzt auch noch von 69 auf 110 ansteigen.

Sie haben anscheinend nichts gelernt. Hartz IV ist kein geeignetes Mittel, Erwerbslose wieder in Arbeit zu bringen.

(Beifall bei der Linken.Köln - Beifall bei pro Köln)

Die Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen waren so schlau, sich nicht daran zu beteiligen. Es stehen ja Landtagswahlen ins Haus.

Um Beschäftigung zu generieren, braucht man Geld.

Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe hat errechnet, dass die Bundesagentur für Arbeit im Bereich „Eingliederung nach § 16e des SGB II“ eine Kürzung von circa 8 Prozent hinzunehmen hat.

Für Köln entspricht das einer Mittelkürzung von 10,8 Millionen Euro.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Hört, hört!)

Auch wenn wir als Linke oft um wirklich gemeinnützige und vor allen Dingen zusätzliche Arbeit streiten, müssen wir dennoch feststellen, dass die sinnvolle Unterstützung für den Zweiten Arbeitsmarkt damit erheblich infrage gestellt wird.

Wie sieht es jetzt mit der Umsetzung des Tarifvertrages für die in den Kitas Beschäftigten aus? Tarifverträge sind doch etwas Verbindliches.

Ich weiß nicht, ob ich Ihnen noch glauben darf, dass sie Menschen im ALG-II-Bezug betreuen und fördern wollen. So steht es zwar im Gesetz, das Sie auf Bundesebene vor fünf Jahren gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Auf der Strecke geblieben sind dabei aber der sozialpolitische Auftrag und die innerbetriebliche Demokratie.

Mitarbeiter der Arge sind oft hoffnungslos überfordert. Die städtischen Mitarbeiter wurden zur Bearbeitung von Sozialleistungen ausgebildet, aber nicht für die Beratung und Vermittlung von Arbeit. Zu allem Überfluss erhalten sie auch noch unterschiedliche Entgelte - je nachdem, wer Arbeitgeber ist, die Stadt Köln oder die Bundesagentur für Arbeit. Auch das ist nach dem Motto „Weiter so“ nicht motivierend.

Die Aufgabe der Bundesagentur ist es, dafür Sorge zu tragen, dass niemand unter die Räder kommt. Dafür braucht es eine andere Beratungsqualität. Heute stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter häufig unter dem Druck, Einsparungen vornehmen zu müssen. Es gibt feste Einsparquoten, die zu erfüllen sind. Das ist in den Beratungsgesprächen maßgebend.

Wir von der Linksfraktion sind jedoch der Meinung, dass die Hauptaufgabe in den Beratungsgesprächen darin besteht, die Menschen über ihre Rechte aufzuklären und dafür Sorge zu tragen, dass niemand unter das Existenzminimum fällt.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Um diese Aufgaben zu erfüllen, muss die Agentur für Arbeit dringend reformiert werden. Diese Aufgaben müssen aber auch ausschließlich von der Bundesagentur geleistet werden. Jeder Mitarbeiter soll das tun, für das er ausgebildet wurde, und jedem Erwerbslosen soll

Beratung und Förderung nach seinen Fähigkeiten zukommen.

Sie schreiben in Ihrer Resolution - ich zitiere -:

Beratung und Hilfen durch ausreichendes, besonders geeignetes und für die spezifischen Anforderungen qualifiziertes Personal als wesentlicher Bestandteil der Begleitung von Langzeitarbeitslosen müssen im Sinne des Kölner Modells durch geeignete Instrumente wie das Fallmanagement gestärkt werden.

„Ausreichend“ reicht mir im Umgang mit Menschen nicht.

„Instrumente“, „Fallmanagement“ - wer lässt sich solche Begriffe einfallen? Eines ist dabei aber Wirklichkeit: Diese Begriffe werden als Repressionsmittel gebraucht.

Sie sprechen von einem

Integrationsprogramm, das gemeinsam erarbeitet und verantwortet wird und bedarfsorientiert die soziale und berufliche Eingliederung sicherstellt.

Wer sich aber nicht bedarfsorientiert eingliedern lassen will, wird sanktioniert.

Wenn schon das Grundgesetz geändert werden soll, dann streichen sie den § 31 des SGB II. Menschen dürfen nämlich nicht bestraft werden, wenn Arbeitgeber gemeinnützige Arbeit nicht ordentlich bezahlen wollen.

Als sozial verantwortlich denkende Menschen können wir deshalb Ihrer Resolution nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]:
Doch! Frau Bredehorst!)

- Ach, Frau Bredehorst meldet sich. Selbstverständlich; gerne.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch zwei Anmerkungen zu

dem sich jetzt abzeichnenden Kompromiss, der am Wochenende in Berlin gefunden worden ist.

Erste Bemerkung: Meines Erachtens ist es gut, und zwar auch gut für Köln, dass eine gemeinsame Lösung einer Grundgesetzänderung gefunden worden ist, sodass die Arge erhalten bleiben kann; denn alles andere hätte zu einem sehr großen Chaos geführt.

Zweite Bemerkung: Dahinter stecken aber noch mehr Dinge, wie man feststellt, wenn man sich das anschaut, was die Bund-Länder-Arbeitsgruppe bisher ausgearbeitet hat. Es gibt auch schon erste Gesetzentwürfe. Sie sind zwar noch nicht ganz fest, weil sie im Moment noch verhandelt werden. Leider - das muss ich als kommunale Vertreterin jetzt noch einmal sagen - zeichnet sich aber ab, dass die von uns immer propagierte und im jetzigen SGB II auch festgelegte gleiche Augenhöhe zweier Partner, die gleichberechtigt eine Arge führen, nicht mehr gegeben sein wird.

Dieser Kompromiss sieht nämlich vor, dass die gemeinsame Versammlung der Träger, die das bestimmt, was in der Arge passiert, sich nur auf Organisation, Personal und Finanzen bezieht. Die fachlichen Inhalte sollen direkt durch die ursprünglich zuständigen Träger bestimmt werden.

Das bedeutet, dass zukünftig wahrscheinlich im Gesetz festgeschrieben wird, dass die Bundesagentur für Arbeit direkten Zugriff auf den Geschäftsführer der Arge und die Arbeit der Arge in fachlicher Hinsicht haben wird und die Kommune entsprechenden Zugriff auf die Leistungen der Unterkunft und die flankierenden sozialen Leistungen. Bei dem Hauptgeschäft, bei dem wir im Moment noch gleichberechtigt miteinander arbeiten, zeichnet sich im Moment bei dem gemeinsam gefundenen Kompromiss aber eben keine gleiche Augenhöhe ab.

Das wollte ich Ihnen noch einmal klarmachen. In den Zeitungsmeldungen wird das natürlich nicht so wiedergegeben. Ich finde das sehr schade. Wir werden uns dem beugen müssen, denke ich. Gut ist es aber nicht; denn bisher hatten wir zumindest rechtlich eine gleiche Augenhöhe. Faktisch war sie auch nicht immer gegeben, weil die Bundesagentur in der Arge sehr stark bestimmend ist, was die Ausführung der Leistungen angeht. Dies wird durch den Kompromiss künftig noch rechtlich untermauert. Das finde ich sehr, sehr schade.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank, Frau Bredehorst.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die Linke. Wer Enthält sich? - Herr Zimmermann. Damit ist der Antrag so angenommen.

Nun rufe ich den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Zusätzliches Personal für die ‚AG Stadtbahn-Bau‘ bzw. für das Amt für Brücken und Stadtbahnbau (Amt 69)“ AN/0455/2010

Ich erteile Herrn Detjen das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach einem Jahr ist die genaue, detaillierte Fehlerquelle des Unglücks am Waidmarkt noch nicht bekannt. Das Ganze ist eine Frage der Zeit. Im Herbst werden sich die Fakten verdichten, wenn die Fehler an der Spundwand besichtigt werden können. Wer letztendlich die Schuld trägt, wird das Gericht entscheiden.

Jenseits der Schuld gibt es aber eine politische Verantwortung, die Herr Schramma und Herr Reinartz tragen.

Von Ihnen, Herr Streitberger, vermisste ich konkrete Fehleranalysen und Vorschläge, was verbessert werden kann.

Verantwortung trägt aber auch der Rat, der sich fragen muss, ob einfach alles so weitergehen soll. Wir sagen, dass es nicht so weitergehen darf.

Deshalb haben wir auch diesen Antrag nach zusätzlichem Personal für die AG Stadtbahn-Bau bzw. für das Amt für Brücken und Stadtbahnbau eingebracht. Wir wissen, dass dieser Antrag im Rat, aber auch in der Verwaltung auf Sympathie stößt.

Wir von der Linken haben sehr früh darauf hingewiesen, dass die Kölner Verwaltungsstrukturreform mit der Auflösung des Dezernats X und der Überführung des Amts 69 zum Beigeordneten Streitberger sowie die Übertragung der Bauträgerschaft auf die KVB die entscheidenden Fehler waren, für die der Rat

verantwortlich ist. Das sehen inzwischen viele so.

Auch Sie, Herr Oberbürgermeister, haben auf der Gedenkveranstaltung dieses Thema angesprochen. Ich sehe es genauso, wie Sie das dargestellt haben.

Wir haben in dieser Debatte vonseiten der Linken immer wieder darauf hingewiesen, dass die Übertragung und das Weiterdelegieren von hoheitlichen Aufgaben hin zu privaten Unternehmen ein zweiter entscheidender, grob fahrlässiger Fehler waren.

Deshalb haben wir vor einigen Wochen unsere Bundestagsfraktion in Berlin eingeschaltet und sie gebeten, dafür einzutreten, die BOStrab - das ist die Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen - dahin gehend zu ändern, dass in § 5 Abs. 2 eine solche Übertragung hoheitlicher Aufgaben ausgeschlossen wird.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages wird sich mit diesem Thema vermutlich Ende April dieses Jahres befassen. Entscheidend wird aber sein, ob die Bundesregierung dann diese Verordnung ändert. Das kann nämlich nicht vom Bundestag beschlossen werden, sondern ist Sache der Bundesregierung.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wer von Ihnen heute die *FAZ* gelesen hat. Herr Rossmann hat einen sehr interessanten Artikel geschrieben, in dem er darauf hinweist, dass das Unglück der Schwebebahn in Wuppertal im Jahr 1999, das fünf Tote forderte, auch genau diesem Schema entspricht, nämlich der Übertragung von hoheitlichen Aufgaben an Private. Das sollte man sich in der aktuellen Diskussion noch einmal anschauen, finde ich.

(Beifall bei der Linken.Köln)

All das wird eine Zeit dauern. Deshalb wollen wir eine Politik hin zu einer solchen Änderung schon jetzt möglichst zielstrebig praktizieren.

Daher unterstützen wir auch die AG Stadtbahn-Bau beim Oberbürgermeister und beim Stadtdirektor. Sie kann die KVB sowie Bilfinger Berger kontrollieren. Ohne ausreichendes und gut qualifiziertes Personal wird das aber nicht gehen.

Wir müssen jetzt zielstrebig handeln, um auch langfristig wieder eigene Ressourcen der Stadt Köln aufzubauen. Wir müssen in der Stadtverwaltung so gut aufgestellt sein, dass

auch in Zukunft schwierige und komplizierte Bauwerke selber abgewickelt werden können.

Vier zusätzliche Mitarbeiter sind nur ein kleiner Anfang. Entscheidend ist schlussendlich das Zusammenspiel der gesamten Stadtverwaltung, damit solche Fehler nicht wieder passieren. Es ist ein Zusammenspiel von verschiedenen Verwaltungen. Das muss gebündelt werden. Dieses Zusammenspiel muss einfach da sein.

Wir brauchen zusätzlich einen Tiefbau-Dezernenten und auch ein eigenes Dezernat. Das ist die Perspektive, die wir anstreben.

Meine Damen und Herren, diesen Weg müssen wir einschlagen. Wenn wir das nicht tun, müssen Sie sich die Frage stellen: Wollen Sie die dritte Baustufe wieder an die KVB übertragen? - Frau Kirchmeyer, ich will das nicht. Wenn Sie das wollen, müssen Sie das hier im Rat auch vertreten und propagieren. Ich jedenfalls will diesen Weg nicht einschlagen. Deshalb müssen wir eine neue Politik entwickeln. Wir müssen Konsequenzen aus der Tatsache ziehen, dass hier drei tote Menschen unmittelbar betroffen waren. Lassen Sie uns deswegen eine andere Politik entwickeln.

(Zurufe: Zwei!)

- Doch, drei Tote waren es: die zwei jungen Männer und die alte Frau, die sich selbst umgebracht hat. Das muss man einfach dazuzählen.

Diese Konsequenz muss man ziehen. Lassen Sie uns eine neue Politik entwickeln.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Detjen. - Nächste Rednerin ist Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, Sie haben recht: Es stellt sich in der Tat die Frage, ob die Organisation der Bauüberwachung und der Bauaufsicht bei der Bauherrin nicht neu bewertet und strukturiert werden muss. Das stimmt; aber Ihr Antrag kommt, mit Verlaub, etwas zu spät.

Der Oberbürgermeister hat mit der Einrichtung der AG Stadtbahnbau bereits erste Konsequenzen gezogen. Das heißt nicht, dass

das, was Sie in Ihrem Antrag ansprechen, kein wichtiger Aspekt ist, der dabei zu beachten ist. Wir glauben auch, dass das ein wichtiger Aspekt ist, aber auch, dass das nur ein Baustein ist. Sie betrachten in Ihrem Antrag eben nicht die Organisationsstrukturen, die die Verwaltungsorganisation, die Schnittstellen zwischen Verwaltung und Bauherrin KVB und Ähnliches. All das muss jedoch mit beachtet, mit bewertet und möglicherweise neu organisiert werden.

Deswegen können wir Ihrem Antrag in der Tendenz zwar zustimmen, würden aber dafür plädieren, Ihren Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung weiterzugeben und diesen im Rahmen der vom Oberbürgermeister eingesetzten AG Stadtbahnbau zu beachten und möglicherweise dann auch zu berücksichtigen. - Ich danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich will es kurz machen. Wir sind geneigt, dem Änderungsantrag, den vorliegenden Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben, zuzustimmen. Wenn ich mir allerdings vergegenwärtige, was Herr Detjen gerade hier vorgetragen hat, dann muss ich sagen: Das ist eine ziemliche Absurdität. Städtische und staatliche Behörden bedienen sich privater Unternehmen, um eine Überwachung und Ähnliches durchzuführen; die technische Aufsichtsbehörde hat dazu das Ingenieurbüro Spiekermann eingeschaltet. Ich darf darauf hinweisen, dass es eine seltsame Vorstellung ist, identische Personen würden, wenn sie bei der Stadt angestellt sind, anders arbeiten, als wenn sie bei der KVB angestellt sind.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Immerhin sind die beiden örtlichen Bauüberwacher an den problematischen Baustellen Waidmarkt und Heumarkt städtische Mitarbeiter gewesen, die lange Jahre im Dienst der Stadt waren und dann zur KVB übergeleitet worden sind. Wenn ich daraus schließen soll, dass es bei der KVB im Personalbereich so chaotisch zugeht, dass sie ihre Arbeit nicht mehr ordentlich, jedenfalls schlechter machen als vorher, dann frage ich mich, welche Vorstellung

Sie von der Arbeitsleistung ausgebildeter Fachleute haben.

Im Interesse der Sache wollen wir gerne zustimmen, aus dem Antrag einen Prüfauftrag zu machen. Ihren Beitrag hier an dieser Stelle halte ich jedoch wirklich für unsäglich, und als Begründung diene er nun wahrhaftig nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Tull.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Auch wir würden zustimmen, daraus einen Prüfauftrag zu machen. Angesichts dessen, dass noch nicht entschieden worden ist, wer die dritte Baustufe bauen soll, wäre das sinnvoll. Allerdings sollte hier nicht im Fokus stehen, ob wir in dieser Frage einen vierten Dezernenten brauchen oder nicht. Das ist eine rein politische Entscheidung; das kann nicht die Verwaltung entscheiden. Deshalb sollte das meiner Meinung nach nicht im Fokus stehen. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen noch einmal.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Hallo! Herr Roters, die Geschäftsordnung gilt für alle!)

- Entschuldigung! Herr Uckermann. - Wir müssen der Geschäftsordnung Genüge tun.

(Beifall bei pro Köln)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn Sie gedacht haben, die Politshow würde ohne uns stattfinden, dann haben Sie sich geirrt.

(Beifall bei pro Köln)

Ich habe den Eindruck, hier geht es zu wie auf einer Art Pressekonferenz im Raumschiff Rathaus. Jeder versucht, hier ein Schaulaufen darzubieten, im Hinblick darauf, wie er morgen in der Presse erscheint.

Beginnen will ich mit dem letzten Beitrag der Vertreterin der Grünen. Sie will, dass der Antrag in einen Prüfauftrag umgewandelt wird. Ich frage mich ganz ehrlich: Was soll denn die Verwaltung

prüfen? Vielleicht können Sie uns das einmal erklären.

Es geht hier um einen Antrag, den die Fraktion pro Köln, zwar mit anderen Worten formuliert, bereits zur Hauptausschusssitzung eingebracht hat. Unmittelbar nach Beginn der Pressekampagne vor Karneval, in der die Vorgänge von vor 2006 thematisiert worden sind, wurde das Thema virulent. Es hat eine Hauptausschusssitzung stattgefunden, zu der wir selbstverständlich einen Antrag gestellt haben. Natürlich war das ein Dringlichkeitsantrag, weil die Einladungsfrist lediglich zwei Tage betrug. Darin haben wir formuliert, dass selbstverständlich der Oberbürgermeister die Sache mit in die Hand nehmen und dafür die Mittel haben muss. Er braucht wieder ein Tiefbauamt; das ist doch ganz klar. Oder soll er etwa diese jetzt von uns allen geforderte Kontrolle mit Mitarbeitern der Friedhofsverwaltung oder des Jugendamtes durchführen? Das wird er wohl nicht können. Ihre AG Stadtbahnbau in allen Ehren - ich habe als Schüler auch immer irgendwelche AGs gegründet -, aber das Personal ist anscheinend dasselbe, mit dem Sie dann diesen Arbeitskreis bilden. Das ist zwar sehr interessant, aber was soll denn dabei Gutes herauskommen?

Die Fraktion pro Köln hat in Ihrem Antrag gesagt, dass Sie dafür zumindest provisorisch ein Tiefbauamt brauchen. Nun hat sich die Linke gesagt: Es wäre ärgerlich, wenn jemand merken würde, dass wir das aufgreifen. Obwohl uns das Pressekartell ja immer totschweigt, gibt es ja das Internet und entsprechende Medien, mit denen wir die Menschen erreichen. Also schreibt die Linke in Ihrem Antrag „Amt für Brücken und Stadtbahnbau“. Hier geht es aber nicht um Brückenbau, sondern hier geht es um Tiefbau. Selbst wer sich nur rudimentär mit der Materie auskennt, weiß, dass das ein Unterschied ist.

Ich denke, es war kein Fehler, dass wir früher einen Tiefbaudezernenten hatten. Ich frage Sie, Herr Oberbürgermeister: Wie schätzen Sie das ein? Warum hat die Stadt Köln jahrzehntelang einen Tiefbaudezernenten gehabt? Uns wurde ja hier suggeriert, es sei egal, ob wir einen solchen Dezernenten hätten oder nicht.

Herr Möring, Sie haben vollkommen recht: Es ist egal, wo das Personal arbeitet. Selbst wenn ein paar Dinge formal geändert werden, das Personal bleibt doch das gleiche. Wir sagen: Jawohl, wir wollen, dass diese hoheitliche Aufgabe der Aktiengesellschaft KVB entzogen und wieder von der Stadt wahrgenommen wird.

Aber die Stadt hat nicht mehr das entsprechende Personal, um das tun zu können. Nun gibt es aber Menschen, die einmal für die Stadt gearbeitet haben. Die haben auch erklärt, dass sie, wenn sie gefragt würden, der Stadt Köln in dieser Sache helfen würden - so war es zu vernehmen. Wir würden nach wie vor anregen, Herr Oberbürgermeister, dass Sie sich einmal mit diesen Menschen ins Benehmen setzen, damit Ihnen diese Experten einen Ratschlag geben können, wie es wirklich weitergehen soll.

Wir werden jedem sinnvollen Antrag zustimmen, auch wenn er bei uns abgepinnt worden ist. Wir sind da gar nicht beleidigt; denn wir wollen das Beste für unsere Stadt.

(Beifall bei pro Köln)

Sagen Sie uns bitte klar, was Sie hier prüfen wollen. Das wäre interessant, selbst wenn Sie das jetzt nicht korrekt formulieren können. Wir würden diesem Antrag zustimmen. Ein Prüfauftrag würde gar nichts bringen, außer vielleicht ein paar nette Zeilen in der Presse, auf die die Bevölkerung, wie sie hoffen, dann hereinfällt. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Wir können mit dem Vorschlag, unseren Antrag zu einem Prüfauftrag zu machen, leben. Mir wäre nur wichtig, dass das relativ schnell passiert. Es muss gehandelt werden. Ich glaube aber auch, dass das auf dem Weg ist. Angesichts dessen, dass wir noch das Problem der dritten Baustufe zu lösen haben, müssen wir das Thema aber perspektivisch weiter diskutieren. Darüber muss auch einmal offen geredet werden. Das vermisse ich hier. Ich wollte mit diesem Antrag ein bisschen - das ist ja eher ein kleiner Antrag - eine Diskussion provozieren, was ist mir in diesem Fall nicht ganz gelungen. Denn Herrn Streitberger konnte ich damit herausfordern. Aber schauen wir mal; wir arbeiten daran.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Sie sind damit einverstanden, dass Ihr Antrag in einen Prüfauftrag umgewandelt wird. Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer ist gegen diesen

Prüfauftrag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag als Prüfauftrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.10 auf:

3.1.10 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Initiative zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler („Inklusion an Kölner Schulen“)
AN/0461/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/0569/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion
AN/0572/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Philippi, bitte.

Franz Philippi (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im August 2007 hat der Kölner Rat einen Antrag verabschiedet, der deutlich mehr Plätze für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülern forderte. Seitdem konnten wir die Plätze hier in Köln von circa 700 auf etwas über 1 000 zu Beginn des Schuljahres 2009/2010 steigern. 24 Grundschulen, zwei Gesamtschulen und eine Hauptschule bieten den gemeinsamen Unterricht an - ein Angebot, das selbstverständlich bei weitem nicht ausreicht. Das belegt nicht zuletzt die allen bekannte Elternumfrage des Schuldezernats aus dem vergangenen Jahr, in der sich 72 Prozent der befragten Eltern vorstellen können, ihr Kind im gemeinsamen Unterricht an einer Regelschule unterrichten zu lassen.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle die im Redeentwurf vorgesehenen Zahlen und Fakten ersparen, die die Kernpunkte unseres Antrags untermauern sollten. Jeder kann sich in der Fachliteratur dazu schlaumachen. Ich denke, diese Fakten sind unumstritten.

Mit dem Handlungskonzept „Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle“ hat die Stadt Köln den Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft vorgegeben. Das Konzept steht im Einvernehmen mit unserem Antrag, der das Ziel hat, unsere Schulen für alle Schülerinnen und

Schüler zu öffnen und niemanden auszugrenzen. Unser Antrag steht auch im Einklang mit den Ergebnissen des vom Schulausschuss beschlossenen Hearings vom Januar dieses Jahres. Zudem hat Herr Professor Muñoz, der als Sonderberichterstatter der UNO für das Menschenrecht auf Bildung am vorletzten Wochenende an einem Kongress der Elterninitiative Mittendrin e. V. zum Thema „Eine Schule für Alle“ teilgenommen hat, diese Ratsinitiative ausdrücklich begrüßt.

Durch die im vergangenen Jahr beschlossene UN-Behindertenrechtskonvention existiert nach Auffassung namhafter Verfassungsrechtler bereits heute schon ein Rechtsanspruch für Eltern, ihre behinderten Kinder auf eine Regelschule zu schicken. Allerdings müssen die Förderbedingungen stimmen. Es kann nicht angehen, dass die Landesregierung die Umsetzung der UN-Konvention bislang nur sehr halbherzig und ohne erkennbaren Willen in Angriff nimmt. Wir hören nur Ankündigungen seitens der Schulministerin, aber wir sehen keine Taten. Auch der Regierungspräsident schiebt die Forderung nach einem gemeinsamen Lernen an der neuen Gesamtschule in Nippes auf die lange Bank.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das hätten Sie mal 30 Jahre machen sollen!)

Die Rahmenbedingungen zur Verwirklichung dieses Rechtsanspruchs müssen deutlich ausgebaut und verbessert werden. Um dies in der Regelschule zu realisieren, kann der gemeinsame Unterricht auch nicht nur auf bestimmte Schulformen begrenzt bleiben, sondern muss alle Schultypen umfassen und miteinbeziehen.

Die Stadt ist aufgefordert, einen Inklusionsplan zu entwerfen, der die kommunalen Anforderungen an ein längeres gemeinsames Lernen unserer Kinder beschreibt und die zukünftige Schulentwicklungsplanung auf diesen Punkt fokussiert. Unser Ziel ist es, pro Stadtbezirk mindestens eine weiterführende Ganztagschule für alle einzurichten. Diese Konzeption muss sich an den Stärken und individuellen Kompetenzen unserer Kinder hier in Köln orientieren und nicht an deren Schwachstellen. Eine frühzeitige Trennung und Ausgrenzung muss verhindert und Brüche in der Schullaufbahn müssen vermieden werden.

Wir fordern das Land auf, die Regelungen im Landesschulgesetz der UN-Konvention zügig anzupassen und damit den Kommunen eine

sinnvolle Schulentwicklungsplanung zu ermöglichen. Wir entlassen das Land nicht aus seiner Pflicht, personelle wie finanzielle Rahmenbedingungen für einen massiven Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen Schulformen zu schaffen. Städte und Gemeinden dürfen nicht die Lückenbüsser einer verfehlten Schulpolitik sein.

Um behinderte Kinder stärker zu fördern, muss die Regelschule gestärkt werden. Ziel ist eine wohnortnahe Versorgung mit angemessenen Räumlichkeiten und mit der Möglichkeit des Ganztagsbetriebs. Vor allem muss der gemeinsame Unterricht in der Sekundarstufe I, wie die Zahlen eben belegt haben, deutlich und angemessen ausgebaut werden, damit diese spezielle Förderung nach der Grundschule nicht abreißt. Eine Schule für alle - das muss unser politisches Ziel sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte schließen mit einer Anmerkung aus der skandinavischen Pädagogik, die ich neulich in einem Vortrag von Professor Dr. Anne Ratzki zum gleichen Thema gehört habe. Sie lautet sinngemäß: Die Lehrerinnen und Lehrer einer Klasse werden sich immer dann besonders um ihre Schützlinge kümmern, wenn sie niemanden mehr aussortieren müssen. - In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Zu den beiden Ergänzungsanträgen von der Linken und von der FDP: Die beiden Antragsteller SPD und Grüne halten einige Anregungen und Ideen der beiden Ergänzungsanträge für sehr sinnvoll. Deshalb würden wir unseren Antrag ergänzen wollen. Ich schlage vor, Herr Oberbürgermeister, dass ich die Ergänzungen jetzt langsam vorlese und sie Ihnen dann zu Protokoll gebe. Sie sind mit der FDP und mit den Linken auch so abgesprochen. Die Ergänzungen lauten wie folgt:

Am Ende des vierten Spiegelstrichs unseres Antrags wird eingefügt: Die Verwaltung wird gebeten, verstärkt Initiative zu entwickeln, damit an weiterführenden Schulen ausreichend Plätze für alle Grundschul Kinder im gemeinsamen Unterricht (GU) bereitgestellt werden. Dabei sollen insbesondere Schulformen angesprochen werden, für die es eine unbefriedigende Nachfrage von Kindern mit Behinderungen gibt. Außerdem soll die Initiative sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen am offenen Ganztage teilnehmen können. - So weit die erste Ergänzung.

Die zweite Ergänzung erfolgt am Ende des dritten Spiegelstrichs. Sie lautet: Die Stadtverwaltung benennt einen Ansprechpartner, an den sich Eltern wenden können, deren Kinder mit Behinderungen an einer Schule abgelehnt worden sind. Dieser Ansprechpartner versucht, zwischen Eltern und Schule zu vermitteln mit dem Ziel, einen möglichen Rechtsanspruch der behinderten Kinder auf einen Platz im inklusiven Unterricht umzusetzen und gleichzeitig die Ressourcen der Schulen zu berücksichtigen. - Das ist die zweite Ergänzung.

Die letzte Ergänzung folgend aus den Anträgen der Linken und der FDP lässt sich im folgenden Punkt zusammenführen. Ich lese sie vor: An der Erarbeitung des Konzeptes „Inklusion an Kölner Schulen“ sollen auch die Behindertenbeauftragte der Stadt Köln, die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die Gebäudewirtschaft, Elterninitiativen, die Stadtschulpflegschaft Kölner Grundschulen, die Stadtschulpflegschaft Kölner Gymnasien sowie eventuell weitere Verbände und Organisationen sowie Vertreter der Wissenschaft beteiligt werden.

So weit die Ergänzungen zu unserem Antrag. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. - Nächster Redner ist Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Die Kölner Schullandschaft ist erfreulicherweise in Bewegung geraten. Die Forderungen aus dieser Bewegung reichen weit über die Forderung nach mehr Gesamtschulen oder Ganztagschulen hinaus. Sie geht einen entscheidenden, ja, einen systemverändernden Schritt weiter.

Eine einheitliche Gesellschaft, die die Grundlage und den Rahmen für alle Menschen bildet, seien sie nun behindert oder nichtbehindert, braucht eine Schule, die alle ein- und niemanden ausschließt. Das ist der Kern der UN-Konvention zu einer inklusiven Gesellschaft beziehungsweise Schule.

(Kinderweinen)

- Sie gehört auch dazu.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das musst du aushalten! - Heiterkeit)

- Selbstverständlich, kein Problem, Herr Klipper. Im Grunde ist das passend; es kommt wie bestellt.

Eine solche Schule ist pädagogisch sehr sinnvoll, sie ist sozial integrativ, in humanitärer Hinsicht fortschrittlich und natürlich gesellschaftspolitisch notwendig.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Die Reden sind alle schon in Brüssel gehalten worden!)

- Aber nicht von jedem und natürlich auch nicht hier, Herr Kollege.

Schulträger, das heißt, die Stadt Köln, und das für die inneren Schulangelegenheiten verantwortliche Land stehen dabei gemeinsam in der Pflicht. Deshalb richtet sich unser Antrag gleichermaßen an das Land wie an den Schulträger, die Stadt Köln, die natürlich für die personelle wie auch materielle Ausstattung Verantwortung tragen. Die im Antrag enthaltene Aufforderung an das Land hat durch den Bericht - das hat Herr Philippi schon erwähnt - des UN-Sonderberichterstatters Vernor Muñoz an aktueller Bedeutung gewonnen; denn er beklagt die Diskrepanz zwischen Worten und Taten im Blick auf die Umsetzung der UN-Konvention insbesondere in Nordrhein-Westfalen.

Im jetzigen vier- bis fünfgliedrigen Schulsystem stecken Ressourcen, die besser verteilt werden können, ja, besser verteilt werden müssen. Man denke nur an die am Elternwillen vorbei errichteten Hauptschulen als Ganztagschulen.

(Zuruf von Gisela Manderla [CDU])

- Moment, Frau Manderla! - Damit kein Missverständnis aufkommt: Dass Hauptschulen Ganztagschulen werden, ist natürlich zu begrüßen, aber doch nur, wenn sie auch Schülerinnen und Schüler bekommen. Ich darf Sie an die Zahlen erinnern: Für die über 1 500 Plätze an den Hauptschulen gibt es bisher etwas mehr als 500 Anmeldungen. So lauten die Zahlen, die mir bekannt sind.

Damit die Forderung der UN-Konvention nach einem gemeinsamen Unterricht kein hehrer Wunsch bleibt - wie gesagt, auch die übergroße Mehrheit der Kölner Eltern wünscht diese Unterrichtsform -, müssen wir wegen der bisher zu geringen Anzahl von Plätzen in Köln selbstverständlich kurzfristig in allen Stadtbezirken nachrüsten.

Nun wird in der Diskussion gegen Strukturreformen eingewandt, eine Schule, die die Kinder und Jugendlichen bestmöglich fördert, verdankt ihren guten Ruf nicht ihrer Struktur, sondern allein einem engagiertem Kollegium. Das ist natürlich wahr; aber eigentlich ist es genau umgekehrt: Das engagierte Kollegium benötigt nämlich für seine Arbeit fördernde und nicht hemmende Bedingungen, damit es dieses Engagement auch entsprechend umsetzen kann beziehungsweise sich nicht nutzlos zerreibt und verbraucht.

Bei allen Verdiensten, die die Förderschulen haben: Empirisch ist längst nachgewiesen, dass das Anregungspotenzial für die Schüler und Schülerinnen dort geringer ist als in einer Regelschule, weshalb sie auch mit ihren Leistungen und Kompetenzen hinter dem, was sie in Regelschulen erbringen und erwerben könnten, leider zurückbleiben.

Nicht zuletzt sollte der sozialisierende Aspekt des gemeinsamen Unterrichts genannt werden. Besseres Lernen und humaneres Leben in der Schule passen zusammen. Dazu gehört die inklusive Schule. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Thelen. - Nächste Rednerin ist Frau Manderla.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Philippi, man sollte doch immer seinem ersten Gedanken folgen. Als ich diesen Antrag zum ersten Mal las, habe ich gedacht: Ach ja, wir sind im Wahlkampf; daher kommt wieder einmal das Thema Einheitsschule. Dann habe ich mich belehren lassen, den Antrag ein zweites Mal zu lesen. Danach war ich überzeugt, dass es Ihnen um das Thema gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern geht. Und auf dieses Thema möchte ich jetzt gerne zurückkommen.

Ich finde es richtig, dass die UN-Konvention umgesetzt wird. Die CDU war immer dafür, dass behinderte und nichtbehinderte Kinder dort zusammen unterrichtet werden, wo es für beide, insbesondere für die behinderten Kinder, hilfreich ist. Deshalb werden wir Ihrem jetzt ergänzten Antrag zustimmen. Dennoch wird es notwendig sein, Förderschulen für diejenigen Kinder zu

erhalten, die die bestmögliche Förderung nur an diesen Schulen bekommen können.

In dem Antrag war auch die Rede vom Schulentwicklungsplan. Auf diesen Schulentwicklungsplan warten wir schon seit langem. Frau Dr. Klein, ich würde Sie bitten, diesen Plan so schnell wie möglich vorzulegen.

Der Antrag fordert auch, einen Ansprechpartner der Stadt Köln zu benennen; das finde ich richtig. Die Eltern von behinderten Kindern müssen einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin bei der Stadt haben. Aber es geht im Moment nicht, dafür wieder eine Stelle zuzusetzen. Deshalb ist es richtig, dass der nunmehr ergänzte Antrag von SPD und Grünen diesen Vorschlag aus dem Änderungsantrag der Linken nicht übernimmt.

Die Offene Ganztagschule, die wir eingeführt haben, ist wünschenswert für alle Kinder in Köln - das sehe ich so -, aber sie muss auch gerecht verteilt sein zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern. Ich wünsche mir, dass wir möglichst bald allen Eltern, die ihr Kind an einer solchen Schule unterrichten lassen wollen, einen Platz anbieten können.

Wir haben nicht nur die Offene Ganztagschule, sondern auch die gebundene Ganztagschule eingeführt. Inzwischen gibt es in Köln 23 gebundene Ganztagschulen. Ich denke, das ist im Vergleich zu anderen Kommunen ein Riesenerfolg, an dem wir weiter arbeiten müssen.

Herr Thelen, ich glaube, die Diskussion über die Hauptschule und das gegliederte Schulsystem sollten wir im Moment den Landespolitikern überlassen, also denen, die die anstehenden Landtagswahlen gewinnen wollen. Über dieses Thema können wir uns dann nach dem 9. Mai noch einmal unterhalten.

(Beifall bei der CDU)

Wie gesagt, wir stimmen dem ergänzten Antrag von SPD und Grünen sowie dem Änderungsantrag der FDP zu. Ich möchte allerdings darum bitten, die Anträge künftig etwas deutlicher und klarer zu formulieren.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Manderla. - Nächste Rednerin ist Frau Gebauer.

AN/0572/2010

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich hätte mir gewünscht, dass wir das Thema längeres gemeinsames Lernen nicht mit der anstehenden Landtagswahl verquickt diskutieren. Deshalb will ich jetzt auch mehr auf das Thema Integration und Inklusion eingehen.

Vieles ist zu diesem Thema schon gesagt worden. Deswegen möchte ich an dieser Stelle nicht noch einmal alles wiederholen. Einige Aspekte, die gerade unseren Ergänzungsantrag betreffen, möchte ich hier aber noch vortragen. Ich bin SPD und Grünen dankbar, dass sie diesen übernommen haben.

Als FDP-Fraktion ist es uns wichtig, dass im Rahmen des zu erarbeitenden Plans für einen Integrationsprozess alle Beteiligten mit ins Boot genommen werden; denn Barrierefreiheit muss zuallererst in unseren Köpfen stattfinden.

(Beifall von Horst Thelen
[Bündnis 90/Die Grünen])

Nur wenn wir es schaffen, transparente Lösungen zu erarbeiten, die alle Kinder und deren Lernverhalten berücksichtigen und ihnen gerecht werden, wird Integration jetzt und Inklusion in der Zukunft gelingen. Integration darf nicht als eine Verordnung von oben, als eine reine Pflichtaufgabe angesehen werden, sondern sie muss von uns allen gemeinsam gelebt werden. Der Prozess, an dessen Ende ein selbstverständliches gemeinsames Leben und gemeinsames Lernen steht, wird nicht von heute auf morgen und auch nicht übermorgen abgeschlossen sein; er wird dieses ganze Jahrzehnt begleiten.

Zum gemeinsamen Lernen und Leben gehören auch gemeinsame schulische Aktivitäten. Deshalb war es uns als FDP-Fraktion wichtig, dass die Verwaltung mit den im Antrag aufgeführten und eventuell auch noch weiteren Institutionen zusammenarbeitet, um möglichst alle Bereiche und Bedarfe bei der Erarbeitung dieses Plans abzudecken.

Ich möchte Ihnen zu guter Letzt den Satz von Herrn Professor Brügelmann nicht vorenthalten,

den er in seinem Beitrag auf der Fachtagung „Längeres gemeinsames Lernen“ ausgeführt hat:

Strukturreformen reichen nicht, längeres „gemeinsames Lernen“ muss pädagogisch und didaktisch unterfüttert werden.

Diesen Auftrag möchte ich auch der Verwaltung mitgeben, die jetzt eine Konzeption erarbeiten soll, wie vermieden werden kann, dass Kinder Schulbrüche erleiden müssen, indem sie frühzeitig getrennt werden. Ich kann mir hier und heute noch nicht vorstellen, wie die Verwaltung das erreichen will.

(Beigeordnete Dr. Agnes Klein
lächelt und nickt)

Aber da Frau Dr. Klein nickt, dürfen wir gespannt sein, welche Ausgangslage sie der Konzeption zugrunde legen wird. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Gebauer. - Frau Demirel, bitte.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die in der UN-Konvention vorgesehene Inklusion von Menschen mit Behinderungen gilt jetzt auch für Deutschland. Das heißt, jedes Kind mit einer Behinderung hat jetzt einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Regelschule. Insofern macht es Sinn, dass wir uns auch hier in Köln überlegen, wie wir das tatsächlich gewährleisten können.

Wir stimmen dem Antrag von SPD und Grünen natürlich zu. Unserer Meinung fehlten darin jedoch konkrete Vorgaben zu den Konzepten, die jetzt von der Verwaltung zu erstellen sind. Deshalb haben wir in unserem Änderungsantrag drei Punkte hervorgehoben, die die SPD jetzt zwar sehr modifiziert, aber trotzdem inhaltlich übernommen hat. Damit können wir leben.

Alle diese Punkte betreffen den Offenen Ganztage. Insgesamt ist festzustellen, dass die Offenen Ganztage nicht nur in Köln, sondern landesweit schlecht ausgestattet sind. Deshalb können natürlich viele Träger nicht gewährleisten, dass auch Kinder mit Behinderungen in diese Schulen integriert werden. Deshalb halten wir es für wichtig, dass

die Verwaltung prüft, wie man genau das gewährleisten kann.

Ein wichtiger Punkt im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Unterricht ist die Situation an den weiterführenden Schulen. Wir haben schon im vergangenen Jahr sehr viel zum Thema des gemeinsamen Unterrichts unternommen. Wir können aber bisher nicht gewährleisten, dass Kinder, die in der Grundschule am gemeinsamen Unterricht teilnehmen, an den weiterführenden Schulen weiterhin gemeinsamen Unterricht erhalten. Wenn die Kinder aber an Regelschulen nicht unterrichtet werden können, können sie im Endeffekt nicht die entsprechenden Abschlüsse der weiterführenden Schulen erlangen. Diese fehlende Chancengerechtigkeit ist ein Problem, das wir ernst nehmen müssen. Deshalb schlagen wir vor, dass insbesondere auch an den Gymnasien der gemeinsame Unterricht weiter ausgebaut wird.

Mittlerweile ist bekannt, dass wir von der Linken uns für „Eine Schule für Alle“ bis zur 10. Klasse einsetzen und diese Forderung auch konsequent umsetzen wollen. Es stellt sich allerdings die Frage, was man in der jetzigen Situation auf kommunaler Ebene tatsächlich umsetzen kann. Deshalb war es uns wichtig, in unserem Änderungsantrag vorzuschlagen, dass wir eine Stelle bei der Stadtverwaltung brauchen, die Kinder, die an Regelschulen abgelehnt wurden, weitervermittelt und vor allem einen Schlichtungsprozess zwischen Schule und Eltern herbeiführt. Diese Stelle ist zwar jetzt herausgefallen, aber der Kerninhalt, nämlich dass ein Ansprechpartner für die Eltern benannt wird, ist immerhin übernommen worden.

Außerdem war es uns ganz wichtig - das wurde ja jetzt in diesen Kompromissantrag übernommen ebenso wie die Punkte der FDP bezüglich Gebäudewirtschaft etc. -, dass auch die Elterninitiativen involviert werden, wenn von der Verwaltung tatsächlich ein solches Konzept erstellt wird. Mittlerweile dürfte jedem hier im Stadtrat bekannt sein, dass die Elterninitiative Mittendrin e.V. - diese möchte ich hier hervorheben - in diesem Bereich sehr gute Arbeit leistet und gute Ansätze vorgibt. Deshalb ist es uns ganz wichtig, dass auch die Elterninitiativen einbezogen werden.

Abschließend will ich noch einmal auf den Ausgangspunkt meiner Rede zurückkommen. Die Rechtslage sieht vor, dass Kinder mit Behinderungen an Regelschulen aufgenommen werden müssen. Die tatsächliche Situation stellt sich im Moment anders dar. Ich gebe Frau

Manderla recht: Wir sollten nach der Landtagswahl schauen, was wir im Bereich „Eine Schule für Alle“ und im Bereich „Inklusion“ noch tun müssen. Unsere Position dazu ist ja allgemein bekannt.

(Beifall bei der Linken.Köln und von Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Demirel. - Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wie Sie wissen, haben wir einen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie einen Änderungsbeziehungsweise Zusatzantrag, in den die Ergänzungen vonseiten der FDP aufgenommen worden sind. Das ist Ihnen eben von Herrn Philippi so dargestellt worden. Ich gehe davon aus, dass Sie das übernehmen wollen,

(Michael Zimmermann [SPD]: Wir übernehmen das!)

und Ihnen diese Ergänzungen noch präsent sind, sodass ich sie nicht erneut vorlesen muss, sondern wir direkt zur Abstimmung kommen können.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag zum Tagesordnungspunkt 3.1.10 in der Fassung des Änderungsantrages, wie sie von Herrn Philippi formuliert worden ist. Wer ist gegen den so geänderten Antrag? - Niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist der Antrag damit angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.11 auf:

3.1.11 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „2. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn Querung der Rheinuferstraße mit Stadtbahntunnel“ AN/0485/2010

Ich bitte um Wortmeldungen. - Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir haben den heutigen Antrag zusammen mit der FDP vorgelegt,

(Markus Wiener [pro Köln]: Abgeschrieben! - Jörg Uckermann [pro

Köln]: Abgeschrieben, weil Sie die Arbeit verweigert haben!)

nachdem wir eigentlich erwartet haben, dass Sie Ihre eigene Vorlage erneut einbringen werden.

Am 2. Februar haben Sie Ihre Vorlage zurückgezogen und dafür eine Begründung abgegeben, die wir nicht teilen konnten. Wir haben in der damaligen Sitzung einige Punkte klären können. Unter anderem haben wir die Zusage der KVB erhalten, dass die Szenarien, die nach Ihrer Auffassung vom Landesverkehrsministerium angefordert werden, innerhalb von zwei bis drei Wochen erstellt werden können. Wir müssen heute feststellen, dass wir keinen Schritt weitergekommen sind.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Dank Ihnen!)

Wir sind keinen Schritt weitergekommen. Deswegen möchte ich das wiederholen, was ich schon in der Einleitung zu meiner Rede auf der letzten Veranstaltung gesagt habe: Ich habe mehr denn je das Gefühl, dass wir uns hier in einer Schmierkomödie befinden.

(Beifall und Zurufe von pro Köln: Ja! Bravo!)

Herr Streitberger hat uns vor kurzem erklärt, das Zeitfenster für die Baumaßnahme, über die wir hier reden und die wir heute wiederum beantragen, sei geschlossen, sie wäre daher nicht mehr möglich. Ich hätte schon gerne eine genauere Erläuterung und eine offizielle Bestätigung, ob das tatsächlich so ist. Ich erinnere daran, dass Ihre Verwaltung, Herr Oberbürgermeister, an diesem Thema seit einem halben Jahr arbeitet, ohne uns ein Ergebnis vorzulegen.

Vor 13 Wochen, in der Dezember-Sitzung, haben wir unseren Antrag auf eine Vorsorgemaßnahme für einen Straßentunnel zurückgezogen, weil Sie uns mitgeteilt haben, dass Sie eine bessere Lösung vorbereiten. Auf diese bessere Lösung warten wir bis heute. Vor sieben Wochen haben Sie Ihre Vorlage von der Tagesordnung des Rates genommen und uns weiter getröstet. Heute hören wir, es sei nicht mehr möglich, weil das Zeitfenster jetzt geschlossen sei.

Heute werden Sie wohl auch gegen Ihre eigene Vorlage stimmen, die wir übernommen haben. Die SPD und die Grünen werden das sowieso tun; das war ja beim letzten Mal schon absehbar. Deswegen möchte ich deutlich formulieren: Herr

Oberbürgermeister, hier steht auch Ihre Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.

(Zuruf von pro Köln: Ihre auch!)

Im Februar haben Sie auf meine Nachfrage hin gesagt, Sie hätten keine Gespräche mit dem Ministerium geführt. Es stellte sich dann heraus, dass Sie zwei Tage vorher mit dem Minister selbst gesprochen hatten. Sie sagen seit Ihrem Wahlkampf, Sie wollten eine bessere Lösung als die ebenerdige Querung. Aber Sie tun nichts dafür.

Dabei sind die Voraussetzungen heute, denke ich, besser als noch vor sieben Wochen: Zum einen haben wir im Zusammenhang mit der Frage des Zeithorizonts eine Aussage der Bezirksregierung, die zwar nicht definitiv ist, aber immerhin hoffnungsfroh stimmt, nämlich dass man die Planänderung planrechtlich wohl innerhalb eines Jahres wird durchbringen können. Zum Zweiten wird es nach wie vor mit Sicherheit keinen früheren Fertigstellungstermin für die restliche erste Baustufe geben als zum Ende des Jahres 2014; es besteht eher das Risiko, dass sie erst 2015 fertig wird. Zum Dritten erhoffen wir uns, dass es in diesem Zusammenhang weitere Planungen gibt, von denen wir im Moment noch nichts wissen.

Ich höre aus dem Hintergrund ein Grummeln, dass es mit dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf Gespräche über die Frage der Notwendigkeit einer BÜSTRA gegeben hat. Sollte dieses Thema jetzt auch noch eingeführt werden, nachdem die Bezirksregierung nach Rücksprache mit der Landesregierung in Düsseldorf im Dezember definitiv ausgeschlossen hat, dass es hier weitere Verbesserungen geben kann - und das nicht zum ersten, sondern zum wiederholten Mal -, dann stellt sich für mich auch die Frage nach der Zuverlässigkeit von behördlichen Auskünften. Der Verdacht liegt nahe - wir befinden uns ja im Landtagswahlkampf -, dass es hierbei vielleicht ein „schönes“ Zusammenspiel von verschiedenen Kandidaten gibt.

(Zurufe von Jörg Uckermann [pro Köln]
und von Martin Börschel [SPD])

Ich möchte deswegen nach wie vor dafür werben, heute diesen Antrag zu beschließen, damit wir in die Planung eintreten und in einer realistischen Zeit dieses Projekt dann auch umsetzen können. Mehr Zeit werden wir für diese Frage tatsächlich nicht haben. Am 2. Februar habe ich die drei Akte dieser Komödie

benannt, heute erleben wir den vierten Akt. Es wird sicherlich nicht der letzte Akt sein. Und selbst wenn es der letzte Akt in diesem Hause sein sollte, der allerletzte Akt wird auf der Straße spielen; denn diesen - verlassen Sie sich darauf - werden die Bürger und die Wähler schreiben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. Zur Klarstellung einiger Fragen, die Sie angesprochen haben, darf ich Herrn Streitberger bitten, das Wort zu ergreifen, um zu verdeutlichen, in welchem Planungsstadium wir sind.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Möring, ich habe gerade noch einmal nachgeschaut. Auf Seite 5 der Anlage 4 unserer Vorlage zur Sitzung am 2. Februar, die dann nicht zur Beratung gekommen ist, haben wir auf die Dringlichkeit der Entscheidung zu dem Zeitpunkt hingewiesen und die Folgekosten einer solchen Entscheidung deutlich gemacht. Insbesondere haben wir ausgeführt, dass die Mehrkosten zu dem Zeitpunkt - Stichtag war der 31. Dezember 2009 - bei 7 Millionen Euro lagen und wir kalkulieren, dass es zu Mehrkosten in Höhe von ungefähr 1 Million Euro pro Monat kommen wird, gerechnet auf 20 Arbeitstage à 50 000 Euro.

Seitdem sind mehr als anderthalb Monate vergangen. Selbst wenn wir vorsichtig kalkulieren, sind wir auf jeden Fall jetzt schon bei 9 bis 9,5 Millionen Euro Kosten. Ich muss Ihnen sagen: Natürlich gibt es irgendwann den Punkt, an dem sich das Zeitfenster, das wir seinerzeit im Hinblick auf den Baufortschritt der ersten Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn - der ist ja zwischenzeitlich weiter fortgeschritten - aufgemacht haben, wieder schließt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man diese Entscheidung heute oder zu einem noch späteren Zeitpunkt treffen kann. Ich bedaure das, weil ich denke, dass das eine gute Lösung gewesen wäre. Aber wir haben seinerzeit wirklich darauf hingewiesen, dass das ein enges Zeitfenster ist.

Nun zu Ihrer Frage die eine Verkehrssteuerungsanlage an der Querung betrifft im Verhältnis zu einer Bahnübergangsanlage. In der Tat hat es am 28.

Februar 2010 ein Gespräch bei der Bezirksregierung gegeben, an dem der Oberbürgermeister, Stadtdirektor Kahlen und ich teilgenommen haben. In diesem Gespräch sind verschiedene Dinge erörtert worden, insbesondere auch die Frage der zukünftigen Organisation der Bauüberwachung. Ein wesentlicher Inhalt dieses Gesprächs war aber die Frage, ob mit Zustimmung der technischen Aufsichtsbehörde Düsseldorf tatsächlich noch einmal eine Planänderung herbeigeführt werden kann, in welcher auf die sogenannte BÜSTRA-Anlage, also die Bahnübergangsstraßenanlage, verzichtet wird und stattdessen eine verkehrsmengenabhängige Steuerung, natürlich mit einer absoluten Beschleunigung für den öffentlichen Personennahverkehr, aber mit Steuerungselementen für die Stadt Köln in Verbindung mit der KVB, für Spitzenstunden zur Anwendung kommt.

Die Antwort von Herrn Regierungspräsident Büssow war erstaunlich und nur zu verstehen im Zusammenhang mit der Gesamtsituation, mit der wir uns dort konfrontiert sehen. Seitdem sind wir aktiv in Gesprächen mit der Planfeststellungsbehörde, Bezirksregierung Köln, und dem Zuschussgeber, Nahverkehr Rheinland. Wir sind zuversichtlich, dass wir das Thema VS-Anlage und BÜSTRA tatsächlich noch einmal aufbohren können. Ich muss Ihnen aber auch sagen, Herr Möring: Selbst wenn das in den Gesprächen mit den Spitzenleuten völlig klar ist, müssen wir das natürlich auch noch auf der Ebene derjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das letztendlich zu bearbeiten haben, entsprechend hinterlegen. Aber das ist unsere Strategie im Augenblick.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Vernunft setzt sich durch! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Unglaublich!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es noch Wortmeldungen dazu? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Ich muss sagen: Das, was hier gerade passiert, gibt uns ein ähnlich schlechtes Gefühl, wie wir es schon am 2. Februar gehabt haben.

Herr Streitberger hat eben hier noch einmal die bevorzugte Variante dargestellt. Ich will aus einem Artikel des *Kölner Stadt-Anzeigers* zitieren:

Kölns Baudezernent Bernd Streitberger hat mit seiner Aussage, die ebenerdige Querung der Rheinuferstraße durch die Nord-Süd-Stadtbahn sei eine Fehlplanung, der Diskussion um die bestmögliche Lösung neuen Antrieb gegeben. Streitberger hat in einem Interview mit dem *Kölner Stadt-Anzeiger* betont: Verkehrstechnisch sei die Verlängerung des U-Bahn-Tunnels bis zum Rheinufer die beste Lösung. [#Zitat nicht verifiziert]

So weit der Artikel im *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 7. Juli letzten Jahres. - Damit ist die Debatte in den Kommunalwahlkampf hineingetragen worden. Auch der Oberbürgermeister hat sich dafür stark gemacht.

Eigentlich war der Krimi, den wir in der Ratsdebatte am 2. Februar erlebt haben, der Höhepunkt der Bemühungen, diese Vorzugsvariante zu realisieren. Es gab dann diesen Brief des Ministeriums, zu dem hinterher auch noch einmal telefoniert worden ist. Ihre Aussage, Herr Oberbürgermeister, Sie hätten nie Kontakt gehabt und einen solchen Brief auch nicht angefordert, ist im Grunde noch während der Sitzung widerlegt worden. Sie haben das als Vehikel genommen, Ihre Vorlage zurückzuziehen. Wie sich später herausgestellt hat, sind die in Frage stehenden Dinge - das waren Selbstverständlichkeiten -, die das Ministerium in diesem Brief angesprochen hat und die auch in dem Gespräch mit Ihnen vorgetragen worden sind, nicht ausgeräumt worden. Kollege Möring hat das eben gesagt. Das heißt, die Verwaltung und auch Sie als Oberbürgermeister haben die Hausaufgaben nicht gemacht.

Wir reden heute zum wiederholten Male über diese Frage. Ob im Dezember im Rat, im Hauptausschuss im Januar, im Februar im Rat - die Aussage von Herrn Streitberger war immer: Das Fenster ist offen. Jetzt sagen Sie hier: Das Fenster ist zu. Das ist natürlich eine „ganz tolle“ Variante. Dass man sich da als Ratsvertreter von der Verwaltung an der Nase herumgeführt fühlt, wird Sie nicht überraschen, insbesondere deswegen, weil die Zeitplanung für die gesamte Nord-Süd-Stadtbahn im Grunde nach hinten gerückt ist. Das Fenster müsste eigentlich heute viel weiter offen sein, als es in der Vergangenheit jemals gewesen ist.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Sie, Herr Streitberger, begründen das mit dem Baufortschritt. Das heißt, es geht gar nicht mehr darum, wann die Baumaßnahme Nord-Süd-Stadtbahn insgesamt fertig wird und ob das Risiko besteht, dass die zweite Baustufe nicht rechtzeitig fertiggestellt wird. All das spielt plötzlich gar keine Rolle mehr. Sie sagen im Grunde, dass dadurch, dass der Bau jetzt so weit fortgeschritten ist, das Fenster zugeschlagen ist. Wenn dem so ist, muss ich fragen: Wer hat denn das Fenster zugeschlagen? Es war der Oberbürgermeister, der mit dem Rückzug seiner Vorlage dieses Fenster zugeschlagen hat.

(Beifall bei Teilen der FDP und der CDU - Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

Insofern muss man sich schon fragen - da muss ich dem Kollegen Möring völlig recht geben -: Welche politische Motivation steckt dahinter? Wir wissen, dass die Vorlage des Oberbürgermeisters der Koalition wehgetan hat. Die SPD ist durch ihren eigenen Oberbürgermeister in einer Weise festgelegt worden, die vielleicht so nicht vorgesehen war. Die Grünen wollten diese Lösung nie. Von daher ist die jetzige Situation, die durch dieses Schreiben inszeniert worden ist, für die rot-grüne Koalition eine politische Win-win-Situation: Der Oberbürgermeister wird an die Meinung der SPD-Fraktion herangeholt, und der Knatsch in der rot-grünen Koalition wird in dieser Sache beigelegt, einfach weil sich die Sache durch Zeitablauf erledigt hat.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, Sie mögen das heute als eine politische Win-win-Situation feiern, aber die Kölner Autofahrer, die Kölner Verkehrsteilnehmer werden das, was Sie hier inszeniert haben, über Jahre und Jahrzehnte zu bezahlen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin sehr enttäuscht von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dass Sie die Chance nicht genutzt haben - Barbara Moritz hat ja gerade gesagt: Mal sehen, wie flexibel der Redner Ralph Sterck auf die neue Situation eingehen kann -, die Fraktionen vorher darüber zu informieren. Sie hätten in den letzten Wochen, seit dem 2. Februar, ausreichend Gelegenheit gehabt, auf die Fraktionen zuzugehen und Ihre Zusagen, die Sie in der Sitzung am 2. Februar gemeinsam mit der KVB gemacht haben, einzuhalten. Ich muss sagen, dass ich mich als Ratsvertreter schlecht informiert fühle. Das wurde schlecht gemacht

und ist eine Sache, die auf Sie zurückfällt. Sie sind jetzt seit mehr als 100 Tagen im Amt. Deshalb darf man auch Kritik an Ihnen üben. Ich sage Ihnen: Das wird Ihnen noch lange anhängen. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Möring, die Schmierkomödie, von der Sie sprechen, hat nicht im Februar 2010 begonnen, sondern irgendwann im Sommer 2008, als die CDU wegen ihrer eigenen Beschlüsse, nämlich der Fehlplanung der Streckenführung der Nord-Süd-Stadtbahn, Angst bekommen hat, sie könnte die damit verbundenen Folgen irgendwann nicht mehr tragen.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und von Jörg Uckermann [pro Köln])

Deswegen hat sie einen Antrag zum Bau des Straßentunnels gestellt, und deswegen stellt sie immer wieder diesen Antrag.

Der Unterschied zwischen dem Alt-Oberbürgermeister Schramma und dem heute amtierenden Oberbürgermeister Roters ist: Herr Schramma hat immer abgewartet, was passiert, während Herr Roters versucht, Alternativen aufzuzeigen und zu handeln.

(Lachen bei der CDU - Zuruf: Tata! Tata!
Tata!)

Nachdem die CDU im Juni 2009 wiederum den Straßentunnel ins Gespräch gebracht hat, gab es im Rat einen recht breit getragenen Beschluss, der neben einem ersten auch noch einen zweiten Teil hat. Diesen zweiten Teil scheinen Sie, Herr Möring, vergessen zu haben. Darin steht nämlich sinngemäß: Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin Gespräche mit der Bezirksregierung Düsseldorf und mit der technischen Aufsichtsbehörde zu führen, um zu klären, ob das, was am Ubierring bei der Querung der Rheinuferstraße und auch in Höhe Marienburg bei der Querung der Rheinuferstraße möglich ist, nämlich mit einer Verkehrssicherungsanlage statt einer BÜSTRA zu arbeiten, nicht auch bei der Querung der Rheinuferstraße in Höhe der Südbrücke möglich ist.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Karsten Möring [CDU]: Das macht man drei Wochen vor dem heutigen Termin statt ein halbes Jahr früher!)

- Ja, Herr Möring. Der Punkt ist doch, dass am 30. September Herr Schramma noch im Amt war; er war bis zum 21. Oktober im Amt. Seither hat die Verwaltung angefangen, zu arbeiten. Vorher hat sie es offenbar nicht getan.

Der nächste Punkt: Herr Möring, Sie legen ja immer viel Wert auf Seriosität und durchgerechnete Alternativen und Beschlüsse. Die Einschätzung in der Frage, ob ein Stadtbahntunnel und die damit verbundenen zusätzlichen Kosten den Nutzen-Kosten-Faktor negativ beeinträchtigen könnten, sei man hoffnungsfroh, scheint Ihnen zu reichen. Das Restrisiko von 750 Millionen Euro, die dieser Stadt unter Umständen

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

in Rechnung gestellt werden, und dass die Stadt diese 750 Millionen Euro möglicherweise zurückzahlen muss, scheint Ihnen egal zu sein.

(Ralph Sterck [FDP]: Dem Oberbürgermeister auch!)

Das, lieber Herr Möring, ist ein Risiko, das wir nicht tragen können. Der Oberbürgermeister hat die Vorlage zu Recht zurückgezogen, weil dieser Brief aus Düsseldorf, der unverschämterweise erst am Tag der Ratssitzung eingegangen ist, einige Dinge klargestellt hat.

(Unruhe bei der CDU und der FDP - Dr. Ralph Elster [CDU]: Es hat nie Gespräche mit Herrn Roters gegeben! - Ralph Sterck [FDP]: Niemand hat vor, eine Mauer zu bauen!)

- Das ist eine Unverschämtheit. Herr Oberbürgermeister, ich weise das ausdrücklich zurück. Es ist eine Unverschämtheit, einen solchen Zwischenruf zu machen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wiederholen Sie das noch mal!)

- „Niemand hat vor, eine Mauer zu bauen“. - Damit unterstellt man mir gewisse politische Gemeinsamkeiten, die ich ausdrücklich zurückweise.

(Zuruf: In diesem Zusammenhang geht das gar nicht!)

- Nein, das geht gar nicht, in der Tat.

Oberbürgermeister Roters hat den Auftrag des alten Stadtrates vom 30. Juni ernst genommen. Er hat die Gespräche mit der Bezirksregierung Düsseldorf gesucht. Er hat die Gespräche mit der technischen Aufsichtsbehörde gesucht. Und siehe da: Es ist Bewegung ins Spiel gekommen. Diese Bewegung möchten wir zum Wohle der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer nutzen. Wie gesagt: Die Verkehrssicherungsanlagen an der Querung Ubiering/Rheinuferstraße und an der Querung in Höhe Marienburg/Rheinuferstraße funktionieren ohne nennenswerten Stau auch zu verkehrlichen Spitzenzeiten.

(Karsten Möring [CDU]: Exakt bis zum Termin der Landtagswahl und keinen Tag länger!)

Warum das nicht auch anderswo funktionieren soll, das fragt sich jeder vernünftig denkende Mensch. Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen für Ihre Initiative und wünsche Ihnen viel Glück.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Nächste Rednerin ist Frau Tull.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was mich an den Reden von Herrn Möring und Herrn Sterck gewundert hat, ist, dass Sie sich nicht gefreut haben über die gute Nachricht, die uns Herr Streitberger heute überbracht hat.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil das Maulwürfe sind!)

Es geht Ihnen offensichtlich nicht darum, das Ziel weiter zu verfolgen, dass es auf der Rheinuferstraße keinen Stau geben soll, sondern es geht Ihnen offensichtlich darum, möglichst viel Geld aus dem Fenster zu werfen für einen Tunnel, egal, welchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist für mich, ehrlich gesagt, gerade angesichts unserer derzeitigen Haushaltslage absolut unverständlich. Das halte ich für sehr verantwortungslos.

Ich bin sehr froh, dass die Gespräche des Herrn Oberbürgermeisters und des Beigeordneten Streitberger jetzt offensichtlich zu dem lange gehegten Wunsch und Ziel führen,

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]:
Hoffentlich ist es jetzt so weit!)

dass es an dieser Kreuzung nicht zu einer BÜSTRA-Anlage, sondern zu einer ganz normalen Anlage, wie wir sie an mehreren Stellen an der Rheinuferstraße bis jetzt ohne Probleme haben, kommt. Darüber bin ich sehr froh und wünsche, dass das jetzt zu einem guten Abschluss geführt wird, damit wir dieses leidige Thema, das uns im Prinzip schon seit Jahren verfolgt, endlich ad acta legen können

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die
Grünen]: Was Sie uns eingebracht
haben!)

- genau; es wurde ja schon mehrfach erwähnt, dass die CDU und die FDP uns das eingebracht haben - und die Bauarbeiten normal weitergehen können. Indem man die Kreuzung vom Ubierring jetzt an die Südbrücke legt, wird sich die Rheinuferstraße in ihrer Art und Weise in keiner Form verändern. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Tull. - Gibt es noch Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als letzter Redner in dieser Debatte ist es jetzt wohl an mir, ein Resümee zu ziehen.

(Beifall bei pro Köln)

Ich habe aufmerksam zugehört und muss sagen: Ich weiß nicht, ob ich amüsiert oder traurig sein soll. Ich würde sagen: beides.

Was ist denn hier das Hauptproblem? Das Hauptproblem in dieser Sache ist, dass 10 Prozent aller Wahlberechtigten von Nordrhein-Westfalen in dieser Stadt wohnen und am 9. Mai ihre Stimme abgeben werden. Deshalb führen Sie hier diese Komödie auf. Ich will nicht „Schmierkomödie“ sagen, damit ich nicht wieder einen Ordnungsruf bekomme. Herr Möring, Sie durften sagen, dass es eine Schmierkomödie sei. Wenn Sie das tun, dann

müssen Sie auch die einzelnen Komödianten, die daran mitwirken, benennen - ich bin überzeugt, dass Sie einer der Hauptdarsteller sind.

Worum geht es? Es geht darum, dass das letzte Stück einer kilometerlangen Stadtbahn just da wieder an die Oberfläche kommt, wo sich eine der meistbefahrenen Straßen Deutschlands befindet. Gut, man kann sich ja mal vertun, sollte es dann aber nachbessern und in die Planung einfließen lassen. - Die CDU hat das dann zu ihrem Thema gemacht und betont, wie wichtig das sei. Sie hat ihren Antrag im Rat zurückgezogen und wollte das im Januar in der Hauptausschusssitzung klären. Man hat dazu gesagt, es sei wunderbar. Dann aber kam die Sitzung Anfang Februar. Der Oberbürgermeister hatte dazu eine entsprechende Vorlage erstellt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie haben
da auf das Wort des
Oberbürgermeisters vertraut! Ja, ja!)

- Natürlich kann ich mich auf den Oberbürgermeister verlassen. Wir als Demokraten unterstützen in einer guten Sache jeden Oberbürgermeister, egal, welcher Partei er angehört.

(Beifall bei pro Köln)

Das ist doch ein ganz klarer Fall, Herr Klipper, wer für die Umsetzung von Ratsbeschlüssen zuständig ist und wer dementsprechend mit den Kostenträgern verhandelt - Kostenträger ist bei einer solchen Maßnahme immer das Bundesland, hier also Nordrhein-Westfalen, also die Landesregierung von CDU und FDP -: Das ist der Oberbürgermeister; denn dafür hat er den Auftrag. Man hat hier den Eindruck, dass Sie das bei Ihren Parteifreunden in Düsseldorf torpedieren wollen - zum Schaden für Köln.

Dann muss ich mir von einem Herrn Möring hier anhören, er sei fast froh - jedenfalls habe ich das so verstanden -, wenn sein Antrag nicht angenommen würde, damit er dann auf der Straße Wahlkampf machen kann. Herr Möring, wenn Sie Flugblätter brauchen, wenden Sie sich an unseren Herrn Schöppe. Der ist da sehr bewandert, er kann Ihnen helfen.

Der Antrag selbst ist auch nicht der vierte Akt, wie Sie eben gesagt haben, sondern der fünfte Akt. Die Bürgerbewegung pro Köln hat schon damals gesagt: Das darf doch nicht wahr sein: Die SPD stellt einen Änderungsantrag, die CDU zieht ihren Antrag zurück, und schon ist der

Punkt von der Tagesordnung genommen. So ist die Sache doch gelaufen. Sie haben hier versucht, sich gegenseitig die Bananenschale hinzuwerfen in der Hoffnung, dass der andere darauf ausrutscht.

Uns jedoch interessiert, was das für die Bürger in Köln bedeutet. Deshalb waren wir der Meinung, dass es dafür eine Ratssondersitzung geben muss, und haben deswegen einen Antrag eingebracht, der im Prinzip wortgleich ist mit dem, der jetzt hier vorliegt. Darum werden wir von der Bürgerbewegung pro Köln auch dem hier vorliegenden Antrag zustimmen. Aber wir lassen nicht zu, dass Sie den Oberbürgermeister in dieser Art und Weise hier ins Zwielficht rücken.

(Widerspruch bei der CDU)

- Ja, natürlich tun Sie das. - Wir sind immer fair; wir sind gerecht in der Sache; wir sind frech. Die Bürger wählen uns, weil wir uns etwas trauen. Aber wir sind immer loyal zu unserer Stadt. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich will noch einmal meine Sicht der Dinge darstellen, um zu verdeutlichen, welche Zielsetzungen und welche Möglichkeiten sich jetzt bieten, die vor Monaten noch nicht angedacht werden konnten.

Bei dem Gespräch, das ich gemeinsam mit Herrn Streitberger und Herrn Kahlen beim zuständigen Regierungspräsidenten Düsseldorf, der technischen Aufsichtsbehörde geführt habe, ist ein Sinneswandel der Aufsichtsbehörde festzustellen gewesen, und zwar nicht nur beim Regierungspräsidenten, sondern auch beim zuständigen Dezernenten, der uns mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben hat, dass man vor dem besonderen Hintergrund der Verkehrsanlage, so wie sie gebaut werden soll, zu einer Änderung der bisherigen Rechtsauffassung kommen kann, weil die Stadtbahn dort, wo sie auf die Rheinuferstraße stößt, einen großen Bogen in einem fast rechten Winkel fahren muss und deshalb nicht mit der an sich vorgeschriebenen Geschwindigkeit die nächste Haltestelle Schönhauser Straße erreichen kann.

Dies hat dazu geführt, dass die technische Aufsichtsbehörde erklärt hat, sie sei damit einverstanden. Sie hat uns gebeten, die nötigen Klärungen auch mit dem Zuschussgeber

vorzunehmen. Ich habe daraufhin mit dem Geschäftsführer von Nahverkehr Rheinland ein Gespräch geführt, das später schriftlich nachgereicht wurde. Er hat mir zu verstehen gegeben, dass aus seiner Sicht gegen eine solche Regelung einer BÜSTRA-freien Straßenquerung nichts einzuwenden sei, ganz im Gegenteil, er das im Hinblick auf die zügige Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn außerordentlich begrüßen würde. Das ist der Hintergrund dessen, was bislang erreicht worden ist.

Ich bin stolz darauf, diese Lösung erreicht zu haben angesichts der finanziellen Situation, die wir im Augenblick in unserer Stadt zu bewältigen haben, und auch vor dem Hintergrund, dass es auf diese Weise gelingt, dass eine Vielzahl von dort sehr gewünschten und umkämpften Bäumen nicht gefällt werden muss.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich muss trotzdem massiv rügen, wie das Verfahren hier abläuft. Sie und Ihre Verwaltung haben bereits Ende letzten Jahres darauf verzichtet, uns über Ihre Bewertung des Straßentunnels zu informieren. Das haben wir damals im Verkehrsausschuss und auch in der Dezember-Sitzung des Rates moniert. Nach demselben Verfahren arbeiten Sie jetzt wieder. Sie informieren die Fraktionen in dieser Frage nicht. Da kann man natürlich sagen: Okay, das ist Politik. Sie wollen erst zu einer Lösung kommen und sie dann präsentieren.

Wir arbeiten seit zwei Jahren an diesem Thema. Sie arbeiten ausweislich der Darstellung von Herrn Streitberger in der letzten Sitzung bereits seit September/Oktober, seitdem Sie im Amt sind, an diesem Thema. Deshalb frage ich noch einmal: Wie kommt es, dass jetzt, kurz vor dem Termin der Ratssitzung, bei der Bezirksregierung in Düsseldorf plötzlich ein Sinneswandel einsetzt? Ihr Hinweis auf den Nahverkehr Rheinland als Zuschussgeber geht fehl. Der Zuschussgeber hat in dieser Frage überhaupt keine Rolle zu spielen; denn die Entscheidung, wie die Querung durchzuführen ist, ist ausschließlich Sache der Planfeststellungsbehörde und der technischen Aufsichtsbehörde in Düsseldorf. Also, das Gespräch mit dem Zuschussgeber, auf das Sie

sich eben bezogen haben, ist in dieser Frage unerheblich.

Ich will noch einmal auf einige Hintergründe zurückkommen. Was ist denn die Ursache für die Situation, in der wir uns befinden?

(Zurufe von Bündnis 90/Die Grünen)

- Warten Sie mal ab! - Die Ursache ist, dass im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für diese Querung die Planfeststellungsbehörde, also die Bezirksregierung Köln - Regierungspräsident Roters - vor dem Problem stand, entweder das Eisenbahnkreuzungsgesetz erfüllen zu müssen, das für eine solche Anlage eine planfreie Querung vorschreibt, oder aber dafür eine Ausnahmegenehmigung erteilen und diese dann begründen zu müssen. Das ist auch im Hause der Bezirksregierung ausweislich verschiedener Gesprächsprotokolle im Frühjahr 2005 besprochen worden. Das Ergebnis war die planfestgestellte Lösung. Meine Nachfrage, die ich dazu mehrfach, zuletzt im Regionalrat, gestellt habe, lautete: Gibt es irgendeine Möglichkeit, von dieser BÜSTRA abzukommen? Die Antwort der Bezirksregierung, abgestimmt mit der technischen Aufsichtsbehörde in Düsseldorf, lautete:

Die Sicherung des Kreuzungsbereichs der Nord-Süd-Stadtbahn mit dem Gustav-Heinemann-Ufer durch eine BÜSTRA-Anlage ist demnach zwingend im Planfeststellungsbeschluss festgelegt. Da bisher weder in den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort noch in den rechtlichen Voraussetzungen Änderungen eingetreten sind, ist die Bewertung der Situation durch die technische Aufsichtsbehörde weiterhin unverändert. [#Zitat nicht verifiziert]

Das war im Dezember. Ich frage mich an dieser Stelle: Wenn es denn ernsthaft eine Veränderung in der Position gibt und dies unter anderem damit begründet wird, dass die Bahn hier rechtwinklig auf die Rheinuferstraße stößt:

(Zuruf: Ganz überraschend!)

Warum war das den Beteiligten nicht schon klar, als sie über Jahre hinweg diese Maßnahme geplant und genehmigt haben?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Mein Gott, was man sich hier anhören muss! Das ist ja unerträglich! -

Gegenruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Unerträglich bist du! - Unruhe)

- War das eine Antwort auf meine Frage? Ich habe sie jedenfalls nicht verstanden. - Darum geht es in diesem Zusammenhang. Deswegen behaupte ich hier noch einmal - und bis zum Beweis des Gegenteils werde ich das weiterhin öffentlich so vertreten -: Das ist der wiederholte Versuch, uns über bestimmte Termine hinwegzutrusten, ohne zu einer Entscheidung zu kommen. Das war bei der Kommunalwahl so, und das ist jetzt bei der Landtagswahl so. Deswegen habe ich eben den Zwischenruf gemacht: Diese In-Aussicht-Stellung einer Lösung gilt bis einen Tag nach der Landtagswahl. Dann wird sich herausstellen: Es geht nicht.

Die BÜSTRA hat ja einen bestimmten Zweck, nämlich Sicherheit herzustellen für die Querung. Im Unterschied zum Ubierring gibt es an dieser Stelle keinen Sichtkontakt. Die Begründung für eine bestimmte Schließdauer ist schlicht und einfach der Sachverhalt, dass der Fahrer der KVB, der aus dem Tunnel kommt, sicher sein muss, dass die Kreuzung geräumt ist, wenn er sie quert. Wenn er ein bestimmtes Tempo halten will, das unterstellt wird und auch für die Berechnung des Nutzen-Kosten-Faktors von Bedeutung ist, dann kann man nicht beliebig sagen: Das wird schon gehen. Ich erinnere daran, dass bei der Optimierung der BÜSTRA-Lösung für die entgegengesetzte Richtung ein vertretbares und intelligentes Verfahren gewählt worden ist, wie man die Bahn in einem Zeitraum von 10 Sekunden in die Rot- oder Grünphasen der Querung einfädeln kann, um die Schließzeiten etwas zu reduzieren. In der Gegenrichtung geht das aber nicht.

Ich frage mich allen Ernstes, warum eine Behörde erst eine Begründung für eine solche Entscheidung liefert, dann aber plötzlich, weil man sich mit dem Herrn Regierungspräsidenten zusammengesetzt hat, nach Gusto von dem abweicht, was von 2005 an bis Dezember letzten Jahres gegolten hat. Was soll ich denn bitte schön von unseren Fachbehörden halten, wenn so etwas möglich ist?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Möring, Sie werden Verständnis haben, dass ich auf Ihren Beitrag hin noch einige Dinge klarstellen möchte.

Sie haben hier die rhetorische Frage in den Raum gestellt, ob es sein kann, dass jemand hier Dinge getan hat und dabei nicht wusste, was er tat oder was die Beteiligten taten. - Herr Möring, in der Tat, das war so, und zwar in einer denkwürdigen Stadtentwicklungsausschusssitzung des Jahres 2000, in der - ich muss so weit zurückgehen - die CDU, damals in Koalition mit der FDP, aber trotzdem allein den Antrag gestellt hatte, die Streckenführung auf die heute planfestgestellte Variante zu ändern, und zwar gegen den Rat aller Experten.

(Ralph Sterck [FDP]: Da gab es noch keine BÜSTRA! Das stimmt nicht!)

Es ist Ihnen offensichtlich damals in einer Sitzungsunterbrechung irgendwie gelungen, Herrn Sterck von der FDP weichzukochen; denn nach der Sitzungsunterbrechung hatte Herr Sterck seinen Widerstand gegen die heute planfestgestellte Lösung aufgegeben,

(Ralph Sterck [FDP]: Da gab es noch keine BÜSTRA, Martin Börschel!)

und Sie haben sie dann gemeinsam mit einer Stimme Mehrheit gegen den Rest der Welt, in dem Fall des Stadtentwicklungsausschusses, beschlossen.

(Karsten Möring [CDU]: Das war aber nicht der Rest der Welt!)

Danach ist sehr lange wenig passiert. Irgendwann nach diesem Beschluss, bei dem Sie offensichtlich nicht wussten, was Sie taten, und nicht wussten, welche Konsequenzen Ihr Beschluss haben wird, den Sie gegen jeden Expertenrat getroffen hatten, hat die Diskussion eingesetzt. Sie wollten partout, unter allen Umständen und um jeden Preis - das ist durchaus wörtlich zu verstehen - dort einen Straßentunnel bauen. Dies haben wir von der Sozialdemokratie durchaus skeptisch gesehen, haben uns aber mit Ihnen gemeinsam auf eine Prüfung dieser Option eingelassen in dem Wissen, dass städtebaulich und verkehrlich, wenn man schon nicht ebenerdig kreuzen will, ein Stadtbahntunnel die bessere Lösung wäre. Das haben wir hier auch immer gesagt.

Die Variante eines Straßentunnels haben wir alle mittlerweile aus den verschiedensten Gründen verworfen,

(Karsten Möring [CDU]: Wir haben noch nie ein Ergebnis der Prüfung gehabt!)

weil ein Stadtbahntunnel die günstigere Lösung ist. Wir haben uns in einer der letzten Sitzungen sehr intensiv ausgetauscht, dass es uns eben anders als Ihnen, Herr Möring, bei einem Kostenrisiko von 750 Millionen Euro für den Kölner Steuerzahler und die Kölner Steuerzahlerin nicht ausreicht, einfach nur, wie Sie es eben genannt haben, hoffnungsfroh zu sein und wenig belastbare Daten zu haben - das waren Ihre Worte eben -, sondern wir waren der Meinung, dass man gerade bei einem Risiko von 750 Millionen Euro absolut belastbare Daten, Zahlen und Zusagen haben muss, die spätestens, seit der Verkehrsminister das eben schon wieder angesprochene denkwürdige Fax vor der letzten Ratssitzung geschickt hat, nicht mehr vorhanden sind.

Sie stellen sich hier hin und kritisieren die Informationspolitik des Oberbürgermeisters, indem Sie so tun, als würden Sie heute zum ersten Mal von der BÜSTRA-Angelegenheit erfahren - so habe ich Sie jedenfalls eben verstanden -,

(Karsten Möring [CDU]: Da haben Sie mich falsch verstanden!)

obwohl Sie ganz genau wissen, dass letzte Woche in einem Gremium einer stadtbeteiligten Gesellschaft, der Sie als Mitglied des Kontrollgremiums dieser Gesellschaft angehören, auf den Umstand und auf die Überlegungen und Gespräche mit der technischen Aufsichtsbehörde in Düsseldorf durch den Oberbürgermeister und leitende Spitzenbeamte dieser Stadt hingewiesen worden ist. Ich hoffe sehr, dass meine diesbezüglichen Informationen stimmen. Sie werden mich gewiss widerlegen, Herr Kollege Möring, falls meine Ahnung da falsch sein sollte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sprechen wir jetzt eigentlich immer aus den Aufsichtsräten?)

Letzter Punkt. Sie sollten doch sehr froh darüber sein, dass die Verwaltung jetzt im Begriff ist, eine solche Lösung, die am Ende auch noch eine kostengünstige ist, hinzubekommen. Wenn Sie schon nicht in der Lage sind, froh zu sein darüber, dass die Verwaltung als solche diese

Lösung erreicht, dann sollten Sie es allein deswegen sein, weil auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, die Verwaltung exakt zu diesem Tun aufgefordert haben. Frau Kollegin dos Santos Herrmann hat das eben nur andeutungsweise gesagt. Ich möchte das hier mit einem Zitat belegen.

Wir hatten am 30. Juni 2009 - das ist noch nicht so lange her - eine relativ denkwürdige Ratssitzung, die sich unter anderem mit dieser Angelegenheit befasst hat. Sie werden sich erinnern, dass es in dieser Ratssitzung zu der Situation kam, dass das damalige Kernbündnis von SPD und Grünen sich in dieser Frage nicht einig werden konnte. Dieser Umstand führte dazu, dass Sie, Herr Kollege Möring, auch Herr Klipper war zeitweise dabei, und die Kollegen von der FDP in Person von Herrn Sterck gemeinsam einen Antrag formuliert haben. In der Ratssitzung am 30. Juni 2009 haben dann CDU, SPD und FDP einen gemeinsamen Antrag eingereicht, der am Ende auch mit den Stimmen dieser drei Fraktionen, aber auch der Stimme des damaligen Oberbürgermeisters Schramma und der des Vertreters des Kölner Bürger-Bündnisses mehrheitlich beschlossen wurde. In diesem Antrag, den Sie mit uns gemeinsam gestellt haben und dem Sie konsequenterweise dann auch zugestimmt haben, ist unter anderem Folgendes zu lesen - ich zitiere -:

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Bezirksregierung Köln und der Technischen Aufsichtsbehörde Düsseldorf dahingehend zu führen, ob die planfestgestellte BÜSTRA-Anlage durch eine Verkehrssicherungsanlage (VS) mit Vorrangschaltung für die Nord-Süd-Stadtbahn ersetzt werden kann und welche Voraussetzungen hierfür zu schaffen sind. Dabei soll auch die Möglichkeit einer kombinierten BÜSTRA-Verkehrssicherungsanlage erörtert werden...

Herr Kollege Möring, Herr Kollege Sterck, die Verwaltung, der neue Oberbürgermeister, Herr Dezernent Streitberger, Herr Stadtdirektor Kahlen haben unter anderem *Ihren* Antrag umgesetzt. Wenn Sie schon alles andere nicht hinbekommen: Dass die Verwaltung Ihren beziehungsweise unseren gemeinsamen Antrag umsetzt und zum Erfolg führt, sollte uns gemeinsam freuen. Deswegen: Haben Sie doch die Größe, das auch zuzugeben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dazu zunächst Herr Sterck, danach Herr Möring.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Gerade der letzte Aspekt, den Kollege Börschel angesprochen hat, lässt einen ja im Grunde - das hat Herr Möring eben ähnlich formuliert - an den Grundfesten der Verwaltung, der Aufsichtsbehörde und des Regierungspräsidenten zweifeln.

(Martin Börschel [SPD]: Einverstanden, aber dafür kann doch der Oberbürgermeister nichts!)

Seit fünf Jahren wird uns gepredigt, dass das rechtlich nicht möglich ist. Deswegen drängt sich der Verdacht auf, den Kollege Möring hier geäußert hat, nämlich dass sich die uns heute hier vorgetragene Erklärung, dass die eben noch offenen Fenster jetzt ganz fest zugenagelt seien, nach dem 9. Mai als eine große Luftblase herausstellen wird, insbesondere in Anbetracht der Inszenierung vom 2. Februar.

Ich möchte Martin Börschel noch eines sagen; denn es wird nicht wahrer, umso häufiger es hier wiederholt wird. Die Entscheidung zur Trassenführung, die wir damals im Stadtentwicklungsausschuss - es ist richtig: wir haben es uns da nicht leicht gemacht - gefällt haben, ist vor dem Hintergrund des Fahrzeitgewinns entschieden worden,

(Martin Börschel [SPD]: Nein, das waren Anwohner!)

den die Linie 16 auf dieser Strecke bis zur Haltestelle Schönhauser Straße und dann am Bahndamm entlang zur Haltestelle Bonner Wall erzielt. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung gefällt worden; denn die Strecke über den Gürtel hätte vier bis sechs Minuten länger gedauert. Wenn wir diese Strecke beschlossen hätten, läge der volkswirtschaftliche Nutzen der ganzen Anlage möglicherweise schon lange unter 1,0, weil wir diesen Verkehrswert gar nicht hätten erreichen können. Das wollte ich noch einmal deutlich machen.

Als der Stadtentwicklungsausschuss diese Frage beraten hat, gab es die BÜSTRA noch gar nicht. Die BÜSTRA ist eine Erfindung des damaligen Regierungspräsidiums unter Roters - wenn auch

nicht von Ihnen persönlich, Herr Oberbürgermeister -;

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Das ist ja nicht zu glauben!)

denn die Verwaltung des Regierungspräsidiums hat BÜSTRA der Stadt Köln damals in den Planfeststellungsbeschluss hereingeschrieben. Das war bei dem Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses noch nicht abzusehen.

Diese Frage steht im Zusammenhang mit dem Fax, das Anfang Februar geschickt worden ist. Das Fax hat - das ist auch in der letzten Sitzung schon festgestellt worden - nur den Gesprächsgegenstand einer Besprechung der Verwaltung mit der zuständigen Abteilung des Regierungspräsidiums wiedergegeben, nämlich die Erwartungen, die man an die Stadt und an die KVB hat. Ansonsten enthielt es keine neuen Erkenntnisse. - Herr Fenske nickt an dieser Stelle.

(Lachen bei der SPD - Martin Börschel [SPD] sich auf die Aussage beziehend „Herr Fenske nickt an dieser Stelle“: Für das Protokoll: Das war nicht wahr!)

Wir haben bereits am 2. Februar festgestellt, dass in diesem Fax zusammengefasst worden ist, welche Erwartungen die Aufsicht an die Stadt Köln hat, die sie bisher nicht erfüllt hat.

Heute kommt die Verwaltung im Grunde wie Kai aus der Kiste mit der nächsten Lösung, die jetzt nicht mehr Tunnel heißt, sondern ebenerdige Verkehrsanlage wie am Ubierring.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr habt es beschlossen!)

Ich sage Ihnen: Wir werden am 9. Mai feststellen, dass das eine Luftblase ist. Dann kommt die nächste Wahl, und dann sehen wir uns wieder.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring, bitte. Dann sind wir, glaube ich, durch.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Nein, der hat schon dreimal gesprochen!)

- Einmal kann er noch.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Nein, der hat schon dreimal gesprochen! Jetzt ist Schluss!)

Herr Möring hat jetzt noch einmal die Möglichkeit, zu erwidern.

Karsten Möring (CDU): Herr Börschel, die Fragen, die Sie eben formuliert haben, haben Sie doch eigentlich nicht an mich gerichtet, sondern an den Herrn Oberbürgermeister.

(Martin Börschel [SPD]: Das haben Sie was falsch verstanden!)

- Nein, ich glaube nicht. Sie haben vielleicht nicht gemerkt, dass Ihre Fragen in Wirklichkeit einen anderen Adressaten hatten. Denn der Prüfauftrag, den wir am 30. Juni beschlossen haben, ist bis heute nicht abgearbeitet worden. Es gibt keine Antwort auf diesen Prüfauftrag. Das Einzige, was wir gehört haben, war heute die Aussage, dass vor wenigen Tagen ein aussichtsreiches Gespräch mit Herrn Büssow stattgefunden hat. Das finde ich ein bisschen mager als Lösung für diesen Vorschlag. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir unseren Antrag im Dezember deswegen zurückgezogen haben, weil die Verwaltung gesagt hat, sie arbeite an einer besseren Lösung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Der wollten wir uns nicht verschließen. Ich bin der Letzte, der fordert: Wir brauchen eine Lösung, die uns 60 Millionen Euro kostet. Ich will eine Lösung, die keinen Verkehrsstau bewirkt; ich will eine Lösung, die dauerhaft funktioniert;

(Martin Börschel [SPD]: Bravo!)

und ich will eine Lösung, die preiswert ist. Aber ich lasse mich nicht gern an der Nase herumführen. Dieser Versuch, den ich aber abzuwehren weiß, wird hier unternommen.

Deswegen sage ich noch einmal ganz deutlich: Es geht hier um neue Nebelkerzen. Wenn Herr Büssow, Landtagskandidat der SPD, auf einmal sagt, es geht auch anders, dann gefährdet er entweder den Nutzen-Kosten-Faktor, weil er die Strecke langsamer macht, oder er gefährdet die Sicherheit der Querung, oder er gefährdet die Glaubwürdigkeit von irgendjemandem, und sei es die seiner Behörde.

Wenn er das vor einem Jahr oder im Sommer im Rahmen dieser Prüfung gesagt hätte und wenn die Gründe dafür nachvollziehbar gewesen

wären, hätte ich okay gesagt. Aber über die Gründe wird noch nicht einmal geredet.

(Martin Börschel [SPD]: Das hat der Oberbürgermeister doch gesagt!)

Uns wurde mitgeteilt - Sie haben übrigens zitiert, was im Aufsichtsrat der KVB erst übermorgen mitgeteilt werden soll -, da stehe die Formulierung drin: Bei dem Gespräch wurde erstmalig signalisiert, unter gewissen Umständen von der bisherigen Forderung nach einem Bahnübergang abzusehen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Woher hast du das denn?)

Das ist ja das, was mir Herr Börschel gerade eben vorlesen wollte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich denke, Sie haben erst heute davon erfahren!)

- Liebe Frau Moritz, diese beiden Punkte zusammenzubringen - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie erzählen hier einen Käu! - Heiterkeit)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring, kommen Sie bitte jetzt zum Ende. Sie haben schon zum dritten Mal dazu das Wort.

Karsten Möring (CDU): Ich gehe darauf jetzt nicht ein. Wenn Sie die Minuten zählen wollen, dann können Sie das gerne tun.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein. Aber Sie durften jetzt schon zum dritten Mal dazu sprechen.

Karsten Möring (CDU): Aber das ist der Punkt an dieser Stelle: Unter gewissen Umständen, die noch nicht einmal benannt werden, sollen wir uns darauf einlassen, zu sagen: Dann warten wir das einmal ab - darauf bezog sich das Wort „hoffnungsfroh“ - und sind hoffnungsfroh, dass dabei etwas herauskommt. - Das können Sie nicht von uns erwarten.

Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Fenske zum Thema Straßentunnel. Gibt es dort eine

gegenüber dem bisherigen Kenntnisstand veränderte Sachlage?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bevor ich Herrn Fenske das Wort dazu gebe, soll noch Frau Moritz zu Wort kommen.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde gerne etwas zu Herrn Sterck sagen und der berühmten Sitzung, als die CDU - die FDP als ihr Koalitionspartner ist dann hinterhergedackelt - das sogenannte Oelmann-Schwänzchen beschlossen hat. Wenn es Ihnen, Herr Sterck, oder der CDU jemals darum gegangen wäre, dass die Bahn möglichst schnell nach Rodenkirchen fährt, hätten Sie damals unserer Alternative zur Nord-Süd-U-Bahn, nämlich statt durch die Severinstraße am Rheinufer entlang, zugestimmt. Das wäre die schnellste Variante gewesen. Das haben Sie aber nicht. Vielmehr war Ihr Beschluss das Legitimationspaket, um die Interessen einer Handvoll von Anwohnern am Bayenthalgürtel zu schützen. Das war der Hintergrund. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Widerspruch bei der CDU)

Erst brocken Sie uns das ein, ohne überhaupt zu merken, welche Konsequenzen es haben wird, dass Sie eine Strecke beschließen, bei der sich die Bahn unterirdisch durch die ganze Stadt hindurchquält, dann aber an der Rheinuferstraße oberirdisch herauskommt, und dann hauen Sie hinterher auf diejenigen drauf, die dagegen waren. Das ist doch völlig absurd und grotesk.

Jetzt möchte ich noch etwas zur Aufsichtsbehörde Düsseldorf sagen. Jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand, der in der Stadt wohnt, aber nicht hier im Rat sitzt und sich daher nicht mit BÜSTRA und sonstigen komplizierten Rechtsgrundlagen auskennt, fragt sich, seitdem das öffentlich bekannt ist: Warum geht das dort nicht, was an zwei anderen Stellen an der Rheinuferstraße geht? Wenn jetzt ein Regierungspräsident - wir haben ja auch noch andere Regierungspräsidenten, die auch auf tolle Ideen kommen - klüger wird - das soll es ja geben -,

(Ulrich Breite [FDP]: Im Wahlkampf!)

wenn er sich bewegt - auch das soll es geben - und angesichts knapper Kassen noch einmal darüber nachdenkt - auch das soll es geben -,

dann sollte man das anerkennen und diesen Menschen nicht noch beschimpfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Abschließend erhält nun Herr Fenske zu Wort.

Jürgen Fenske (KVB): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Herr Möring, ich möchte Ihre Frage beantworten. In der Tat, in der letzten Debatte am 2. Februar ist von Herrn Streitberger in Abstimmung mit der KVB gesagt worden, dass auch das Zeitfenster für die sogenannte bauliche Vorleistung für den Straßentunnel geschlossen ist. Diese Aussage ist im Zusammenhang mit dem konkreten Bauablauf im zweiten Bauabschnitt getätigt worden. Vor dem Hintergrund, dass wir es bei der möglichen Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn - das hängt ja vom Fahrplan und dem Drehbuch für das Bergungs- und das Besichtigungsbauwerk ab - nun mit einer geänderten Situation zu tun haben und wir zeitlich ein Stück weit nach hinten rutschen, ist unsere Aussage heute, dass wir, wenn wir davon ausgehen, dass die Nord-Süd-Stadtbahn Ende 2014 in Betrieb genommen werden kann, noch bis Oktober Zeit haben, eine sogenannte bauliche Vorleistung für den Straßentunnel einzurichten. - Erstens.

Zweitens. Wir haben aber nicht mehr die Chance - diese bauliche Vorleistung kostet 3,5 Millionen Euro -, dafür bestimmte Baustelleneinrichtungen - auch hier geht es übrigens um Schlitzwände -, die wir bisher zur Herstellung von Schlitzwänden im zweiten Bauabschnitt genutzt haben, noch weiter zu nutzen, denn diese sind inzwischen abgebaut; Wir müssen diese wieder neu einrichten, das würde weitere 1,5 Millionen Euro kosten.

Insofern ist das eine Korrektur zur Aussage am 2. Februar.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der CDU unter Tagesordnungspunkt 3.1.11. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keiner. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Karsten Möring [CDU]: Wie haben Sie gestimmt, Herr Oberbürgermeister?)

- Ich habe dagegen gestimmt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Auswirkungen von Landeskürzungen und Aufgabenübertragungen auf den städtischen Haushalt“ AN/0228 /2010

Dazu liegt eine Antwort vor. Gibt es noch Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das damit erledigt.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“ AN/0235 /2010

Auch dazu liegt eine ausführliche Antwort vor. Gibt es Nachfragen? - Ebenfalls nicht.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Sprechverbote für Verwaltungsangestellte, -beamte und Dezernenten“ AN/0484/2010

Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Wir können diese Antwort nicht akzeptieren. Sie haben uns darin mitgeteilt, wie Sie Öffentlichkeitsarbeit machen. Das war aber gar nicht die Frage. Die Frage war, warum Sie Beigeordnete anweisen, dass sie zu bestimmten Themen keine Auskünfte geben dürfen.

Da wir uns jetzt in öffentlicher Sitzung befinden, will ich folgendes Beispiel nennen: Es gab im März eine Sitzung des Sozialausschusses, in der die zuständige Dezernentin zu zwei Punkten befragt wurde. Sie hat daraufhin gesagt, dass sie zu dem Thema Haushalt nichts sagen könne, und hat eine Dienstanweisung vorgelesen, aus

der ich nur schlussfolgern kann, dass die Dienstanweisung von Ihnen kommt. Ich wüsste sonst niemanden, der Frau Bredehorst eine Dienstanweisung geben kann. Das war die Frage, die wir gestellt haben. Ich bitte doch, Ihre Antwort noch einmal neu zu verfassen und uns konkret aufzuklären, welchen Hintergrund das hat und warum das so ist. Stichwort: Sozialausschuss, Sitzung vom 4. März. Auch der Ausschussvorsitzende hat gesagt, es sei nicht gut für den Ausschuss, wenn die zuständige Dezernentin sich nicht äußern kann. Das ist für den Ausschuss und die Ratsmitglieder nicht akzeptabel. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dazu werden Sie noch eine schriftliche Mitteilung erhalten.

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Ferienfahrten für Kinder und Jugendliche mit Köln-Pass“ AN/0540/2010

Es gibt keine weiteren Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.5:

4.5 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Kontrollen der bauzeitlichen Wasserhaltung am Waidmarkt“ AN/0547/2010

Ich gehe davon aus, dass es dazu noch Nachfragen gibt. - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Bredehorst, gut, dass wir nachgefragt haben. Allerdings ergeben sich aus den Antworten, die wir bekommen haben, ständig neue Fragen. Ich hatte das neulich schon einmal angemerkt, Herr Oberbürgermeister.

Auf unsere Frage, wie das denn mit den Pumparbeiten dort gewesen ist, antworten Sie, dass mit den Pumparbeiten begonnen wurde, ohne dass es dazu eine Anfrage geschweige denn eine Genehmigung gegeben habe. Das bedeutet rechtlich, dass diese von vornherein illegal gewesen sind. Wenn man dann fragt, was denn daraufhin passiert sei, erhält man die Antwort: Ja, da konnte gar nichts passieren; denn die haben ja schon gepumpt. Ich frage mich: Hätte diese Unzuverlässigkeit, dieses

illegale Verhalten nicht notwendigerweise dazu führen müssen, dass man vor Ort kontrolliert? Zuerst hatten wir gehört: Ja, wir haben vor Ort kontrolliert. Dann aber hörten wir in der Ausschusssitzung: Nein, wir haben das nicht vor Ort, sondern vom Schreibtischsessel aus kontrolliert. Deshalb fragen wir uns, was überhaupt kontrolliert worden ist. Wir wissen immer noch nicht, was zu welchem Zeitpunkt dort kontrolliert worden ist.

Ich darf ein Zweites anmerken: Die Überschreitungen bei der Wasserentnahme, die ja immerhin, wie der *Kölner Stadt-Anzeiger* aufgezeigt hat, 400 000 Kubikmeter, also das Volumen eines kleinen Sees, ausmachten, sind über ein Jahr lang, nämlich von Februar 2008 bis März 2009, vorgenommen worden. Ihrem neuerlichen Schreiben entnehmen wir, dass 98 Prozent der Wasserentnahmen, die mit den Überschreitungen von 43 Prozent des Erlaubten einhergingen und sowieso illegal waren, weil nur drei Brunnen genehmigt waren, aber 24 betrieben wurden, in diesen drei Monaten erfolgt sind: Dezember, Januar, Februar - Anfang März kam der Einsturz. Ich frage Sie, Frau Bredehorst: Würden Sie solche Entscheidungen heute wieder so treffen? Fragen Sie sich, warum sich denn Ihr pflichtgemäßes Ermessen nicht darauf gerichtet hat, eine einzige Kontrolle am Waidmarkt durchzuführen, nachdem Sie doch wussten, dass dort illegal und in Mengen abgepumpt wird?

Hat denn niemand bemerkt, dass im Rheinauhafen eine neue Insel entstand? Wir werden das überprüfen lassen. Wir werden beantragen, zu prüfen, woher dieser Sand kommt. Ich will heute nicht behaupten, dass das mit Sicherheit mit der U-Bahn-Baustelle zu tun hat. Die Staatsanwaltschaft wird sicherlich feststellen, ob das mit dem abgepumpten Wasser zusammenhängt. Die Pumpen waren ausgeschliffen und voller Sand. Dazu hat der *Stadt-Anzeiger* am 5. März gefragt, ob Ihnen bekannt sei oder Sie gemerkt hätten, dass diese Pumpen ausgeschliffen worden sind? Daraufhin haben Sie am 18. März gesagt: Nein, davon wissen wir nichts. Wissen Sie es denn jetzt, Frau Bredehorst? Haben Sie jetzt überprüft, was dort passiert ist? Und wissen Sie wirklich, welcher Sand wohin verbracht wurde und welches Loch daraus entstanden ist?

Ich will hier keine Behauptungen aufstellen; aber ich denke, die Staatsanwaltschaft wird, wenn das Besichtigungsbauwerk steht, bei den Ermittlungen genau prüfen, welche Sande dort abgepumpt worden sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die zweite Nachfrage kommt von Herrn Möring. Wie Sie wissen, sind nur zwei Nachfragen zulässig, die an und für sich von ein und derselben Person gestellt werden müssen.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein, von derselben Fraktion!)

Karsten Möring (CDU): Das Problem, Herr Oberbürgermeister, ist, dass es leider eine ganze Reihe von Nachfragen gibt. Wir sollten ein Verfahren finden, wie wir die klären. Wir haben uns in der Vergangenheit in Zusammenhang mit dem Unglück für die Beantwortung dieser Fragen und der Nachfragen sehr viel Zeit genommen. Wenn wir das jetzt sehr formal handhaben, würde das bedeuten, dass Thema über mehrere Sitzungen verteilen oder aber Sondersitzungen der jeweiligen Ausschüsse einberufen zu müssen. Deswegen habe ich die Bitte, dass ich zunächst einmal meine Nachfragen zu den mir wesentlich erscheinenden Fragen vortrage. Danach können wir immer noch darüber nachdenken, wie wir es mit der Beantwortung dieser Nachfragen halten wollen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich will es noch einmal sagen: Das Problem ist, dass § 14 unserer Geschäftsordnung vorsieht, dass zwei Nachfragen zulässig sind - ich will das auch großzügig handhaben -, nicht aber eine ganze Palette von Fragen. Um dies möglich zu machen, müssen wir andere Wege suchen.

Karsten Möring (CDU): In der Tat wäre nur die Einberufung einer Sondersitzung des Verkehrs- oder des Umweltausschusses, in der diese Themen dann in extenso diskutiert würden, ein gangbarer Weg. Diese Möglichkeit bestünde. Gleichwohl, lassen Sie mich auf zwei oder drei Punkte eingehen, die mir wesentlich erscheinen. Vielleicht kann man sie hier ja auch gleich klären.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wenn Sie sich nur darauf konzentrieren, haben Sie das Wort.

Karsten Möring (CDU): Eine Frage hatte Herr Granitzka eben schon angeschnitten. Da mit den

Pumparbeiten vor Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis begonnen worden ist, konnten Maßnahmen nicht veranlasst werden. So lautete die Antwort auf die Frage 5 a. Daraus ergibt sich die Frage: Ist in den ersten Berichten denn aufgefallen, dass mit den Pumparbeiten frühzeitig begonnen worden ist? Und wenn ja, wie war die Reaktion darauf? Denn: Wenn Maßnahmen nicht veranlasst werden konnten, setzt das ja voraus, dass man nichts davon gewusst hatte. An anderer Stelle wird allerdings gesagt, dass die Berichte regelmäßig, aber teilweise verspätet gekommen sind.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, nämlich die Antwort auf unsere Frage Nr. 8, welche Behörde für die Kontrolle zuständig ist. Diese Frage wurde sehr knapp beantwortet, nämlich: die Untere Wasserbehörde gemäß § 116 Landeswassergesetz. Dazu habe ich die Nachfrage, ob es in den einschlägigen Gesetzen noch andere Kontrollinstanzen außer den in diesem Gesetz festgelegten Behörden gibt, wobei mir jetzt nur die Untere Wasserbehörde, auch in der Konsequenz der Auflösung des Staatlichen Umweltamtes usw., bekannt ist. Also: Gibt es noch andere Stellen, die laut Gesetz zu solchen Kontrollen verpflichtet sind?

Der letzte Punkt, den ich gerne hier noch anschneiden möchte, ist: Es gab Pegelbrunnen außerhalb der Baustelle. Auch für diese mussten Berichte über den Wasserstand geliefert werden. Gab es in diesen Pegelbrunnen Auffälligkeiten bei den Grundwasserständen während der Überprüfungszeit, also von 2005 bis zum Tag des Unglücks?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Bredehorst, bitte.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Das meiste waren ja nur Anmerkungen, die Sie gegeben haben. Ich denke auch, dass wir eine sehr ausführliche Mitteilung im Hauptausschuss gehabt haben. Es ist eigentlich erschöpfend dargestellt worden, was seitens des Umweltamtes im Umweltrecht kontrolliert worden ist.

Ich möchte noch einmal auf die Frage nach anderen Behörden eingehen. Herr Möring, Sie wissen ganz genau, dass es einen Planfeststellungsbeschluss gibt. Zu diesem Planfeststellungsbeschluss, der durch die

Bezirksregierung Köln erlassen wurde - darüber ist ja gerade beim letzten Tagesordnungspunkt, also bei den Anträgen, ausführlich geredet worden -, gehörte auch die Wasserhaltung auf der Baustelle in Bezug auf Baustatik und Bauaufsicht.

Die hierfür zuständigen Überwachungsbehörden waren und sind die Bezirksregierung Köln, die Technische Aufsichtsbehörde Düsseldorf bei der Bezirksregierung Düsseldorf und die KVB. Welche Kontrollen sie veranlasst haben, kann ich Ihnen nicht sagen.

Ich möchte noch einmal Folgendes betonen: Die wasserrechtliche Erlaubnis deckt lediglich die umweltrechtlichen Aspekte der Grundwasserabsenkung bzw. Grundwasserförderung ab. Eine Prüfung und Bewertung der geotechnischen und hydraulischen Folgen einer Grundwasserabsenkung bzw. Grundwasserförderung nimmt die Genehmigungsbehörde für die wasserrechtliche Erlaubnis nicht vor und ist dementsprechend auch nicht Inhalt des Bescheides.

Gestatten Sie mir im Übrigen noch eine Anmerkung. Ich wundere mich ehrlich sehr über den Zeitpunkt Ihrer erneuten Anfrage und die nochmalige Aufwärmung Ihrer Anfrage hier im Rat - die Anfrage ist ja bereits im Hauptausschuss beantwortet worden -, weil sämtliche Sachverhaltsdarstellungen vor fast genau einem Jahr im Hauptausschuss und in umfangreichen Vorlagen schon längst erledigt worden sind.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein! Meine Fragen sind nicht beantwortet worden!)

Nun komme ich zu Ihrer letzten Frage nach den Pegelbrunnen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Vor einem Jahr habe ich Sie dasselbe gefragt! Vor einem Jahr!)

- Lassen Sie mich bitte die Frage beantworten. - Lassen Sie mich die Antwort auf die letzte Frage von Herrn Möring zu den Pegelbrunnen außerhalb der Baustelle bitte schriftlich nachtragen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit - -

(Karsten Möring [CDU]: Herr Oberbürgermeister, darf ich der

Verwunderung der Beigeordneten mit einer kurzen Bemerkung abhelfen?)

- Wir haben ja noch andere Gelegenheiten - entweder bei der nächsten Sitzung des Hauptausschusses, der im Grunde auch der Information speziell zu diesen Fragen dienen soll, oder auch in den sonstigen Ausschüssen. Wir sollten diese Anfrage damit hier auch zu Ende bringen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir kommen darauf zurück! - Karsten Möring [CDU]: Das sollte eine Antwort auf die Verwunderung der Beigeordneten sein!)

- Ach so. Ja, machen Sie das.

Karsten Möring (CDU): Frau Bredehorst, Grund für unsere erneute Nachfrage ist, dass wir einen anderen Sachverhalt haben - nicht was die Prüfung angeht, sondern was den Zusammenhang betrifft. Das ist damals nicht weiterverfolgt worden, weil sich die Überlegungen über die Unglücksursachen in einer anderen Richtung bewegten. Jetzt befassen wir uns aber erneut mit dem Thema Wasserhaltung. Das ist der Grund für unsere erneuten Nachfragen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. Danke schön für diese Erklärung. - Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 4.5 auch erledigt.

Jetzt kommen wir zu:

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „KAG-Beiträge Severinstraße“ AN/0552/2010

Hier stellt sich die Frage, ob die Beantwortung jetzt erfolgen soll oder in der nächsten Sitzung. - Herr Fraktionsvorsitzender, kann die Anfrage unter Tagesordnungspunkt 4.7 in der nächsten Sitzung des Rates beantwortet werden?

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja, einverstanden!)

- Einverstanden. Okay.

Dann sind wir am Ende der Anfragen und kommen zum Tagesordnungspunkt 5, Einwohner und Bürger. Darunter liegt nichts vor.

Ich möchte Frau Scho-Antwerpes bitten, mich freundlicherweise gleich für einige Zeit

abzulösen, nachdem ich jetzt viereinhalb Stunden hier gegessen habe.

Zunächst kommen wir aber zum Tagesordnungspunkt:

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln 5198/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer spricht sich gegen diese Vorlage aus? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Dann ist diese Satzung so beschlossen.

Nächster Punkt:

6.1.2 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln 0633/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist der Satzungsvorschlag so angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 6.1.3 und 6.1.4 sind abgesetzt.

Unter Tagesordnungspunkt 6.2, Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches, liegt nichts vor.

Wir kommen zu:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Tagesordnungspunkt 6.3.1 ist ebenfalls abgesetzt.

Jetzt machen wir einen fließenden Übergang.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

6.3.2 3. Änderungssatzung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln 1021/2010

Gibt es dazu noch Anmerkungen? - Ich sehe keine.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist gegen diese Verordnung? - Niemand. Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so angenommen.

Nun kommen wir zu:

6.3.3 Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2010 vom 18.12.2009 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen 0788/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Bei zwei Enthaltungen ist das mehrheitlich angenommen.

Unter Tagesordnungspunkt 6.4, Sonstige städtische Regelungen, liegt nichts vor.

Damit kommen wir zu:

7. Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2009 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 0928/2010

Das nehmen Sie alle so zur Kenntnis.

Unter Tagesordnungspunkt 8, Überplanmäßige Ausgaben, und Tagesordnungspunkt 9, Außerplanmäßige Ausgaben, liegt nichts vor.

Nun rufe ich auf:

10. Allgemeine Vorlagen

10.2 Kooperation zwischen dem Call-Center der Stadt Köln und der Stadt Leverkusen 3424/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann möchte ich auch darüber abstimmen lassen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Die Linke enthält sich. Dann ist das mehrheitlich angenommen.

10.3 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Instandsetzungsplanung für die Deutzer Brücke 4311/2009

Keine Wortmeldungen.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist das angenommen.

**10.4 Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes
hier: Einrichtung von Stellen für hauswirtschaftliche Unterstützungskräfte in städtischen Kindertagesstätten zum Gesundheitsschutz der Erzieherinnen und Verbesserung der pädagogischen Arbeit
4478/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Die FDP stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mehrheitlich angenommen.

**10.5 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Regionale 2010 Ottoplatz, Umgestaltung
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-1201-1-5041 Regionale 2010, Ottoplatz, Umgestaltung
0481/2010**

Dazu gibt es eine Wortmeldung. Bitte schön, Herr van Benthem.

Henk van Benthem (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir von der CDU werden diese Verwaltungsvorlage zur Umgestaltung des Ottoplatzes - es wird Sie nicht verwundern - ablehnen. Das haben wir schon in der Ratssitzung vom 5. Mai 2009 erklärt, bei der man unseren Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag nicht angenommen hat.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es an diesem Platz nicht ausreicht, acht Parkplätze nach dem Motto „Kiss and Ride“ - ich will das einmal als „Knutschen und Raus“ übersetzen - zu installieren. Beispielsweise haben wir heute ja schon mehrfach über Barrierefreiheit gesprochen. Wir glauben, dass das auch für einen solchen Parkplatz erforderlich ist - und

zwar nicht nur für Menschen, die behindert sind. Auch Menschen, die schlecht zu Fuß sind, zum Beispiel alte Menschen, haben nur noch die Chance, mit einem Taxi oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu diesem Bahnhof zu kommen. Der Bahnhof Köln Messe/Deutz wird dann der einzige internationale Verkehrsknotenpunkt sein, der nur mit einer Bahn zu erreichen ist.

Da sind wir nicht dabei. Wir betrachten das nach wie vor als Schildbürgerstreich. So etwas ist mit uns absolut nicht zu machen. Wir erwarten bei dieser Fläche nicht nur, dass sie stadtgestalterisch in Ordnung ist, sondern auch, dass sie als Verkehrsknotenpunkt richtig genutzt werden kann.

Ich will es jetzt nicht mehr allzu lang machen. Wir sind nicht allzu viele hier. Ich hätte Frau Tull, die im Verkehrsausschuss gefragt hat, warum wir dagegen seien, das sehr gerne erklärt. Dann bitte ich die Kollegen von der SPD, ihr das nachher einmal herüberzubringen. Ich habe alles gegeben.

Wir werden also auf jeden Fall diese Vorlage ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke, Herr van Benthem. - Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann möchte ich über die Beschlussvorlage unter Tagesordnungspunkt 10.5 abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Die CDU. Wer enthält sich? - Pro Köln. Damit ist das so beschlossen.

**10.6 Mitteilung über die Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2008/2009 der Stadt Köln in analoger Anwendung
hier: Städtebauliche Neuordnung Dionysoshof/Baptisterium, Durchführung eines moderierten Beteiligungsverfahrens für die Umgebung der Welterbestätte Kölner Dom
0568/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

10.7 Bericht über die öffentlichen Unternehmen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2008 - Beteiligungsbericht 2008 - 0706/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so angenommen.

10.8 Fördermitgliedschaft in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas 0771/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig angenommen.

10.9 Integrationsratswahl 2010 - Bildung des Wahlprüfungsausschusses 0792/2010

Hier steht Beschlussalternative 1 zur Abstimmung.

Ich möchte darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das angenommen.

10.10 Sporthalle Bocklemünd, Heinrich-Rohmann-Str. Generalsanierung der Halle Baubeschluss und Freigabe investiver Auszahlungsermächtigung in Höhe von 3 300 000,00 Euro im Hj. 2010 0321/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das einstimmig angenommen.

10.11 Wirtschaftsplan 2010 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 0543/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - CDU und FDP. Wer enthält sich? - Damit ist das mehrheitlich angenommen.

10.12 Neufestsetzung der Eintrittspreise des Gürzenich-Orchesters Köln ab

Spielzeit 2010/11 in der Kölner Philharmonie 0593/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist das angenommen.

10.13 Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ 0832/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann möchte ich abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig angenommen.

10.14 Römerstraßen im Rheinland, „Themenpunkt“ im Römisch-Germanischen Museum im Rahmen der EuRegionale 2008/Regionale 2010 „Erlebnisraum Römerstraßen“ 0589/2010

Darüber möchte ich abstimmen lassen wie Anlage 1, Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 9. März 2010.

Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe keine. Dann ist das einstimmig angenommen.

10.16 Einführung einer Kulturförderabgabe 0674/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer spricht? - Die CDU wollte sprechen. - Wenn die CDU nicht will, gebe ich Herrn Houben das Wort. Bitte schön.

Reinhard Houben (FDP): Vielen Dank. - Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Börschel, ich glaube, dass wir doch die Chance nutzen sollten, uns kurz über dieses Thema auszutauschen; denn im Rahmen der Entwicklung dieser sogenannten Kulturförderabgabe - ich würde es einmal als Kölner Sondersteuer bezeichnen - haben wir in der öffentlichen Diskussion wieder einige Bemerkungen gehört, die den Eindruck vermitteln, mit dieser Kulturförderabgabe würden erstens die Kultur in Köln gerettet und zweitens die finanziellen Probleme der Stadt Köln gelöst. Beides ist ja nun eindeutig nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Vorlage zeigt, wie man bei genauem Lesen feststellt, eigentlich schon die Schwäche und die Unsicherheit, die auch die Verwaltung bei der Einführung dieser Kulturförderabgabe hat.

So steht in der Vorlage, dass die jährlichen Einnahmen zwischen 11 und 22 Millionen liegen sollen. Ich frage mich: Was denn nun? Was wollen wir erreichen?

Außerdem steht darin natürlich eindeutig, wie es auch Gesetz ist, dass diese Einnahmen nicht gezielt für die Kultur oder den Tourismus oder irgendetwas anderes eingesetzt werden. Vielmehr fließen sie ganz einfach erst einmal in den allgemeinen Haushalt. Das Ganze ist also ein Kölner Sonderweg, um ein bisschen Geld für die Stadtkasse einzusammeln.

Motiviert dazu wurde man vor allen Dingen durch eine nach der Bundestagswahl entstandene Diskussion um die angebliche Sonderbevorzugung von Übernachtungsdienstleistungen, und zwar natürlich insbesondere von Großbetrieben.

Wir müssen uns einmal vor Augen halten, dass ungefähr 75 Prozent der Hoteliere in Köln einen Umsatz von 500 000 Euro und weniger machen. Das sind sicherlich nicht die Großunternehmen, die in der Kampagne gemeint worden sind, sondern kleine oder mittelständische, häufig durch Familien geführte Unternehmen, die sehr wohl davon profitieren würden, wenn sie ihre Preise ein wenig senken könnten und mehr in ihre Hotels investieren könnten. Wir wissen doch um die sehr enge Lage hier in Köln. Es werden noch weitere große Kettenhotels eröffnet. Wir wissen, wie schwer die Situation dieser privaten Hoteliere ist. Man hätte ihnen also ein wenig Spielraum geben können.

Es ist auch nicht so - das schwang in der Diskussion um diese sogenannte Kulturförderabgabe ja ebenfalls mit -, dass die Mehrwertsteuersenkung eine exklusive Erfindung der FDP oder der schwarz-gelben Koalition in Berlin ist.

Frau Bürgermeisterin, ich darf hier zum Beispiel kurz den Abgeordneten Dr. Martin Runge von den Grünen zitieren. Er hat erklärt:

GRÜNE im Bayerischen Landtag PRO 7 % - Sieben Prozent Mehrwertsteuer auf Gastfreundschaft

Wir, die Landtagsfraktion der GRÜNEN, können diese Forderung nach bestem Wissen und Gewissen unterstützen.

(Beifall bei der FDP - Ulrich Breite [FDP]: Hört, hört!)

Ferner ist in den Tourismuspolitischen Leitlinien der SPD festgehalten, die SPD wolle sich für einen ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent unter anderem auch für Hotellerie und Gastronomie stark machen.

(Ulrich Breite [FDP]: Hört, hört!)

Herr Börschel, ich hoffe, dass Sie gleich selbst noch in die Bütt steigen werden. Sie haben ja eine ganz schlaue Anfrage im Landtag zu diesem Thema gestellt. Die Antwort liegt uns auch vor.

(Martin Börschel [SPD]: So etwas lesen Sie?)

- Ja. Ein bisschen machen wir uns schon schlau, bevor wir in die Bütt gehen. Trauen Sie uns das zu? Ich glaube schon. Vielen Dank.

(Peter Kron [SPD]: Ein bisschen!)

Ihrer Anfrage haben Sie ein bisschen darauf gehofft, Flankierung von der Landesregierung oder vom Landtag für Ihr Thema zu bekommen. Diese Flankierung haben Sie nicht erhalten.

Insgesamt ist festzuhalten: Wir schwächen unsere Gastronomiebetriebe ganz speziell und nur in Köln; denn im Rhein-Erft-Kreis, im Rheinisch-Bergischen Kreis, im Oberbergischen Kreis, in Düsseldorf und in Bonn sind die Hoteliere natürlich nicht davon betroffen. Und glauben Sie nicht, dass Konsumenten nicht so beweglich sind, dieser Sondersteuer zu entgehen.

Besonders pikant ist Folgendes - da werden wir noch viel Freude bekommen, meine Damen und Herren -: Wie aus der Vorlage hervorgeht, weiß die Stadtverwaltung im Moment noch gar nicht, mit welchem Computerprogramm sie diese Steuer eigentlich erheben möchte. Sie möchte dann eines der vorhandenen Steuerveranlagungsprogramme anpassen. Das finde ich sehr pikant.

Da es nicht nur um Übernachtungen geht, sondern diese Steuer auch entsteht, wenn man sich tagsüber ein Hotelbett mietet, empfehle ich Ihnen, zu prüfen, ob möglicherweise eine gewisse Verquickung von Sexsteuer und Bettensteuer möglich ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Vielleicht können Sie hier finanziell optimieren und unsere Vater- oder Mutterstadt in der deutschen Diskussion wieder einmal ein bisschen dumm aussehen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen.

(Jörg Uckermann [pro Köln] meldet sich zu Wort - Martin Börschel [SPD] schaut Winrich Granitzka [CDU] fragend an)

- Ich habe gewartet. Wer denn jetzt zuerst? Herr Börschel?

(Martin Börschel [SPD]: Herr Granitzka wollte seine Rede zu Protokoll geben! - Winrich Granitzka [CDU]: Nur wenn du deine Rede auch zu Protokoll gibst! - Martin Börschel [SPD]: Ich rede! - Winrich Granitzka [CDU]: Dann rede ich auch! - Jörg Uckermann [pro Köln]: Man sollte erst einmal die Geschäftsordnung lesen, bevor man Ratssitzungen leitet! Unerhört! - Gegenruf von Reinhard Houben [FDP]: Sie haben nicht den Versammlungsleiter oder die Versammlungsleiterin permanent zu kritisieren! Gucken Sie doch einmal in die Geschäftsordnung!)

Bitte schön, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank. - Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Houben, Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich dann doch noch das eine oder andere ausführen will, wiewohl zu dem Thema der Kulturförderabgabe schon vieles gesagt und geschrieben worden ist. Einige der Punkte, die Sie angesprochen haben, sollte man hier aber noch einmal kurz debattieren.

Erster Punkt: Sie haben hier davon gesprochen, dass die Kulturförderabgabe, die uns die Verwaltung jetzt zur Beschlussfassung vorschlägt, ein bisschen Geld für die Stadtkasse bringe. Angesichts der dramatischen Finanzsituation, in der Köln steckt - insbesondere in diesem Jahr werden wir ein ganz riesiges, dreistelliges Millionenloch haben -, mögen Sie mit der Behauptung recht haben,

dass eine solche Kulturförderabgabe weder die Kultur noch den Tourismus noch den Haushalt Kölns insgesamt rettet oder diese Lücke auf null schließt. Vor dem Hintergrund, dass wir momentan sehr viele Vereine, Träger und Institutionen haben, die angesichts dieser desaströsen Finanzlage bangen und überlegen, wie man jetzt eigentlich noch über die Runden kommen kann und welche Auswirkungen diese Haushaltsplanberatungen - zu denen Kollege Breite gestern im Finanzausschuss auch schon viel Richtiges gesagt hat - eigentlich auf viele in dieser Stadt haben, halte ich es aber schon für ziemlich zynisch, wenn man es nicht gut findet, dass wir hier wenigstens zwischen 11 und 22 Millionen Euro Einnahmen generieren. Jeder Euro, den man auf vernünftige, marktkonforme Art und Weise mehr in diese Stadtkasse bekommt, ist eine gute Einnahme. Das ist eine gute Lösung, der Sie deswegen auch zustimmen sollten. Es ist zynisch, dass Sie das anders sehen.

(Beifall bei der SPD)

An der dramatischen Finanzsituation ist im Übrigen zu einem Teil auch die derzeitige Landesregierung schuld. Auch Bundesregierungen jedweder Couleur sind dafür verantwortlich. Ich will das ganz klar sagen. Wir werden in den nächsten Wochen von der Stadtverwaltung noch eine Auflistung bekommen, aus der hervorgeht, was die Beschlüsse beispielsweise des Landtags und der Landesregierung der letzten Jahre für den Kölner Haushalt bedeuten.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

- Fortgeschrieben werden wir das noch bekommen. Das wird es noch viel aktueller geben.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Herr Sterck, alle waren nicht dagegen. Das gilt also für jede Partei und jede Ebene in gleicher Weise. Sie finden in mir aber auch immer einen Verbündeten, wenn es darum geht, zu sagen, dass es eine schlechte Seite aller Bundesregierungen, vor allem aber der letzten und jetzt aktuellen Landesregierung ist, hier die Kommunen, die Städte und Gemeinden, über Gebühr zu belasten, indem man ihnen ständig Aufgabe um Aufgabe überträgt, ohne gleichzeitig die notwendige Finanzausstattung mitzuliefern.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das wird die Verwaltung auf diese Anfrage hin noch einmal dokumentieren.

Das heißt auch, dass die jetzige, aktuelle Regierung Rüttgers/Pinkwart hier wirklich eine Menge Schädliches für die Städte und Gemeinden, aber eben auch Köln getan hat.

Zweiter Punkt: Herr Kollege Houben, Sie haben versucht, deutlich zu machen, die Mehrwertsteuersenkung für Hoteliers, die Sie gesetzlich verankert haben, sei ja keine exklusive Forderung der FDP gewesen. Damit haben Sie insofern recht, als dass in den Koalitionsverhandlungen, wenn ich mich richtig erinnere, neben Ihnen von der FDP auch die CSU besonders darauf gedrungen hat.

Es ist aber doch weniger entscheidend, welche Einzelstimmen oder meinetwegen auch Fachstimmen aus einzelnen Lobbybereichen es in den Parteien mal gibt. Herr Kollege Houben, wenn ich Ihnen jede Einzelmeinung von Frau Kirchmeyer, Herrn Wolf oder Herrn Breite als Meinung der FDP in Köln vorhalten würde, hätten Sie eine Menge zu tun.

(Ralph Sterck [FDP]: Das können Sie!)

Deswegen sage ich Ihnen ganz klar: Entscheidend ist doch auch an dieser Stelle, was hinten herauskommt. Wird eine solche Forderung Gegenstand eines Regierungsprogramms, eines Koalitionsvertrages und am Ende Gesetz? Sie können kein einziges Beispiel liefern, dass es irgendjemand anderen als CDU/CSU und FDP gibt, die dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit diesen Elementen durchsetzen wollten. Das haben Sie gemacht und niemand anderes. Das sollten Sie auch zugeben.

(Beifall bei der SPD - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 20 Milliarden Euro Entlastung für die Familien!)

Sie haben darauf hingewiesen, dass die Einführung einer Kulturförderabgabe ein Kölner Sonderweg sei. Sie haben insofern recht, als dass wir nach Weimar die zweite deutsche Stadt wären, die jetzt in dieser dramatischen Finanzlage zu diesem Schritt greift und diesen Weg gehen möchte.

Ich bin aber ganz sicher - darauf gebe ich Ihnen Brief und Siegel -, dass wir nicht die Letzten sein werden, die diesen Weg beschreiten. Die Stadtverwaltung und auch wir als politische Fraktionen wissen, dass es in nordrhein-

westfälischen Städten, aber auch in anderen bundesdeutschen Städten eine Menge Kolleginnen und Kollegen gibt, die sich sehr für diesen Weg interessieren. Sie haben den Kölner Satzungsentwurf angefordert und bei uns nachgefragt: Was macht ihr da? Wie macht ihr das? Übrigens sind sie natürlich auch mit uns in die Diskussion über die Frage gekommen, wie man so etwas rechtskonform umsetzt. Deswegen bin ich ganz sicher, dass viele darauf warten - insbesondere vor dem Hintergrund der Genehmigung durch die Landesregierung -, welches Schicksal unsere Kulturförderabgabe nehmen wird. Dann wird Köln nicht alleine bleiben. Vielmehr wird der Damm mit dem heutigen Beschluss gebrochen sein.

Ich kann auch darauf hinweisen - ein bisschen kratzt es ja fast an der Ehre -, dass der Duisburger Stadtrat gestern im Rahmen einer Haushaltsplanbeschlussfassung eine Kulturförderabgabe für Duisburg auf den Weg gebracht hat. Dort ist man zwar mit dem Satzungsbeschluss noch nicht so weit wie wir heute. In Duisburg - Sie wissen, wie dort die politischen Verhältnisse sind - hat man sich gestern aber mit Mehrheit auf den Weg einer Kulturförderabgabe verständigt.

Dritter Punkt - das will ich mit Blick auf die Uhr noch sagen -: Sie haben mir unterstellt, irgendeine angeblich kluge Anfrage gestellt zu haben. Meistens stellt man Anfragen ja dann, wenn man gerade nicht klug ist, sondern etwas wissen will. Ich wollte mich in der Tat von der Landesregierung klüger machen lassen. Deshalb habe ich sie gebeten, doch einmal mitzuteilen, was sie denn mit der Kölner Kulturförderabgabe tun würde. Leider ist die Landesregierung ausgewichen und hat erklärt: Das erzählen wir Ihnen nicht; jedenfalls nicht, bevor der Stadtrat von Köln eine solche Satzung beschlossen hat - was wir ja hoffentlich heute tun werden.

Was machte mich aber so hoffnungsvoll, dass die Landesregierung nicht nur ausweichend, sondern ehrlich und ergebnisklar antworten würde? Die Äußerungen des Ministerpräsidenten und des stellvertretenden Ministerpräsidenten! Beide waren es nämlich - zunächst Herr Pinkwart und am selben Tag nachgeklappert der amtierende Ministerpräsident Rüttgers -, die sich dem langen Reigen der Kritiker aus den eigenen Reihen an bestimmten Teilen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes angeschlossen haben und gesagt haben: Vor allem die Mehrwertsteuersenkung für Hotels ist vielleicht doch nicht ganz das Wahre.

Und ist es nicht Herr Ministerpräsident Rüttgers, der jetzt lautstark durch die Lande läuft und erklärt, mit ihm werde es niemals zu Steuersenkungen auf dem Rücken der Städte und Gemeinden kommen; solange er hier Ministerpräsident sei, werde es das nicht geben? Ich kann Ihnen sagen: Das mag sein. Weitere Bundesratsentscheidungen stehen bis zum 9. Mai dieses Jahres meiner Kenntnis nach auch nicht an.

Das ist aber doch genau der Punkt. Die beiden sind umgefallen. Aus Angst vor der Wählerschaft und aus Angst vor den eigenen Beschlüssen, denen sie ja zugestimmt hatten, haben die Herren Pinkwart und Rüttgers am Ende versucht, die Volte zu vollziehen und zu sagen: Außer Spesen nichts gewesen! Was geht mich mein dummes Geschwätz von gestern an? - Was ist passiert? Das Duo Merkel/Westerwelle hat beide ausgebremst. Jetzt sind sie so klein mit Hut und müssen plötzlich doch wieder für das sein, wofür sie ursprünglich waren und zwischendurch nicht sein wollten. Das ist doch genau der Punkt, den man hier debattieren muss.

(Beifall bei der SPD)

So ist es. So kommt es. Wir werden diese Abgabe beschließen.

Ich kann den Ministerpräsidenten und den stellvertretenden Ministerpräsidenten nur sehr deutlich auffordern, jetzt Farbe zu bekennen, den Kölner Weg und den Weg der Städte und Gemeinden zu unterstützen und die Genehmigung zu erteilen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass ich nicht sicher bin, ob sie das tun werden. Wenn sie es nicht tun, werden wir weiter agieren, und zwar auf allen Ebenen, die uns zur Verfügung stehen. Auf die Debatte freue ich mich jedenfalls. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich jetzt nicht mehr reden. Ich denke aber, dass ich doch einmal nach hier vorne kommen sollte, wenn Sie die Sitzung leiten.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Charmeur! -
Martin Börschel [SPD]: Du kannst ihr

auch anderswo nah sein, Winni! Soll ich etwas arrangieren?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Börschel, lassen Sie mich die Zahlen noch einmal richtig darstellen. Die Stadt Köln wird ungefähr 300 000 Euro - maximal 380 000 Euro - Steuern weniger einnehmen, und Sie wollen hier den Menschen 12 Millionen Euro abnehmen. Das heißt: Sie haben dies nur als vordergründigen Anlass genommen - Sie haben es ja eben auch gesagt -, Geld zu generieren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Räuber!)

Ich frage mich: Wann führen Sie denn eine Fenstersteuer ein? Die hat es unter Napoleon ja schon einmal gegeben. Damals wurden die Fenster immer kleiner, weil die Steuer größer wurde.

Wenn Sie Geld generieren wollen, lassen Sie sich bitte etwas anderes einfallen, aber schwächen Sie nicht die Wirtschaftskraft dieser Stadt.

Wir sind natürlich der Meinung, dass das, was Sie an dieser Stelle vorhaben, verfassungswidrig ist. Das wird ja geklärt werden; das wird festgestellt werden.

Wir glauben allerdings, dass Sie hier ausschließlich mit dem Ziel agieren, ein bisschen Obstruktion in Richtung Berlin zu betreiben.

Ich kann also feststellen, dass das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz hier zu kaum spürbaren Verschlechterungen geführt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Das glaubst du doch selber nicht! Stell dich doch nicht dümmer!)

- Doch. Es sind maximal 380 000 Euro. - Ihre Argumentation, man müsse einen Ausgleich für die städtischen Mindereinnahmen generieren, ist angesichts des Unterschieds zwischen 300 000 Euro und 12 Millionen Euro nichts als scheinheilig, unsozial und unwirtschaftlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP -
Martin Börschel [SPD]: Das haben wir nie behauptet, Herr Kollege!)

Mit dieser scheinheiligen, unsozialen und unwirtschaftlichen Maßnahme erreichen Sie überhaupt nichts für diese Stadt. Es wird Ihnen auch nicht gelingen. Da mögen Sie Düsseldorf und sonst noch wen zitieren.

Wir werden sicherlich feststellen, dass Sie sich dann doch wieder eine andere Steuer aussuchen müssen. Wahrscheinlich wird es nach dem 9. Mai dieses Jahres ja die Gewerbesteuer sein - und vielleicht noch etwas anderes. Denken Sie noch einmal über die Fenstersteuer nach. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Granitzka. - Herr Detjen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Hallo!)

- Ach, Herr Uckermann. Stimmt.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Da liegt es ja wieder an mir, jetzt die Sache zu erklären.

(Herbert Gey [CDU]: Er rettet wieder die Welt!)

- Ich rette nicht die Welt. Ich verhindere nur, dass Sie Chaos anrichten. Das reicht mir schon. Ich brauche niemanden zu retten. Ich sage nur, was hier Sache ist. Von uns von pro Köln wird ja immer verlangt, dass wir die Politik den Menschen wirklich nahebringen und ihnen erklären, was hier los ist.

Und wenn einen die Bürger fragen, was es denn mit dieser kölschen Bettensteuer auf sich hat, muss man ihnen sagen: Das ist eine Spezialform von sozialdemokratischem Extremismus. Diese Leute gehen davon aus, dass das komplette Einkommen, das ein Bürger hat, grundsätzlich dem Staat gehört. Wenn denn der Staat die Steuern senkt, dann nennt man das Geschenk. Man bezeichnet also das, was man dem Bürger geklaut hat und was einem eigentlich nicht zusteht, als Geschenk. Genau das ist hier der Fall.

Eben ist hier richtig gesagt worden, dass die Bundesländer, die vom Tourismus profitieren, ein Interesse daran haben, dass die Bürger sich auch eine entsprechende Übernachtung leisten können.

An dieser Stelle geht es natürlich auch um eine Harmonisierung mit EU-Recht. Es kann doch nicht sein, dass Sie als deutscher Bürger und insbesondere als Kölner schlechtergestellt werden.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch noch einmal an die Kleinstaaterei, die wir hier vor Jahrhunderten hatten. Jetzt fangen Sie in jeder Kommune an, irgendwelche Sondersteuern zu erheben. Demnächst muss man sich, wenn man im eigenen Land Urlaub machen will, irgendwelche Lektüre über gegebenenfalls vorhandene Sondersteuern durchlesen; sonst ist das überhaupt nicht möglich.

Dieser Sonderform der Kleptokratie können wir von der Bürgerrechtsbewegung pro Köln natürlich in keiner Weise zustimmen - zumal sich hier die Frage stellt: Was kommt denn tatsächlich für die Stadt Köln dabei herum? Hier ist überhaupt noch nicht angesprochen worden, dass die Stadt Köln selber neue Kaderstellen in der Verwaltung schaffen muss, um diese Summe einzutreiben. Uns hat diese Vorlage immer noch nicht davon überzeugt, dass unter dem Strich tatsächlich etwas übrig bleibt, um dann wirklich das Geld aus dem Haushalt heraus für die Kulturförderung auszugeben. Das ist überhaupt noch nicht geklärt.

Uns macht nur hoffnungsfroh, dass die Bedenken in Bezug auf die Verfassungsmäßigkeit, die wir auch haben, noch geklärt werden müssen. Die Verwaltung teilt hier ja selber mit, dass diese Regelungen erst Kraft treten, wenn auch die höheren Behörden zugestimmt haben. Und ich gehe fest davon aus, dass das nicht der Fall sein kann.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt ansprechen. Hier ist eben gesagt worden, das Ganze betreffe nur den Mittelstand. Nein, es betrifft nicht nur den Mittelstand, sondern selbstverständlich auch die großen Ketten, die europaweit oder sogar weltweit entsprechende Betten anbieten und die Häuser haben, in denen Kongresse stattfinden.

Es gibt in der Tat Mitarbeiter von Konzernen, die 30 000 Übernachtungen weltweit verwalten. Sie fordern von den Hotels entsprechende Listen an. Künftig wird darin hinter den Preisen für Deutschland ein Sternchen stehen, das auf die Fußnote „gilt nicht für Köln“ verweist. Dann kann es sein, dass das eine oder andere Haus - -

In diesem Zusammenhang empfehle ich Ihnen einmal einen Besuch in den Häusern der großen Hotelketten, die wir hier haben, um zu erfahren, was denn die Mitarbeiter dazu sagen. Das können Sie dort ganz klar hören. Fragen Sie die Leute einmal. Ich nenne hier keine Namen. Sie wissen aber, welche Häuser ich meine. Die

haben gar keine gute Meinung von dem, was Sie an dieser Stelle machen.

Wir schließen uns selbstverständlich dieser Meinung an. Sie machen hier nur eine Show, um eine gewisse Klientel vor der Landtagswahl zu befriedigen, die Sie vielleicht mit Ihren komischen Beschlüssen zum Neubau des Opernhauses verprellt haben. Diese Leute wollen Sie locken, indem Sie ihnen sagen: Wir besorgen euch das Geld; wir saugen die Leute schon kräftig aus und geben euch diese Mittel.

Das wird durchschaut. Wir von der Bürgerbewegung pro Köln werden das den Bürgern auch so vernünftig erklären.

(Zuruf: Das will keine Sau hören!)

Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Frau Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Ihr Kämmerer Soénius hat vor einigen Jahren die von Herrn Granitzka angesprochene Fenstersteuer eingeführt. Er hat sie Sexsteuer genannt. Das war, um einmal mit der FDP zu sprechen, ein Sonderweg. Den Vergleich zwischen dem Fenster und der Sexsteuer kann man ja durchaus ziehen. Das heißt, dass Sie genau die Politik zur Akquirierung von Einnahmen betrieben haben, die Sie jetzt der SPD und den Grünen vorwerfen. Insofern finde ich das nicht ganz richtig. Ihre Sexsteuer bringt ungefähr 1 Million Euro ein. Wir wollen einmal hoffen, dass die Kulturförderabgabe zu Einnahmen von 6 oder 7 Millionen Euro führt. Aber so weit ist es ja noch nicht. - So viel zu dem Thema des Sonderweges, den Sie selbst eingeschlagen haben und den genau Ihr Kämmerer umgesetzt hat.

Wir haben damals dieser Steuer zugestimmt. Der Kulturförderabgabe von SPD und Grünen werden wir ebenfalls zustimmen. Wir haben in Köln nämlich ein strukturelles Defizit. Wir haben einfach viel zu wenige Einnahmen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Deswegen unterstützen wir diesen Kurs, um mehr Einnahmen zu akquirieren.

(Zuruf: Wie wäre es denn einmal mit Sparen?)

Ich hoffe, dass auch die SPD und die Grünen den Weg beschreiten, sich mit der Landesregierung anzulegen, wenn das nicht konform geht. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich glaube auch, dass die CDU nur deshalb sauer ist, weil sie gedacht hatte, die Kulturförderabgabe sei dazu da, ihren komischen Tunnel zu finanzieren. Nun gut.

Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn der Abend schon fortgeschritten ist, möchte ich noch zwei Anmerkungen machen.

Es wird immer gerne vom Kölner Sonderweg geredet. Das ist ziemlicher Unfug. In vielen westeuropäischen Städten gibt es solche Abgaben, die von Touristen und Besuchern erhoben werden. Sie nennen sich - das sage ich für diejenigen, die sich vielleicht einmal damit befassen wollen - Location Tax oder City Tax.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein, Herr Frank!)

- Herr Klipper, da müssen Sie sich auch einmal kundig machen. Das ist die Mindestvoraussetzung. Sie können sich aber noch einmal melden.

Kurz und gut: Diese Art von Abgaben gibt es bereits. Insofern ist das auch keine Besonderheit. Die Besonderheit kommt nur dadurch zustande, dass die neue schwarz-gelbe Chaos-Regierung mit ihrer Steuergesetzgebung wiederum sehr verschärft die Kommunen beutelt; denn man muss das Gesetz ja von seiner Gesamtwirkung her sehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau! 20 Milliarden Euro für die Familien, Herr Frank! Da haben Sie vollkommen recht!)

Und vor diesem Hintergrund ist dies eine sinnvolle Gegenwehr.

Selbst in Ihrer eigenen Partei ist diese Dankeschön-Absenkung der Mehrwertsteuer nicht besonders beliebt. Ich zitiere hier das Mitglied des Bundestages Wolfgang Bosbach von der CDU. Auf die Frage, wie er diese Spezialabsenkung für die Hotels finde, hat er in *FOCUS Online* am 5. Dezember 2009 ausgeführt:

Es handelt sich hierbei um eine klassische politische Entscheidung. Und den Begriff politische Entscheidung verwenden wir, wenn wir keine überzeugenden Sachargumente haben.

Das sagt eigentlich alles. Insofern können Sie hier ruhig mitstimmen. Es ist eine vernünftige Korrektur.

Sie können sicher sein: Wenn dies heute beschlossen ist, werden im Umland, in dem ja oftmals die CDU die Bürgermeister und Landräte stellt, alle mitziehen. Es wird darauf hinauslaufen, dass es in der gesamten Region eine solche Abgabe geben wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Ralph Sterck [FDP]: Ich bin gerne bereit, dagegen zu wetten!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frank, nennen Sie mir den Preis. Ich bin gerne bereit, gegen die Einschätzung zu wetten, die Sie gerade abgeben haben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich mache Schiedsrichter!)

Wir können das gerne machen. Sie können den Zeitraum festlegen - nach zwei Jahren, nach fünf Jahren; kein Problem. Ich bin gerne bereit, jede Summe dagegen zu wetten.

(Martin Börschel [SPD]: Oh!)

Den Wettbewerbsnachteil, den wir als Deutsche in unserem Hotelleriegewerbe gegenüber den Nachbarländern haben und der sich bisher zwischen Aachen und Eupen oder zwischen Aachen und Maastricht abspielte, holen wir uns jetzt nämlich direkt vor die Stadtgrenze. Demnächst haben Sie ihn zwischen Köln und

Pulheim oder zwischen Köln und Bergisch Gladbach.

Dann werden sich die Bürgermeister der Kommunen um Köln herum ins Fäustchen lachen. Sie werden niemals zulassen, dass Ihnen dieser Vorteil, den sie dann bei der Unterbringung von Gäste, beispielsweise auch Kölner Messegästen, haben, wieder genommen wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die haben alle die gleiche Finanznot!)

Deswegen kann ich das nicht nachvollziehen, was sich die Salonsozialisten wie Herr Detjen oder die Sozialdemokraten wie Herr Börschel hier vorstellen.

Herr Detjen, Sie sagen ja, wir hätten zu wenige Einnahmen. Darüber, dass wir in dieser Stadt vielleicht zu viele Ausgaben haben, haben Sie wahrscheinlich noch nie nachgedacht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und pro Köln - Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Es wurden Millionen in den Sand gesetzt!)

Zur Erhöhung der Einnahmen kann man noch vieles tun. Wir haben die Zweitwohnungssteuer eingeführt. Wir haben die Sexsteuer eingeführt. Wir haben die maximale Vergnügungssteuer eingeführt. Wir beschließen jetzt eine Bettensteuer. Irgendwann kommen Sie wahrscheinlich mit einer Getränkesteuer. Da kann man sich noch vieles einfallen lassen.

Herr Börschel hat im Grunde auch die Maske fallen lassen, als er gesagt hat: Mit Kulturförderung hat das, was wir hier machen, eigentlich nicht viel zu tun; die Einnahmen fließen in den eigenen Haushalt.

(Martin Börschel [SPD]: Was Sie sagen, entspricht nicht der Wahrheit! Das ist infam!)

Es ist doch klar, dass der Markt darauf reagieren wird. Die Leute werden sich dann die günstigeren Hotels in der Umgebung nehmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die sind doch gar nicht günstiger!)

Welche Auswirkungen das auf die Hotellerie in Köln hat, welchen Schaden Sie damit verursachen und wie viele Arbeitsplätze das kostet, haben Sie noch nicht berücksichtigt. Daher ist das, was Sie hier machen, ein großer Fehler.

Herr Börschel, ich bin auch auf die von Ihnen angekündigte Auflistung gespannt, aus der hervorgeht, was die Beschlüsse des Bundes und des Landes der letzten Jahre für den Kölner Haushalt bedeuten. Die Bundesfinanzminister der letzten elf Jahre waren nämlich nicht von der FDP und auch nicht von der CDU, sondern sind von der SPD gestellt worden. Und die von ihnen eingeführte Hartz-Gesetzgebung ist das, was den Kommunen das Genick bricht - und nicht das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Der Kollege Granitzka hat mit Recht darauf hingewiesen, dass es hier nur marginale Auswirkungen hat. Der Kollege Breite hat mir hier eben auch die Mitteilung aus dem Finanzausschuss vom 1. Februar 2010 vorgelegt. Darin heißt es, die Auswirkungen im Bereich der Umsatzsteuer seien wegen des geringen Gesamtbetrages zu vernachlässigen. Das entspricht also dem, was der Kollege Granitzka eben schon gesagt hat.

Herr Börschel, ich habe mich sehr über das gewundert, was Sie zu den Aussagen gesagt haben, die bestimmte Sozialdemokraten und bestimmte Grünen immer wieder einmal getroffen haben. Sie wissen auch, dass es hier entsprechende Beschlüsse Ihrer Parteien - bis hin zu den Linken - gegeben hat.

(Martin Börschel [SPD]: Bei uns gibt es einen solchen Beschluss nicht!)

Die FDP hat diesen Punkt im Programm gehabt. Wir haben ihn umgesetzt.

In diesem Zusammenhang hat Herr Pinkwart seine Kritik mit Recht vorgebracht. Hier hat die Gefahr gedroht, dass wegen des Frühstücks, das mit hineingerechnet wurde, ein bürokratisches Monstrum entsteht. Herr Pinkwart hat erreicht, dass an dieser Stelle entbürokratisiert wird.

(Martin Börschel [SPD]: Quatsch! Herr Pinkwart hatte Panik vor der Landtagswahl! Herr Pinkwart hat Angst, dass er demnächst nicht mehr Minister ist!)

Sie können uns auch beim Wort nehmen. Die Steuersenkung für die Hotels war der Einstieg. Wir wollen das Gleiche auch für die Gastronomie. Dort wird es ebenfalls eine Kommission geben, die das ganze Sortiment in Bezug auf die Differenzierung zwischen 19 und 7 Prozent entsprechend überprüft.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das will die Bundeskanzlerin aber nicht!)

Denn es macht doch keinen Sinn, dass Sie bei McDonald's gefragt werden, ob Sie es vor Ort essen oder ob Sie es mitnehmen, und einmal 19 Prozent und einmal 7 Prozent Mehrwertsteuer fällig werden. Das wird überprüft. Dieses Versprechen, das wir unseren Wählerinnen und Wählern vor der Bundestagswahl gegeben haben, werden wir einhalten. Da können Sie sicher sein.

Was die von Herrn Houben angesprochene Antwort der Landesregierung auf die Anfrage von Herrn Börschel angeht, habe ich auch die Hoffnung, dass der Innenminister die Kölner Bettensteuer nicht genehmigt - und damit Ihre Finanzpolitik ausbremst, die darin besteht, dass Sie immer neue Steuern erfinden, mit denen Sie den Standort Köln teuer machen. Damit gefährden Sie doch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt im Vergleich zum Umland und zu Städten wie Bonn oder Düsseldorf, die sich darüber freuen, wenn Sie hier so etwas einführen.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nun erteile ich dem Beigeordneten das Wort.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Welchen Hut hat er jetzt auf?)

Stadtkämmerer/Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Ich werde jetzt als Wirtschaftsdezernent und als Kämmerer etwas sagen.

Erster Punkt: Ich finde es ganz amüsant, dass hier der Eindruck erweckt wird, als seien die Preise bei den Hotelketten im Moment überall gleich und als würden sie durch eine Kulturförderabgabe dann in Köln höher sein. Derzeit finden Übernachtungen selbst innerhalb derselben Hotelkette nicht deswegen in Köln statt, weil Köln der billigste Standort ist, sondern weil die Entscheidung getroffen worden ist, nach Köln zu kommen. Wenn man einmal zur Kenntnis nimmt, wie viel ein Hotelzimmer bei derselben Hotelkette in verschiedenen Städten Deutschlands und zu verschiedenen Zeiten - zum Beispiel Messe oder keine Messe - kostet, kann man nicht davon ausgehen, dass es hier einen einheitlichen Preis gibt, der sich durch eine

Abgabe in Köln gegenüber dem Umland dramatisch erhöhen würde.

Im Übrigen ist die Übernachtung im Kölner Umland grundsätzlich billiger als die Übernachtung in Köln. Das ist schon einmal Fakt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt bin ich aber platt!)

- Es kommt natürlich darauf an. Wenn man ins Grandhotel Schloss Bensberg geht, ist das vielleicht ein bisschen anders.

Zweiter Punkt: Es ist definitiv nicht so, dass wir von der Verwaltungsseite an dieser Vorlage mitgearbeitet haben, weil die ausfallende Mehrwertsteuer in ihrer Größe irgendeine Kompensation erfordert, die dadurch erfolgen soll.

(Ralph Sterck [FDP]: Das behauptet Herr Börschell!)

- Das hat nie jemand behauptet. - Herr Granitzka hat allerdings eben behauptet, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz koste die Stadt Köln 300 000 Euro. Das ist falsch.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das haben Sie auch behauptet! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Schön wäre es! - Weiterer Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Das ist falsch! Jetzt hört doch einmal zu!)

Die Umsatzsteuer ist nur ein Teil. 1,5 Milliarden Euro von den 8,5 Milliarden Euro, die das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ausmacht - -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Der Rest sind 20 Milliarden Euro für die Familien, Herr Kämmerer!)

- Darf ich das vielleicht einmal zu Ende ausführen? - 1,5 Milliarden Euro von den 8,5 Milliarden Euro treffen die Kommunen direkt. Aber was ist denn mit den anderen 7 Milliarden Euro? Wo finden die denn statt? In Kunduz oder sonst wo? Auch diese 7 Milliarden Euro werden definitiv irgendwo auf die kommunale Ebene gehievt. Dann wird eben irgendeine Hochschule nicht renoviert oder sonst etwas.

Tatsache ist, dass wir ein extremes Haushaltsloch haben. Und wir haben immer erklärt, dass die Deckung - auch die mittelfristige, wenn wir jetzt ein Haushaltssicherungskonzept der eigenen

Machart umsetzen - nur funktionieren wird, wenn man an allen drei Stellschrauben dreht.

Erstens geht es darum, effizienter zu wirtschaften. Das wird ein Teil sein. Zu glauben, damit könne man alles machen, ist eine Illusion.

Zweitens geht es darum, Leistungen einzuschränken. Das wird auch nur ein Teil sein.

Drittens wird es darum gehen, Einnahmen zu erhöhen.

Diese Einnahme ist insofern eine absolut marktverträgliche, weil nicht nur durch die Senkung der Mehrwertsteuer für das Beherbergungsgewerbe ein Spielraum entstanden ist, sondern weil die Gemeinden jetzt auch auf eigenes Risiko im Wettbewerb zueinander entscheiden können, ob sie an dieser Stelle eine kommunale Aufwandsteuer, für die es ein grundgesetzliches Recht gibt, einführen - wie wir das an anderer Stelle auch gemacht haben und wie andere Städte das mit anderen Steuern ebenfalls getan haben. Das hat zu dem hier vorliegenden Vorschlag geführt.

Ich will einmal ganz kurz Folgendes sagen, um den Wettbewerbsnachteil, der jetzt eintritt, zu beschreiben: Mittlerweile haben wir Anfragen aus Aachen, Augsburg, Bingen, Bochum, Bonn, Brühl, Detmold, Dortmund, Dresden, Duisburg, Erfurt, Essen, Freiburg, Halle, Hattingen, Heidelberg, Herne, Mannheim, Münster und Stuttgart sowie vom Deutschen Städtetag und anderen Institutionen erhalten. Sie warten jetzt alle darauf, was Köln macht. Zum Teil haben sie auch schon Beschlüsse gefasst. Die Sorge, dass dies eine Einrichtung in Köln ist, der dann keiner folgt, ist also unbegründet. Möglicherweise wird es tatsächlich eine Einrichtung in Großstädten sein, so wie es das im Ausland, wo die niedrigere Mehrwertsteuer gilt, auch gibt. Das mag sein. So etwas ist dann vielleicht auch ein Stück regionaler Ausgleich.

Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Die Befürchtung, dass der Preisunterschied, über den wir jetzt reden, zu einem vollkommen anderen Buchungsverhalten führt, teile ich nicht; denn dann würden die erheblich höheren Preise in den Städten schon jetzt dazu führen, dass die Übernachtungen anderswo stattfinden. Angesichts der Größenordnung, um die es hier geht, halte ich diese Befürchtung nicht für berechtigt.

Im Übrigen führt keine einzige Maßnahme, die wir im Moment vorschlagen, allein zur Deckung

des Haushaltslochs. Wir reden bei der Kulturförderabgabe aber immerhin über eine Größenordnung, die 50 Punkten Grundsteuer, 10 Punkten Gewerbesteuer oder anderem entspricht. Das halte ich nicht für eine Größe, die bei den Bemühungen, den Haushalt zum Ausgleich zu bringen, vernachlässigbar ist.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/ Die Grünen und der Linken.Köln - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist ja eine tolle Aussage! Steuererhöhung!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. - Zu dem Punkt, wer hier wann was behauptet hat, hat Herr Beigeordneter Dr. Walter-Borjans schon das Richtige gesagt.

Ich will es nur noch insofern ergänzen: Es hat nie jemand behauptet - auch ich nicht -, dass die Umsatzsteuersenkung für Hotels uns in den Kommunen in dieser Größenordnung belasten würde. Zu diesen Belastungen kommt es durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz insgesamt. Die Mehrwertsteuersenkung für Hotels bedeutet bundesweit etwa 1 Milliarde Euro. Wegen der speziellen Verteilung der Umsatzeinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden führt sie auch zu entsprechenden Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, wie Sie sie aus der Mitteilung des Finanzausschusses richtig zitiert haben. Das ist allerdings an keiner Stelle - Sie können gerne versuchen, mir das zu belegen - anders behauptet worden.

Herr Kollege Sterck, weil Sie hier aber auch noch die Chuzpe haben, anzukündigen, dass Sie von der FDP an dieser Stelle in Berlin noch mehr erreichen wollen, nachdem Sie jetzt diesen Punkt eingeführt haben, will ich gerne, wiewohl er unmittelbar mit der Kulturförderabgabe gar nichts zu tun hat, noch einmal replizieren. Wenn Sie tatsächlich weiter vorhaben, den Mehrwertsteuersatz für Gastronomieleistungen zu reduzieren und hier auch an anderer Stelle im Westerwelle'schen Sinne ein absolutes Mehrwertsteuerchaos anzurichten, möchte ich Ihnen einmal Folgendes entgegenhalten - und das halte ich wirklich für einen bildungs- und jugendpolitischen Skandal -: Während Sie sich weiter der absoluten Klientelpolitik verpflichtet fühlen und von der Mövenpick-Partei zu der

Partei mutieren, die für den Nächsten reinste Klientelpolitik macht, hat Ihre aktuelle Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP jetzt durch ein bundesfinanzministerielles Vorgehen im Handstreichverfahren dafür gesorgt, dass für die Zubereitung von Kantinenessen in Schulkantinen die Mehrwertsteuer in diesen Tagen von 7 auf 19 Prozent erhöht wurde.

Das ist die Politik Ihrer Bundesregierung. So etwas ist ein Skandal. Es zeigt, dass es Ihnen gar nicht um die Lösung von Problemen geht, sondern dass Sie hier auf dem Rücken der Schwachen und der Kinder und Jugendlichen eine Klientelpolitik machen wollen. Es ist Ihre Regierung, die das tut. Das ist ein Skandal. Stehen Sie dazu, Herr Sterck.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Wirtschaftsdezernent, ich habe ernsthafte Zweifel daran, dass Sie tatsächlich wissen, was in der Realwirtschaft los ist.

(Beifall bei pro Köln)

Aus dem Vortrag, den ich hier eben gehört habe, ist zu entnehmen, dass Sie Köln in einer Liga mit Bingen und Detmold sehen wollen. Das mag ja alles sein. Das sind Ihre Bezugspunkte. Wir haben hier in Köln aber Hotels - entschuldigen Sie einmal -, die gleichzeitig in allen europäischen Metropolen Betten anbieten.

Informieren Sie sich doch einfach einmal. Fragen Sie doch einfach einmal, warum es hier denn so wenige Tagesübernachtungen gibt. Die Betroffenen sagen nämlich: Dafür haben wir kein Geld mehr. Wenn ihr einen Termin in Köln habt, könnt ihr danach direkt wieder vom Flughafen aus zurückfliegen. - Ich habe viele Bekannte. Wenn ich sie frage, wann sie wieder in Köln seien, sagen sie: Wir müssen direkt wieder weg - und zwar genau aus diesen Kostengründen.

Sie haben das überhaupt nicht geschnallt. Ich weiß nicht, mit wem Sie sich immer unterhalten.

(Unruhe bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Anscheinend unterhalten Sie sich nur mit sozialdemokratischen Extremisten. Ich habe heute in der Zeitung gelesen, dass auch die SPD den demokratischen Sozialismus in ihrem Grundsatzprogramm stehen hat. Dem haben Sie hier wohl das Wort geredet.

Dabei ist Ihnen offensichtlich vollkommen egal, dass hier Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Ich muss sagen: Ich bin tief erschüttert über das Bild, das Sie eben abgegeben haben. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Bürgermeister Wolf, bitte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Steuerberater!)

Manfred Wolf (FDP): Frau Bürgermeisterin! Martin Börschel, an sich habe ich dich ja immer für einen sehr intelligenten Menschen gehalten. Das Abstellen auf die Mövenpick-Partei zeigt aber die Schwäche der Argumentation und ist deiner eigentlich auch nicht würdig. Das möchte ich auch einmal sagen.

Außerdem hast du mit der Emotion des Kantinenessens gearbeitet. Das hört sich zwar gut an.

(Martin Börschel [SPD]: Schulkantinen!)

- Ja, Schulkantinen. - Lies aber einmal im Gesetz nach. Im Gesetz steht, dass der Verzehr an Ort und Stelle mit dem vollen Mehrwertsteuersatz besteuert wird. So steht das seit über 40 Jahren im Gesetz. Dann muss man eben eine andere Regelung finden.

(Martin Börschel [SPD]: Manfred, ihr ändert das jetzt!)

Ich habe aber auch noch eine Frage an die Verwaltung. Herr Dr. Walter-Borjans, Sie sprechen hier immer von der Kulturförderabgabe. Es wird aber wie selbstverständlich überhaupt nicht der Aussage widersprochen, dass diese Mittel in den allgemeinen Haushalt fließen und so auch der allgemeine Haushalt damit finanziert wird. Streuen Sie den Leuten, die ja vielleicht sagen: „Für die Kultur tun wir etwas“, einfach Sand in die Augen? Ich betrachte diesen Namen als Lüge, als falsches Etikett.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Beigeordneter, bitte.

Stadtkämmerer/Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Erste Anmerkung: Es gibt einen Beschluss des Hauptausschusses, in dem die Zuordnung der Einnahmen aus dieser Abgabe auf Übernachtungen für Zwecke der Kultur beschrieben worden ist - sogar mit einer Auflistung, was alles dazugehört.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das geht doch gar nicht! Bei Steuern geht das nicht! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Natürlich geht das!)

- Natürlich kann das politisch gewollt sein. Ich habe als Kämmerer Sparvorschläge vorgelegt. Das hat ja vorher die Diskussion über die Frage ausgelöst, wie stark denn die Kultur durch die Sparvorschläge des Kämmerers in Mitleidenschaft gezogen wird. Sie wurde nicht anders in Mitleidenschaft gezogen als alle anderen Bereiche auch. Es galten die Prozentsätze, die natürlich mit etwas unterschiedlicher Gewichtung auf verschiedene Ressorts angewandt wurden. Der Kämmerer hat auch überhaupt keine Möglichkeit, beispielsweise Kultur oder Bildung oder Soziales auszunehmen, weil er diese Dinge für wichtig hält. Das ist vielmehr eine Entscheidung der Politik, die der Rat zu treffen hat. Ich kann nur einen Vorschlag machen. In diesem Vorschlag ist selbstverständlich die Kultur genauso an den Einsparbemühungen beteiligt wie andere Bereiche.

Wenn dann die Politik einen solchen Beschluss fasst, wie sie das im Hauptausschuss getan hat, ist das ein Grund, zu sagen: Hierdurch wird eine Einnahme generiert, die 15 bis 20 Millionen Euro beträgt. Damit können die Belastungen, die die Kultur treffen, abgedeckt - und vielleicht sogar überkompensiert - werden. Das ist das Ziel dieses Vorhabens. Ich glaube auch, dass dies gelingen kann.

Zweite Anmerkung - jetzt als Wirtschaftsdezernent -: Ein Punkt wird hier überhaupt nicht in die Debatte eingebracht. Nachdem mittlerweile drei Monate vergangen sind, ist deutlich geworden - das wird vom DEHOGA auch offen erklärt -, dass überhaupt nicht beabsichtigt ist, die Reduzierung der Mehrwertsteuer weiterzugeben. Das heißt auf Deutsch, dass für Businesskunden der Nettopreis um den Betrag gestiegen ist, um den

sich die Mehrwertsteuer reduziert hat. Das bedeutet, dass die Belastung von geschäftlichen Übernachtungen gestiegen ist. Diesen Punkt muss ein Wirtschaftsdezernent auch einmal ansprechen. Natürlich haben die einen oder anderen Großkunden Verträge, in denen der Nettopreis festgeschrieben ist. Das gilt aber nicht für den kleinen oder mittelständischen Unternehmer, der seine Mitarbeiter nach Köln schickt und hier Veranstaltungen durchführt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist wirtschaftsfeindlich!)

Wenn eine Übernachtungsabgabe eingeführt wird, gibt es auf dem Markt zwei Möglichkeiten. Entweder kann sie an den Kunden weitergegeben werden. Wenn das gelingen sollte, würde ich mich fragen, warum man nicht schon vorher die nach Ansicht aller Hotelbetreiber doch viel zu niedrigen Preise in Deutschland erhöht hat. Oder sie muss, wenn das nicht gelingt, intern verrechnet werden und zehrt damit einen Teil dessen auf, was durch die Reduktion der Mehrwertsteuer gewonnen worden ist. Das habe ich eben mit dem Spielraum gemeint.

Ich kann aber nur erkennen, dass in den ersten drei Monaten - und es gibt überhaupt kein Anzeichen dafür, dass sich das ändert - die Kosten für Businesskunden durch diese Mehrwertsteuersenkung netto um das gleiche Maß - oder im Moment sogar überkompensiert - gestiegen sind, weil nur noch wesentlich weniger Vorsteuer in Abzug gebracht werden kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht ein Cent wurde an den Endverbraucher weitergegeben! Das ist eine Schandel!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Was Herr Walter-Borjans hier vorgetragen hat, um diese Verwaltungsvorlage zu rechtfertigen, ist für mich in Teilen nicht nachvollziehbar.

Meine Fraktion hat den Einstieg in ein Haushaltssicherungskonzept bereits vor Monaten hier in diesem Gremium beantragt. Dass das Haushaltssicherungskonzept kommen wird, werden wir von der Verwaltung zwei Tagesordnungspunkte weiter erfahren.

In derselben Ratssitzung wollen uns Vertreter der Verwaltung weismachen, dass eine solche Maßnahme, von der die Verwaltung sich Mehreinnahmen in Höhe von etwa 8 Millionen Euro p. a. verspricht, die Handlungsfreiheit der Stadt und die Handlungsfreiheit des Rates vergrößert. An dieser Sache kann doch irgendetwas nicht stimmen. Schließlich ist es offensichtlich, dass wir, wenn wir in das Haushaltssicherungskonzept hineinkommen, diese Geldmittel verwenden müssen, um die größer werdenden Löcher zu stopfen.

Selbstverständlich ist es notwendig und vernünftig, dass man über Möglichkeiten nachdenkt, größer werdende Löcher zu stopfen - aber doch bitte nicht mit Maßnahmen, die unter dem Strich die Stadt Köln ökonomisch in einem ganz anderen Umfang belasten können, als sie hier möglicherweise kurzfristig Einnahmen generieren können. Wovon lebt diese Stadt denn? Sie lebt doch unter anderem vom Tourismus und von den geschäftlichen Aktivitäten, die hier stattfinden. Die Übernachtungen in Köln stehen sowohl mit der einen als auch mit der anderen Einnahmenkategorie in unmittelbarem Zusammenhang.

Wenn man Köln als Standort für Übernachtungen weniger attraktiv macht - und es ist offensichtlich, dass das passiert, wenn die Mehrheit in diesem Haus dieser Vorlage zustimmt -, werden sowohl der Tourismus als auch die geschäftlichen Aktivitäten in Köln beschädigt. Die Folge werden selbstverständlich weiter rückläufige Steuereinnahmen sein.

Wenn ich mir die Verwaltungsvorlage zu Tagesordnungspunkt 10.18 anschau und darin die Hinweise darauf sehe, dass auf der Einnahmeseite immer mehr wegbricht, kann ich mir nicht vorstellen, dass derjenige im politischen Apparat, der sich das ausgedacht hat, die Grundrechenarten beherrscht und halbwegs in der Lage ist, in plausibler Form ökonomische Mechanismen nachzuvollziehen.

Sie beschädigen den Tourismus- und Wirtschaftsstandort Köln, wenn Sie den hiesigen Gastronomen die Möglichkeit nehmen, konkurrenzfähige Übernachtungsmöglichkeiten in der Stadt anzubieten.

Dass die Gastronomen gezwungen sind, zusätzliche Kosten, die auf sie zukommen, zumindest zu einem gewissen Teil unmittelbar an ihre Gäste weiterzugeben, liegt vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation auf der

Hand. Schauen Sie sich einmal die Quote der Leerstände in vielen Kölner Hotels an. Über kurz oder lang kann das nicht gut gehen. Sie verschärfen hier eine ohnehin schon schwierige Situation fahrlässig.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde jetzt gerne über die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.16 abstimmen lassen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Oh, jetzt schon?)

Wer ist gegen diese Vorlage? - Die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Damit ist diese Vorlage angenommen und so beschlossen.

(Beifall bei der SPD und dem
Bündnis 90/Die Grünen)

Nun rufe ich auf:

**10.17 Konjunkturpaket II, Umschichtung von Fördermitteln
0797/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann würde ich gerne darüber abstimmen lassen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist diese Vorlage mit Mehrheit angenommen.

Der Oberbürgermeister kommt auch wieder zurück. Das ist sehr schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir machen wieder einen fliegenden Wechsel und kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich:

**10.18 Erstellung eines Doppelhaushalts für die Haushaltsjahre 2010 und 2011
1013/2010
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der
Fraktion Die Linke.Köln
AN/0564/2010**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Herr Kämmerer und Herr Börschel als Vorsitzender des Finanzausschusses, ich möchte Sie direkt ansprechen. Ich habe gestern schon vieles dazu gesagt, glaube aber, dass einiges noch der Ergänzung bedarf.

(Martin Börschel [SPD]: Willst du dich korrigieren, Karl?)

- Ich will es nur noch einmal präzisieren.

Eigentlich möchte ich mich für die eben gemachten Ausführungen bedanken. Allerdings will ich eine Anmerkung machen. Herr Walter-Borjans, Sie haben von Einnahmen aus der Kulturförderabgabe von 11 Millionen Euro gesprochen. In Ihrem Konzept, dass Sie zu diesem Tagesordnungspunkt vorgelegt haben, ist von 21 Millionen Euro die Rede. Dort gibt es also eine kleine Differenz von 10 Millionen Euro. Daran erkennt man, wie genau das berechnet worden ist. Darüber will ich aber gar nicht sprechen.

Herr Oberbürgermeister, ehrlich gesagt wundert mich bei der ganzen Sache Folgendes: Sie haben am 16. November 2009 hier den Haushalt eingebracht. In Ihrer Rede dazu haben Sie gesagt, es werde ein Haushalt werden, der sehr schwer auszugleichen sein wird - mit allem Drum und Dran.

Am Aschermittwoch haben Sie dann beim Katerfrühstück im Hotel Interconti wörtlich gesagt: In den nächsten 14 Tagen werde ich Ihnen eine Liste der Einschränkungen präsentieren; da werden Heulen und Zähneknirschen durch die Stadt gehen. - Sie können natürlich argumentieren, Karneval könne man das sagen. Der Aschermittwoch gehört allerdings nicht mehr ganz zu Karneval.

Heute erklären Sie auf einmal: Das mache ich nicht mehr. - Aus welchem Grund? Sie bekommen doch keine neuen Erkenntnisse, wenn Sie einen Doppelhaushalt fahren. Was ist denn mit der ganzen Arbeit, die bisher in fünf Monaten geleistet worden ist? Der Kämmerer hat sogar seit Sommer letzten Jahres daran gearbeitet. Diesbezüglich wird es also keine neuen Erkenntnisse für das Jahr 2010 geben.

Herr Oberbürgermeister, was Ihnen hier fehlt, ist Folgendes - ich lade Sie heute schon zum Adventskaffee ein, wenn der Regierungspräsident am ersten Advent den Haushalt, der dann kommt, genehmigt -: Sie werden in diesem Jahr für das Jahr 2010 keine einzige Art von Strukturverbesserung vornehmen

können. Sie können es nicht machen, weil Sie überhaupt keinen Haushalt haben, bei dem Sie eingreifen können. Dieses Jahr ist vergebene Zeit, um die Finanzen zu sanieren.

Weil ich das gestern schon einmal gesagt habe, möchte ich mich auch bei Herrn Walter-Borjans bedanken; denn er hat genau das, was ich gestern angedeutet habe, heute bestätigt. Herr Frank hat gestern im Finanzausschuss schon gesagt, dass Steuererhöhungen zu erwarten sind. Dem hat er nicht widersprochen. Es wird die Grundsteuer sein, und es wird in diesem Fall die Bettensteuer sein.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Kölschsteuer!)

Gerade hat Herr Walter-Borjans auch etwas ganz Interessantes gesagt - nämlich, dass wir bei dem Haushalt nur auf drei Säulen bauen können.

Die erste Säule ist Sparen. Da stimme ich vollkommen mit Ihnen überein. In der CDU finden Sie einen Partner, der beim Sparen voll mitmacht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die
Grünen]: Och!)

- Ja, Frau Moritz. Wir werden dann natürlich nicht mehr die gleichen unheimlichen Listen bekommen, mit denen Sie jeder Klientel im Haushalt noch etwas geben können. Das werden wir natürlich nicht mehr mitmachen können. Beim Sparen sind wir aber direkt dabei. Es muss strukturell gespart werden.

Wir sind auch beim Oberbürgermeister, wenn er sagt, dass wir 25 Prozent zu viel Personal haben. Auch dort sind wir dabei und helfen ihm.

Damit komme ich zur zweiten Säule. Ich weiß schon, dass Sie natürlich die Kosten für die Eheschließungen erhöhen werden. Sie werden auch sonstige Kosten anheben, beispielsweise beim Theater von 80 auf 100 Euro. Das ist allerdings nicht das Entscheidende.

Wichtig ist aber die dritte Säule, über die Sie gesprochen haben, Herr Walter-Borjans. Sie haben eben erklärt, es reiche nicht aus, die Grundsteuer um 50 Punkte zu erhöhen und die Gewerbesteuer um 10 Punkte zu erhöhen. Das haben Sie hier gerade wörtlich gesagt.

(Stadtkämmerer Dr. Norbert Walter-
Borjans: Nein!)

Das ist nämlich das Spiegelbild. Aus diesem Grund fahren Sie nämlich einen Doppelhaushalt, Herr Oberbürgermeister - damit Sie nicht vor der Landtagswahl sagen müssen, dass Sie Steuererhöhungen vornehmen wollen und dass Sie Gebühren erhöhen wollen.

(Zurufe von Martin Börschel [SPD] und
Michael Zimmermann [SPD])

- Ich merke, dass Sie schon nervös werden. So ist es aber.

Sie haben auch schon damit angefangen. Ich weiß genau, dass Sie entgegen allen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten begonnen haben, die Gebühren zu erhöhen. Damit erhöhen Sie die Lasten für alle Familien. Mit dieser Erhöhung treffen Sie nicht sich, Herr Oberbürgermeister - Sie haben genug Gehalt -, und auch nicht mich. Für die meisten Leute in dieser Stadt sind 20 Euro aber viel Geld. Wenn Sie bei den Stadtentwässerungsbetrieben, bei den Abfallwirtschaftsbetrieben und überall sonst die Gebühren erhöhen, obwohl es betriebswirtschaftlich nicht notwendig wäre, bedeutet das eine Belastung der privaten Haushalte.

Das ist Ihr einziger Grund für einen Doppelhaushalt. Mit dem Doppelhaushalt wollen Sie nämlich nur kaschieren, dass Sie Steuererhöhungen und Gebührenerhöhungen vornehmen wollen und dass Sie nicht bereit sind, zu sparen.

Dabei machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Klipper. - Direkt dazu erwidert Herr Dr. Norbert Walter-Borjans.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Es geht mir nur um eine Richtigstellung. Das ist ja überhaupt kein Problem; denn das ist mitgeschnitten worden und lässt sich jederzeit ohne Weiteres nachprüfen. Herr Klipper, Sie haben schlicht und ergreifend nicht zugehört.

Ich habe gesagt, dass bei dem Fehlbetrag, den wir haben, es eine Illusion ist, mit einer der drei Stellschrauben allein eine Lösung zu finden. Das lässt sich weder durch eine Effizienzsteigerung, also besseres Wirtschaften, erreichen, noch wird es ausreichen, zusätzlich noch Ausgaben zu

kürzen, sondern wir müssen auch Einnahmen erhöhen. Nichts anderes habe ich gesagt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein, nein!)

Dann habe ich gesagt: Wer davon spricht, dass 20 Millionen Euro aus einer Übernachtungssteuer, einer Kulturförderabgabe, nichts sind, der sollte wissen, dass 10 Punkte Gewerbesteuer oder 50 Punkte Grundsteuer denselben Betrag ausmachen. Nicht mehr und nicht weniger. Das lässt sich jederzeit nachprüfen; dazu bin ich jederzeit bereit. Das hatte überhaupt keinen Ankündigungscharakter. Im Gegenteil, ich hatte gesagt, dass mit der Kulturförderabgabe wir an der Stelle sicherlich einen Bereich haben, in dem man das vertreten kann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich eröffne die nächste Runde. - Herr Detjen hatte sich gemeldet, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Finanzkrise hat eines deutlich gemacht: Die Kommunen sind völlig unterfinanziert und werden von Bund und Land nicht als gleichberechtigter Partner anerkannt, ja, schlimmer noch: Aufgaben werden delegiert, Probleme verlagert, ohne den Kommunen die Kosten zu erstatten.

Herr Börschel, unsere Anfrage unter Punkt 4.1 bringt es ans Tageslicht: Köln wird in den Jahren 2009 bis 2013 77 Millionen Euro für das Kinderförderungsgesetz ausgeben - Kosten, die das Land auf Köln abgewälzt hat. Wir brauchen endlich eine kommunale Finanzreform. Auch Ärzte und Rechtsanwälte müssen Gewerbesteuer zahlen. Der Bund muss sofort auf die Gewerbesteuerumlage verzichten. Das sind zwei kleine Bausteine, die für die Kommunen etwas bringen würden.

Herr Oberbürgermeister, zu Recht haben Sie in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts davon gesprochen, dass Köln vor einer tiefgreifenden Finanzkrise steht. Ich zitiere:

Aber wir müssen uns auch an die eigene Brust klopfen. Für eine Reihe von Finanzproblemen trägt die Politik der Stadt Köln der vergangenen Jahre die Verantwortung.

Das waren Ihre Worte. - Die Frage ist: Was meinen Sie damit? Sie haben das dann nicht im Detail ausgeführt.

Wenn ich mich recht erinnere, haben die großen Vier den Haushalt 2009 mit 100 Millionen Euro Defizit beschlossen, ohne für einen Ausgleich zu sorgen oder Probleme - das gehört auch dazu - wie die mit Esch-Oppenheim oder die mit der Sparkasse anzugehen. Ich kann mich gut daran erinnern, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, als Sie den Haushalt genehmigt haben, gesagt haben: Wenn es eng wird, dann müssen Sie - damit war der Rat der Stadt Köln gemeint - die Gewerbesteuer erhöhen. Dieses Thema werden wir, glaube ich, in absehbarer Zeit hier diskutieren müssen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie das Amen in der Kirche!)

Auch die CDU freundet sich, wie wir gerade hören, schon mit diesem Thema an. Es ist schön, Herr Klipper, dass wir uns gemeinsam auf den Weg begeben können.

Ich meine, wir brauchen eine andere Politik. Die Entscheidung, wieder einen Doppelhaushalt aufzustellen, hat mich schon deshalb geärgert, weil Sie das alle zwei Jahre tun. Statt sich einmal zu sagen: Jetzt machen wir einen Doppelhaushalt, aber 2011 bringen wir den Haushalt 2012 ein, damit wir endlich aus diesem blöden Zyklus herauskommen, statt endlich einmal zu sagen: Ja, wir machen einen Haushalt im Vorlauf und nicht im Nachhinein, wird das hier gar nicht mehr thematisiert, sondern immer das Gleiche gemacht. Seit zehn Jahren oder noch länger wird hier keine vernünftige Haushaltspolitik mehr gemacht, sondern immer wieder ein Doppelhaushalt aufgestellt, statt einen Haushalt für das laufende Jahr zu beschließen. Das ist doch irrwitzig. Wenn Sie schon einen Doppelhaushalt aufstellen, dann lassen Sie sich doch einmal etwas einfallen. Lassen Sie uns das verkürzen und einen vernünftigen Weg einschlagen.

Des Weiteren ist mir noch der Bürgerhaushalt ein Anliegen. In der Verwaltungsvorlage steht, dass der Bürgerhaushalt ausfallen soll.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ja!)

Das finde ich skandalös. Wir haben den Änderungsantrag gestellt, diesen Satz zu streichen mit der Prämisse, dass der Bürgerhaushalt ganz normal 2011 stattfinden soll. Jetzt wollen Sie von SPD, Grünen und

FDP - Herr Breite, Sie wollten mir ja entgegenkommen - einer Vorlage zustimmen, die einfach schlecht, die einfach doppeldeutig ist.

(Ulrich Breite [FDP]: Oh, nein!)

- Ja, natürlich. - Denn sie lässt völlig offen, ob wir 2011 einen Bürgerhaushalt beschließen werden. Das möchte ich hier geklärt haben. Ich will den Bürgerhaushalt 2011 haben. Sie dagegen wollen das offen lassen.

(Zuruf: Nein!)

- Ja, natürlich. Sie wollen sich die Entscheidung offen lassen.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn wir diesen Bürgerhaushalt ausfallen lassen, hat sich das Bürgerhaushaltskonzept erledigt. Wir haben für den Bürgerhaushalt - ich weiß nicht, wie viel genau - mindestens 500 000 Euro ausgegeben, wir haben eine Super-Internetplattform. Wenn wir diese Internetplattform brachliegen lassen, ist das Geld, was wir dafür ausgegeben haben, futsch.

(Michael Zimmermann [SPD]: Herr Detjen, der Bürgerhaushalt ist unsere Initiative!)

- Das ist Quatsch. Das ist eine gemeinsame Initiative des gesamten Rates. Ihr von der SPD habt das immer mit Bedenken betrachtet. Um es einmal klar zu sagen: Diejenigen, die die Initiative hauptsächlich vorangetrieben haben, waren die Grünen und wir. Ihr seid dann mitgegangen.

(Lachen von Ulrich Breite [FDP])

- Ja, gut. Auch die FDP hat sich ein bisschen beteiligt. - So war doch der Vorgang.

Dass man den Bürgerhaushalt verbessern muss, ist doch völlig klar, Kollege Börschel. Aber wenn wir in diese Sache nicht einen jährlichen Rhythmus hereinbekommen und diesen Rhythmus dann auch in allen Bereichen durchziehen - bisher haben wir das nicht einmal über fünf Jahre durchgezogen -, dann werden wir nicht klar sagen können, ob das eine gute Sache ist. Es haben sich wieder 10 000 Leute am Bürgerhaushalt beteiligt. Es zwar gibt deutlich weniger Vorschläge; das ist wahr. Aber diesmal gab es auch nur zwei statt drei Bereiche. Ich habe mir das genau angeschaut und analysiert. Meine Damen und Herren, der Bürgerhaushalt ist die Methode der Politik, bei der sich 40 Prozent der Frauen beteiligen.

40 Prozent! Es gibt kein Politikfeld, in dem die Beteiligung von Frauen so hoch ist. Deshalb lasst uns den Bürgerhaushalt fortsetzen und die Entscheidung nicht offen lassen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN.KÖLN)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Detjen. - Nächster Redner ist Herr Frank, bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Offenbar ist das Thema doch emotionaler, als die Überschrift der Verwaltungsvorlage vermuten lässt. Das ist auch naheliegend; denn wir werden bei der Konsolidierung des Haushalts in eine sehr schwierige finanzielle Situation kommen. Die einen haben Angst, sich an notwendigen Einsparungen zu beteiligen beziehungsweise auch die Preise für Leistungen zu korrigieren. Die anderen buhlen darum, dass sie angeblich die Erfinder des Bürgerhaushaltsverfahrens sind. Das führt uns so nicht weiter.

Die CDU hat bereits im Jahr 2003 ein solches Verfahren durchlaufen. Damals ging es auch um ein Haushaltssicherungskonzept, allerdings noch nach der alten Gesetzgebung. Damals war völlig klar, dass nicht nur die Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden müssen, sondern auch die Preise für Leistungen, die die Stadt erbringt, und natürlich die Höhe von Gebühren und Steuereinnahmen. Das ist ein völlig korrektes Verfahren, wobei politisch eines klar ist - das steht auch im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen -: Wir planen keine Gewerbesteuererhöhung.

Heute haben wir mit breiter Mehrheit beschlossen, dass das Gürzenich-Orchester die Eintrittspreise anpassen muss, wenn auch sehr moderat. Das ist meines Erachtens eine Aufforderung auch an alle Bereiche außerhalb des Kulturlebens, darüber nachzudenken, höhere Einnahmen zu generieren. Da es dabei um subventionierte Leistungen geht, muss man sich schon fragen, ob die Höhe der Subvention jeweils angemessen ist. Insofern kommt die CDU nicht darum herum, sich eine Meinung zu bilden, es sei denn, sie steigt völlig aus und kommt gar nicht mehr zum Finanzausschuss.

Zum Bürgerbeteiligungsverfahren: In der schwierigen finanziellen Situation, in der wir uns derzeit befinden, ist es meines Erachtens

unabdingbar, dass wir die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt an der weiteren Haushaltsplanung und den anstehenden Entscheidungen beteiligen, indem wir sie breit informieren und ihnen Möglichkeiten einräumen, sich mit eigenen Vorschlägen daran zu beteiligen. Nur, was nicht mehr gehen wird - so hat der Bürgerhaushalt einmal angefangen -, ist, dass der Eindruck erweckt wird, es gäbe eine bestimmte Summe Geld, über die von den Bürgern frei entschieden werden kann, ob dieses oder jenes damit gemacht werden soll. Eine solche Situation ist nicht gegeben. Es wäre völlig illusionär, dies dem Bürger mitzuteilen oder den Eindruck zu erwecken, es gäbe jetzt Dinge wie aus dem Füllhorn zu verteilen. Es wäre schön, wenn es so wäre. Aber die Zeiten sind nicht so.

Insofern bedeutet Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltsbeteiligungsverfahrens, dass die Menschen zum Beispiel befragt werden, welche Einsparungen sie für sinnvoll halten, welche Dinge sie für besonders wichtig halten usw. Dafür wird man ein Verfahren finden können, um die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Das steht an.

Es gibt auch keinen Gegensatz zwischen Stadtrat, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger. Wir sind ja nicht die Erfinder des Haushaltslochs. Externe Effekte haben zu dieser Finanzkrise geführt, deren Opfer wir alle sind. Diejenigen, die hier unter Umständen solche Beschlüsse fassen müssen, machen das doch nicht, um die Bürger zu ärgern. Insofern müssen alle bei dieser Diskussion in einer angemessenen Art und Weise beteiligt und mitgenommen werden. Das gilt zum Beispiel auch für die Wohlfahrtsverbände, in denen bereits konstruktive Diskussionen darüber geführt werden, wie man weiterhin die Kernleistungen, die diese Stadt braucht, finanzieren und vorhalten kann. Das steht an.

Wir sind unbedingt - das besagt auch der Antrag - dafür, das Bürgerhaushaltsbeteiligungsverfahren nicht abzuwürgen, sondern auf diesen Doppelhaushalt anzuwenden. Es besteht kein Anlass zu der Befürchtung,

(Zuruf: Reden Sie doch mal zum Thema!)

dies würde an den Bürgerinnen und Bürgern vorbeilaufen. Im Gegenteil, gefragt ist ein Bündnis mit den Bürgerinnen und Bürgern, statt künstlich Gegensätze aufzubauen.

Das strukturelle Defizit, was uns jetzt wieder einholt und was nur durch Konjunkturphasen, in denen die Steuereinnahmen sprudelten, übertüncht worden ist, ist ja im Wesentlichen nicht hausgemacht. Vielmehr liegt es daran, dass die kommunale Selbstverwaltung seit Jahrzehnten von den oberen Instanzen, nämlich von Landes- und Bundesregierung, zu Schanden geritten wird, indem reihenweise politische Maßnahmen beschlossen werden, die den Kommunen Aufgaben aufbürden, die von ihnen gar nicht finanzierbar sind, beziehungsweise indem durch Steuergeschenke die Einnahmen der Kommunen reduziert werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie haben dazu direkt eine Frage? - Das wird zugelassen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Kollege Frank, wie interpretieren Sie folgenden Satz in Ihrem Antrag zum Bürgerhaushalt:

Es ist das erklärte Ziel des Rates, das erfolgreich eingeführte Beteiligungsverfahren „Bürgerhaushalt“ fortzuentwickeln

- jetzt folgt die entscheidende Passage -

und soweit möglich ansatzlos weiterzuführen.

Wie interpretieren Sie diese Aussage? Können Sie das einmal erklären?

(Zuruf: Positiv!)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Der Bürgerhaushalt wird fortgeführt. Aber er wird - das habe ich ja eben gesagt - nicht so fortgeführt, wie es sich zum Beispiel die Linke vorstellt, die sagt: Es gibt eine bestimmte Summe Geld, die zur Ausschüttung bereitsteht, und die Bürgerinnen und Bürger können sich aussuchen, wofür es ausgegeben wird. So wird es nicht gehen. Das wäre illusionär. Vielmehr wird es ein Verfahren geben, bei dem die Bürgerinnen und Bürger auch Vorschläge zu den Konsolidierungsmaßnahmen machen können. Das bedeutet: Es gibt keine Pause beim Bürgerhaushalt. Das Beteiligungsverfahren geht weiter. Das ist der Plan.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Das heißt, es gibt einen Bürgerhaushalt 2011!)

Es gibt einen Doppelhaushalt 2010/2011. In dem Rahmen muss es auch eine Beteiligung der Bürger geben. Die Details werden wir klären müssen, sobald wir Klarheit über den Zeitplan haben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Frank. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Detjen, ich kann Sie nicht verstehen. Sie müssten doch eigentlich froh sein, dass wir mit diesem Änderungsantrag dokumentieren, dass wir das Bürgerhaushaltsbeteiligungsverfahren weiterentwickeln wollen. Und was machen Sie? Sie nölen hier herum, nur weil ein Satz, den Sie vorgeschlagen haben, nicht übernommen wird. Schauen Sie doch noch einmal, was wir hier geschrieben haben!

Wir haben erkannt, dass wir das Verfahren noch effizienter gestalten können. Insbesondere angesichts der Tatsache, dass wir ein Haushaltsdefizit haben, passt das jetzige Verfahren trotz einer tollen Internetplattform nicht. Auch Herr Frank hat eben deutlich gemacht, dass wir jetzt dafür kein Geld ausgeben können. Mit diesem Antrag versuchen wir, das Verfahren fortzuentwickeln. Ich glaube, dem kann die Linke wirklich zustimmen. Geben Sie doch Ihrem Herzen einmal einen Ruck, auch wenn Sie diesen Antrag nicht selbst geschrieben haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist historisch: Herr Breite umwirbt die Linke!)

Dass wir das Verfahren gerade angesichts dieser Problematik weiterführen wollen, Herr Detjen, das müssen Sie anerkennen; denn wir haben erkannt, dass das Bürgerhaushaltsbeteiligungsverfahren und damit die Beteiligung der Bürger trotz des Defizits der richtige Weg ist. Das macht der Antrag deutlich.

Herr Klipper, einen Aspekt Ihrer Begründung kann ich nicht nachvollziehen. Man kann selbstverständlich mit Blick auf den 9. Mai das Bündnis von Rot-Grün hier noch einmal stellen. Aber es geht doch hier eigentlich nur um ein Verfahren, das Sie selbst sogar schon zweimal angewandt haben, nämlich einen Doppelhaushalt aufzustellen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Aber nicht, um zu verschleiern!)

Sie wissen, dass die FDP einen Doppelhaushalt sehr kritisch sieht. Aber wir sind der Meinung - ich denke, da geben Sie mir recht; das sieht die Bundesregierung genauso -, dass wir die Steuerschätzung im Mai abwarten müssen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Für was denn eigentlich! Ich lese das alle 14 Tage!)

- Das sagt die Bundesregierung. - Auch wir brauchen sie, um zu sehen, wie sich die Gewerbesteuererinnahmen entwickeln.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU] winkt ab)

- Nein, Herr Klipper, das lässt sich nicht mit einer Handbewegung abtun. Vielleicht sehen Sie oder die CDU das anders. Aber wir sind der Meinung, wir müssen uns das genau anschauen. Dann kommt, wie wir alle wissen, die Sommerpause. Bis dahin können wir das nicht mehr anders aufstellen. Es wäre schlichtweg unseriös, erst im Oktober einen Haushalt nur für 2010 aufzustellen. Aus diesen Beweggründen - Mai-Steuerschätzung und Aufstellung eines Haushalts erst im Oktober - haben wir gesagt: Dann machen wir die Planungen für zwei Jahre. Wir haben ja vorhin die Diskussion um die Abschlagszahlungen an die freien Träger geführt. Mit dieser Lösung geben wir den freien Trägern natürlich auch Planungssicherheit.

(Beifall von Reinhard Houben [FDP] - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie denn?)

Gerade das war eine Überlegung, die uns zu der Entscheidung geführt hat, der Aufstellung eines Doppelhaushalts zuzustimmen.

Jetzt reden wir über ein Verfahren. Herr Klipper, Sie brauchen mir hier nicht zu sagen, damit sei die Gewerbesteuererhöhung impliziert. Glauben Sie mir, dann hätten wir das gar nicht mitgetragen. Das wissen Sie ganz genau, Herr Klipper. Ich sehe an Ihren Augen, dass Sie wissen, dass wir das nicht mitgemacht hätten. Ich sehe das an Ihren Augen; denn die können nicht lügen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie wissen ganz genau: Es geht hier um ein Verfahren; das wenden wir an; und dieses Verfahren ist gut. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Breite. - Herr Rouhs, Sie müssen noch einen Augenblick warten. Herr Klipper hatte sich vorher schon zu einer Frage an Herrn Dr. Norbert Walter-Borjans gemeldet.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Zunächst einmal verbeuge ich mich vor dir, Uli, weil du mir eben bestätigt hast, dass ich nicht lügen kann.

(Heiterkeit)

Das finde ich hervorragend, und dafür danke ich dir. Ehrlich gesagt, ich kann mir nicht vorstellen, dass meine Augen je einen anderen Ausdruck haben könnten.

Zurück zum Thema. Ich bin Herrn Frank dankbar, dass er die Problematik Steuern gar nicht angepackt hat, weil ich genau weiß, dass da etwas auf uns zukommt.

(Martin Börschel [SPD]: Gestern haben Sie gesagt, es sei unausweichlich!)

Herr Dr. Walter-Borjans, ich will noch einmal auf Ihre Äußerung eingehen. Sie haben gesagt, 10 Prozent Gewerbesteuererhöhung würde den gleichen Betrag erbringen. Dazu muss ich Ihnen sagen: Entweder haben Sie nicht richtig gerechnet, oder Sie haben nach einer Ausrede gesucht. 10 Prozent der Gewerbesteuererhöhungen würde nämlich 70 Millionen Euro entsprechen. 700 oder 800 Millionen Euro beträgt sie insgesamt, davon 10 Prozent - -

(Zurufe: 10 Punkte!)

- Nein, ihr habt nicht richtig zugehört. Er hat gesagt: Bei der Grundsteuer 50 Punkte - das ist richtig -, aber bei der Gewerbesteuer hat er gesagt: 10 Prozent. Ich bin doch nicht blöd. Ich habe doch zugehört.

(Zuruf: Doch, 10 Punkte! Protokoll fragen! - Unruhe)

- Lesen Sie doch noch einmal im Protokoll nach, was er gesagt hat.

Ich habe festgestellt, dass kein Redner, egal, welcher Redner der Großen Koalition inklusive der FDP hier vorgetragen hat, einen Grund dafür genannt hat, warum wir am 18. Mai den Haushalt nicht wie geplant hätten verabschieden können. Es gibt keinen einzigen Grund dafür, auch nicht

die Entwicklung bei den Gewerbesteuererhöhungen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Oberbürgermeister, wir bekommen in jeder Finanzausschusssitzung - alle 14 Tage werden ja die Gewerbesteuererhöhungen bekannt gegeben - einen genauen Überblick, wie sich die Gewerbesteuererhöhungen entwickeln. Die Aussage, die Herr Walter-Borjans gestern im Finanzausschuss getätigt hat, lautete, dass wir zwar bis ungefähr Mitte Februar eine Verschlechterung der Gewerbesteuererhöhungen hatten, die letzten drei Läufe aber bis auf eine Ausnahme eine Verbesserung ausgewiesen haben.

(Martin Börschel [SPD]: Dann ist ja alles wieder gut!)

- Warten Sie doch mal ab, Herr Börschel. Sie als Ausschussvorsitzender können das ja nachher kommentieren. - Also diesbezüglich brauchen Sie die Steuervorausberechnung nicht, die ohnehin in der Mai-Schätzung sehr pauschal ist, weil Sie die Zahlen für jeden einzelnen Monat sowieso bekommen. Auch voriges Jahr gab es erhebliche Abweichungen zwischen den Schätzungen und den tatsächlichen Zahlen in diesem Bereich.

Da kein einziger Redner dafür eine Begründung angeführt hat, würde ich gerne von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, hören, warum wir den Haushalt, wie von Ihnen eingebracht, wie von Ihnen begründet, wie von Ihnen zwei- oder dreimal in der Öffentlichkeit bekannt gegeben, nicht am 18. Mai verabschieden können. Warum ist das auf einmal ad acta gelegt worden? Das Finanzierungskonzept für die Jahre 2011 bis 2013/2014 wird sich aufgrund der Erkenntnisse nicht verändern. Dass Sie jetzt auf die Strukturverbesserungen, die Sie eigentlich im Jahr 2010 hätten machen könnten, verzichten, Herr Oberbürgermeister, ist für mich vollkommen unverständlich. Deshalb glaube ich, dass es sich um Machtkalkül handelt, das mit dem 9. Mai in Verbindung steht.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Diese Verwaltungsvorlage ist nicht nur eine Bankrotterklärung des Stadtkämmerers, sondern der gesamten Kölner Stadtspitze, und zwar aus drei Gründen:

(Beifall bei pro Köln)

Erstens. Sie gestehen hier zum ersten Mal ein, dass die Haushaltssicherung kommt. Sie geben meiner Fraktion recht, die das bereits vor etlichen Wochen hier offiziell festgestellt hat und die versucht hat, zu veranlassen, dass wir möglichst zeitnah in ein Haushaltssicherungskonzept einsteigen, das sowieso kommen muss; denn umso eher wir anfangen, zu konsolidieren, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es überhaupt noch möglich ist, steuernd einzugreifen in diese Abwärtsbewegung, die sich jetzt hier vollzieht und die auch aus der Verwaltungsvorlage ersichtlich wird. Ihnen brechen Einsparmöglichkeiten weg, Ihnen brechen Einnahmen weg, und das schneller als sie gucken und offenbar auch schneller als Sie rechnen können. Deshalb wäre es nötig gewesen, zeitnah etwas dagegen zu unternehmen. Dazu hat Ihnen die Fraktion pro Köln eine Gelegenheit gegeben, die Sie jedoch versäumt haben, wahrzunehmen. - Das ist der erste Punkt, der eine Bankrotterklärung ausmacht.

Zweitens. Die Stadtkämmerei gesteht ein, den Überblick zu verlieren. Sie sind offenbar nicht mehr in der Lage, klar zu sortieren, was in welcher Reihenfolge passiert. Sie erbitten deshalb mehr Zeit, um hier nachjustieren zu können. Aber eine Sache verstehe ich in diesem Zusammenhang nicht: Auch wenn Herr Klipper Herrn Walter-Borjans auf das zurückführt, was Konrad Adenauer einmal mit der sehr schönen Formulierung „mein dummes Geschwätz von gestern“ ausdrückte, bleibt doch völlig außer Acht, dass sich natürlich neue Erkenntnisse ergeben können und der Stadtkämmerer auf diese neuen Erkenntnisse reagieren muss. Wenn Sie jetzt Erkenntnisse haben, die die runden Zahlen in dieser Verwaltungsvorlage objektivieren, warum sehen Sie nicht zu, dass Sie die aktuellen Erkenntnisse ein bisschen spitzer berechnen und sie einbauen in einen Haushaltsplan, den Sie dann auf dem Stand der aktuellen Erkenntnisse, die Sie dann haben - hinterher bewegt sich ja immer noch etwas; das ist ja nicht ungewöhnlich - im Mai 2010 einbringen?

Der Rat ist doch schließlich dafür gewählt, im Regelfall einmal im Jahr über die grobe Richtung

zu entscheiden und unter Umständen - das ist ja nicht ungewöhnlich - in einem entsprechenden Folgeprozedere nachzujustieren. Gerade wenn sich die Dinge so schnell verändern, sollten wir doch jetzt schnell zu einem auf den aktuellen Zahlen basierenden Haushaltsplan kommen und diesen hier in diesem Gremium verabschieden. Für mich ist überhaupt nicht ersichtlich, warum das nicht schon im Mai möglich sein soll. Mit welchen Folgen haben wir denn zu rechnen, wenn wir die Verabschiedung des Haushaltsplans bis in den Oktober verschieben? Eine Folge ist doch, dass eine ganze Reihe von bis dahin anstehenden Entscheidungen getroffen werden müssen, zum Beispiel als Dringlichkeitsentscheidung durch den Oberbürgermeister zusammen mit einem Ratsmitglied, womit dann die offiziellen Institutionen ausgehebelt wären. Dafür ist der Rat ausdrücklich nicht gewählt worden. Der Rat hat von den Bürgerinnen und Bürgern einen Auftrag bekommen. Diesen Auftrag kann er, zumindest in Teilen, nicht mehr wahrnehmen, wenn jetzt der Haushaltsplan auf Oktober geschoben wird.

Drittens. Es ist ganz offensichtlich so, dass die Stadtspitze nicht mehr gewillt ist, sich ihrer Verantwortung zu stellen, weil sie feststellen muss, dass das, was sie auf politischer Ebene versucht hat, beschließen zu lassen, um die ökonomische Abwärtsbewegung zu verlangsamen oder, besser noch, zu stoppen, von vorne bis hinten nicht funktioniert. Ich wundere mich, dass vor dem Hintergrund einer solchen Verwaltungsvorlage, in der ja klipp und klar steht, dass wir die Sache nicht mehr im Griff haben, dass es mit einer Geschwindigkeit abwärts geht, die wir nicht für möglich gehalten hätten und dass wir jetzt nicht mehr in der Lage sind, einen Haushaltsplan aufzustellen, aus den Reihen der Großen Koalition, die hier den Oberbürgermeister trägt und hier im Rat die Mehrheit hat, nicht irgendwelche Initiativen kommen, die flankierend eingreifen, um gegenzusteuern. Da machen Sie überhaupt nichts; es kommen keine Anträge; es kommen nicht einmal schlaue Anfragen. Das ist in sich überhaupt nicht schlüssig. Deshalb werden wir diese Vorlage ablehnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Detjen hat noch eine Anmerkung.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Kollege Frank, Kollege Börschel, Herr Breite, ich appelliere noch einmal im Hinblick auf den Bürgerhaushalt an Sie. Folgendes Beispiel: In Essen ist der Bürgerhaushalt beschlossen worden, obwohl sich die Stadt im Nothaushalt befindet. Sie macht im Nothaushalt einen Bürgerhaushalt, in dem ausschließlich Einsparvorschläge vorgesehen sind. Das finde ich zwar nicht prickelnd, aber immerhin ist das ein Weg, den man gehen kann.

Lasst uns doch daran festhalten: Wir machen einen Bürgerhaushalt 2011. Wenn ihr das jetzt nicht zusichern könnt, dann lasst uns doch die Entscheidung über diese Frage um eine Ratssitzung verschieben. Wir haben weder eine Lenkungsgruppe noch eine Beiratsgruppe dazu gehabt. Das ist mit niemandem diskutiert worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bürgerhaushalt war immer eine Initiative aller Ratsparteien. Wir haben doch immer versucht, im Konsensprinzip einen Weg zu finden. Vielleicht können Sie sich daran erinnern, dass ich beim letzten Bürgerhaushalt irgendwelchen Änderungen grummelnd zugestimmt habe, nur, damit dieser Bürgerhaushalt fortgesetzt werden kann. Ich appelliere an Sie, Kollege Frank: Im Bürgerhaushalt 2010 waren 26 Prozent aller Vorschläge Einsparungsvorschläge. Die Quote ist von 23 Prozent auf 26 Prozent gestiegen. Dieses kleine Pflänzchen müssen wir doch weiter pflegen.

Der Bürgerhaushalt funktioniert nur in einem jährlichen Rhythmus. Das haben wir doch von Porto Allegre gelernt. Deshalb haben wir das Verfahren so strukturiert, dass wir jedes Jahr drei verschiedene Themen vorgeben und nach fünf Jahren noch einmal neu diskutieren. Ich will, dass wir diesen Rhythmus beibehalten. Wir können gerne darüber reden, ob wir verschiedene Sachen vielleicht effizienter machen können. Aber wenn wir diesen Rhythmus nicht beibehalten, dann haben wir den Bürgerhaushalt zerstört, weil wir ihn schon einmal geschoben haben. Das ist doch das Problem. Mein Anliegen ist: Lasst uns die Frage Bürgerhaushalt heute herausnehmen und darüber in der nächsten Ratssitzung - das reicht noch - entscheiden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Nur ein Satz noch zur Wahrheit und Klarheit. Lieber Jörg Detjen, einen sichereren Weg, den Bürgerhaushalt zu versenken, gibt es doch gar nicht, als ihn heute zu vertagen. Es ist doch wirklich absurd, den Vorschlag zu machen, das auf eine der nächsten Ratssitzungen zu verschieben.

(Zuruf von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

Die Verwaltung muss einen solchen Bürgerhaushalt vorbereiten. Deswegen braucht sie heute den Beschluss, den wir per Änderungsantrag auf den Weg bringen wollen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Beschlussvorschlag.

Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab. Wer ist gegen den Vorschlag der Fraktion Die Linke? - SPD, Grüne, CDU, FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Damit ist er abgelehnt.

Dann stimmen wir über den Änderungsantrag von SPD, Grünen und FDP ab. Wer ist gegen diesen Antrag von SPD, Grünen und FDP? - Das ist die CDU. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei den Linken und bei Herrn Zimmermann. Damit ist der Antrag so angenommen.

Schließlich stimmen wir über die Vorlage in der geänderten Fassung ab. Wer ist gegen die Vorlage in der geänderten Fassung? - Das sind die CDU, die Fraktion pro Köln, die Fraktion Die Linke und Herr Hoffmann. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist der Beschlussvorschlag so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.19 auf:

10.19 Baumaßnahmen zur Realisierung der Ganztagsoffensive Sekundarstufe I hier: verkürztes Planungs- und Beschlussverfahren und Generalunternehmer-Ausschreibungen 0459/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist er so angenommen.

Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Außerplanmäßige Aufwendungen und überplanmäßige Auszahlungen im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs
0311/2010**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Niemand. Enthaltungen? - Ebenfalls niemand. Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung zum Einbau einer Lüftungs- und Klimaanlage im Saal des Bürgerzentrums Engelshof
5866/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist er so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

12. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 62461/02
Arbeitstitel: Neue Vitalisstraße in Köln-Müngersdorf
5142/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Dann ist das so angenommen.

Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über die Stellungnahme sowie Satzungsbeschluss betreffend die 5. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 6456/06
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Langel in Köln-Fühlungen/Merkenich, 5. Änderung und Ergänzung
5190/2009**

Abgestimmt werden soll wie StEA, Anlage 8. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Niemand. Wer enthält

sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und von Herrn Zimmermann ist das so angenommen.

Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 66455/06
Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord
0366/2010**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Von Herrn Detjen und Herrn Uckermann.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Wir werden diese Vorlage ablehnen. Ich gebe meine Rede (Anlage 1) zu Protokoll weil es jetzt zeitlich nicht mehr tragbar ist, sie vorzutragen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke für Ihr Verständnis. Das wird zu Protokoll genommen. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe leider keine Rede, die ich Ihnen zu Protokoll geben kann.

(Reinhard Houben [FDP]: Das ist richtig schade, Herr Uckermann!)

- Herr Houben, ich habe Sie nicht verstanden.

(Reinhard Houben [FDP]: Das macht nichts!)

- Das macht nichts. Dann war es wohl nicht so wichtig. Sie scheinen ja noch viel Zeit zu haben, wenn Sie hier so dumme Bemerkungen machen können. - Ich lese hier nie irgendwelche Reden ab, sondern wir von der Bürgerbewegung pro Köln versuchen immer, aktuell zu sein. Wir reden natürlich immer nach Faktenlage und versuchen, die Sache zum Besten zu bringen.

Auch wir lehnen diese Vorlage ab, aber wir sind natürlich konstruktiv und sagen: Die Höhenentwicklung des ganzen Bereichs - das beinhaltet unser Änderungsantrag - soll sich an die Traufhöhe des ehemaligen Historischen Archivs anpassen. Das war eine Forderung aus

der Bürgerschaft. Wir haben das begleitet, uns aber zunächst herausgehalten, weil wir dachten, dass alle Parteien doch hier gemeinsam etwas Gutes für Köln erreichen wollen.

Die Kirche St. Gereon ist immerhin die Bischofskirche und, was viele nicht wissen, eine der bedeutenden romanischen Kirchen des Abendlandes. Die Kirche hat schon durch die Bebauungen zum Dom hin gelitten. Dadurch wird ihre architektonische Wirkung eingeschränkt. Wir halten es für unverantwortlich, die Baugesetze auf kommunaler Ebene jetzt so zu ändern, dass durch eine weitere Hochbebauung die Kirche in ihrer Wirkung noch weiter eingeschränkt wird.

Von daher würden wir Sie doch alle bitten, sich einmal von Ihrer parteipolitischen Rason oder der Angst vor der Kölner Presse zu lösen und aus eigener Überlegung heraus auf Grundlage der Fakten zu entscheiden. Dann würden Sie nämlich zu dem Schluss kommen: Eine Nachverdichtung, also eine entsprechende Bebauung sollte sich an den bestehenden historischen Gebäuden orientieren. Das ehemalige Historische Stadtarchiv ist genau das richtige Referenzgebäude dafür. Bis zu dessen Traufhöhe ist das vertretbar, alles andere würde der architektonischen Wirkung dieser Kirche schweren Schaden zufügen. Und das wollen wir ja alle nicht. Ich bitte Sie also, der Verwaltungsvorlage nur in Verbindung mit dem Änderungsantrag der Fraktion pro Köln zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall von Bernd Schöppe [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir zunächst über den Änderungsantrag ab, der gerade von Herrn Uckermann vorgestellt worden ist. Wer ist gegen den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln? - Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, Linke, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussvorlage. Wer ist für die Änderung sowie den Satzungsbeschluss im Sinne der Beschlussvorlage? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Herrn Hoffmann. Damit ist - -

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Moment, Gegenstimmen!)

Gegenstimmen? -

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]
hebt den Arm)

Damit ist der Beschlussvorschlag angenommen.

Tagesordnungspunkt 12.4:

**12.4 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 74502/02
Arbeitstitel: Heidekarree in Köln-Dellbrück
4155/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Vorlage zu diesem Satzungsbeschluss? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Dann ist sie so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

15. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Tagesordnungspunkt 15.1:

**15.1 Entwicklungskonzept Porz-Mitte
3629/2008**

Abgestimmt werden soll in der Neufassung, wie Anlage 9. Gibt es Wortmeldungen? -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, ich würde bitten, dass wir die Beschlussvorlage wie StEA machen!)

Ich wiederhole noch einmal: Abgestimmt werden soll in der Neufassung, wie StEA, Anlage 9. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann und der Fraktion pro Köln ist damit der Beschlussvorschlag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

17. Wahlen

Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Ich beantrage im Namen meiner Fraktion bei den Wahlen, bei denen die Auszählung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren erfolgt, geheime Abstimmung.

(Markus Wiener [pro Köln]: Ich bin erstaunt, das die Ratssitzung wieder in die Länge gezogen wird!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Schauen Sie mal, das ist ja nicht unser Hobby hier. Um ein Zeichen der Solidarität auszusenden, haben wir von der Bürgerbewegung pro Köln uns heute entschlossen, auf geheime Wahlen zu verzichten. Als ich eben den FDP-Abgeordneten zugehört habe, fiel mir das nette Gutachten der Uni Siegen ein, das man über das Verhalten der Fraktion pro Köln im Kölner Rat wohl angefordert und auch bezahlt hat. Dazu werden wir noch einmal einen Extra-Antrag machen. Darin war unter anderem zu lesen, die Fraktion pro Köln würde bei personenbezogenen Wahlen öfter geheime Abstimmung einfordern, sie würde also das tun, was jetzt Herr Breite getan hat.

(Zuruf von pro Köln: Das wäre ein Zeichen von Rechtsextremismus!)

- Genau. Das wäre ein Zeichen von Rechtsextremismus.

(Zuruf: Was wollen Sie denn jetzt damit sagen?)

- Entschuldigung, Sie haben jetzt nicht das Wort, sondern ich. Wenn Sie den Mund halten und zuhören, werden Sie gleich erfahren, was ich damit sagen will.

Ich wollte fragen, ob der Oberbürgermeister diese Einschätzung teilt, dass man, wenn man geheime Wahlen beantragt, in die Nähe der NPD rückt. In dem Gutachten ist ja zu lesen, es wäre ein Trick der NPD, bei personenbezogenen Wahlen geheime Wahl zu beantragen. Wir haben das heute nicht getan. Das möchte ich zu Protokoll geben. Das hat die FDP beantragt. Welche Verbindung die FDP zur NPD hat, weiß ich nicht.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich schließe aus Ihren wortreichen Ausführungen, dass Sie keinen Antrag auf geheime Wahl gestellt haben.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ja!)

Das musste ich noch einmal zur Klarstellung sagen. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Ich möchte zu Protokoll geben, dass ich hier ein demokratisches Recht wahrnehme, wenn ich den Antrag auf geheime Wahl stelle. Nur das zu Protokoll. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Das ist natürlich das gute Recht der FDP. Nur, ich bitte darum, dass man sich auch künftig daran erinnern möge, wenn wir das wieder einmal beantragen. Uns wird ja immer vorgeworfen, wir würden das nur aus dem Grund machen, weil wir den Rat blockieren wollten. Das sollte man sich dann schon auch merken für die Zukunft. Darum bitte ich nur ganz kollegial.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay.

Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Nachwahl einer Stellvertretung für einen Vertreter der Stadt Köln in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Hof 0538/2010

Es handelt sich um eine Mehrheitswahl im Sinne des § 50.2. Von der Verwaltung ist Herr Bernd Kiefer vorgeschlagen. Wer spricht sich für Herrn Kiefer aus? - SPD, Grüne, CDU, FDP, pro Köln, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Linke. Damit ist Herr Kiefer gewählt.

Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Mitwirkung der Politik in der Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement 0693/2010

Diese Wahl wird nach Hare/Niemeyer ausgezählt. Wir werden, wie gehabt, en bloc abstimmen. Es liegen folgende Vorschläge vor:

- Liste 1, SPD: Monika Schultes
- Liste 2, CDU: Henk van Benthem

- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: Ossi Werner Helling
- Liste 4, FDP: Manfred Wolf#

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 0717/2010

Die Vorlage dazu liegt Ihnen vor. Abgestimmt werden soll über die Vorschläge, wie in der Vorlage dargestellt. Besteht der Wunsch, dass sie noch einmal vorgelesen wird? -

(Zurufe: Nein!)

- Das ist nicht der Fall. - Wer ist für die Ihnen vorgelegte Liste der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Fraktion Die Linke. Enthaltungen? - Bei der Fraktion pro Köln. Gegenstimmen? - Keine.

Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Berufung eines Vertreters/einer Vertreterin einer Religionsgemeinschaft als ständiges/ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung 0755/2010

Ich stimme dabei nicht mit. - Auch hierzu liegt Ihnen eine Vorlage vor. Wer stimmt für diese Vorlage? - SPD, CDU, FDP, pro Köln, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die Grünen und die Fraktion Die Linke. Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Berufung einer/eines Vertreterin/Vertreters der Bezirksschülervertretung als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Eigenschaft einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohnern 0757/2010

Ich stimme wiederum nicht mit. - Auch hierzu liegt Ihnen eine Vorlage vor, in der Frau Berit Fröhlich und Herr Lukas Lorenz benannt worden sind. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Wer enthält sich? - Damit ist das so angenommen.

Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Benennung von Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW 0841/2010

Hier wird nach Hare/Niemeyer ausgezählt. - Ich lese die einzelnen Vorschläge vor:

- Liste 1, SPD: Susana dos Santos Herrmann, Franz Philippi
- Liste 2, CDU: Hildburg Holländer, Dr. Ralph Elster
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: Barbara Moritz, Jörg Frank
- Liste 4, FDP: Ralph Sterck
- Liste 6: Jörg Detjen#

Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Wir schlagen Bernd Schöppe vor und als Gast Jörg Uckermann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Über diesen Punkt erfolgt, wie beantragt, geheime Abstimmung.

Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Bestellung von städtischen Vertretern in den Organen des Vereins Deutsches Sport & Olympia-Museum e. V. 0441/2010

Als Vertreter der Stadt in der Mitgliederversammlung wird Herr Peter Kron vorgeschlagen, als Vertreter der Stadt im Vorstand des Vereins Deutsches Sport & Olympia-Museum e. V. Wolfgang Bosbach. Wir stimmen nacheinander ab.

Wer ist gegen den Vorschlag, Herrn Peter Kron als Vertreter der Stadt in der Mitgliederversammlung zu wählen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist Herr Peter Kron gewählt.

Wer ist gegen den Vorschlag, Herrn Wolfgang Bosbach als Vertreter der Stadt in den Vorstand des Vereins zu wählen? - Wer enthält sich? - Die

Fraktion pro Köln. Damit ist Herr Bosbach gewählt.

Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Bestellung eines städtischen Vertreters im Verein Kölner Sportgeschichte e. V. 0442/2010

Vorgeschlagen worden ist Herr Dieter Sanden. Wir stimmen ab. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist Herr Dieter Sanden gewählt.

Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 MÜLHEIM 2020 Integriertes Handlungskonzept für Köln-Mülheim, -Buchforst und -Buchheim hier: Wahl weiterer Mitglieder des Veedelsbeirates 0595/2010

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Die Mitglieder sind darin genannt. Wir stimmen jetzt über Anlage 3 der Vorlage ab. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Gibt es Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Damit so gewählt.

Tagesordnungspunkt 17.10:

17.10 Wahl der Mitglieder zum Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein 4918/2009

Ausgezählt wird hier nach Hare/Niemeyer. - Vorgeschlagen sind:

- Liste 1, SPD: Götz Bacher, Willi Stadoll
- Liste 2, CDU: Henk von Benthem
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: Dieter Redlin
- Liste 4, FDP: Sylvia Laufenberg#

Gibt es weitere Vorschläge? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Wir schlagen Regina Wilden vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Darüber wird, wie beantragt, geheim abgestimmt.

Tagesordnungspunkt 17.11:

17.11 GAG Immobilien AG

Vorschläge für die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats 1001/2010

Wir müssen hier einen Weisungsbeschluss fassen. Die nächste Ordentliche Hauptversammlung der GAG Immobilien AG wird damit beauftragt, sechs Ratsmitglieder unserer Wahl in den Aufsichtsrat zu wählen. Hinzu kommt Herr Rips, Bürgermeister der Stadt Erftstadt, als unabhängiges und sachkundiges Mitglied im Sinne des § 100 Abs. 5 des Aktiengesetzes. Diesen Teil der Vorlage werde ich Ihnen zur Kenntnis geben. Für die Wahl der sechs Ratsmitglieder findet das Verfahren Hare/Niemeyer, also wieder geheime Wahl, Anwendung. Dazu liegen folgende Vorschläge vor:

- Liste 1, SPD: Jochen Ott, Barbara Moritz
- Liste 2, CDU: Michael Evert, Gisela Manderla
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: Ossi Werner Helling
- Liste 4, FDP: Ralph Sterck #

Gibt es weitere Vorschläge? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Pro Köln schlägt Frau Judith Wolter vor.

(Winrich Granitzka [CDU]: Herr Oberbürgermeister, darf ich noch eine Frage stellen?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja.

Winrich Granitzka (CDU): Ist das auch auf einer gemeinsamen Liste?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. Das ist eine gemeinsame Liste, wie bei den vergangenen Abstimmungen auch.

Winrich Granitzka (CDU): Okay. Ich frage das nur, weil Sie gerade Liste 1 und Liste 2 gesagt haben.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Bei den anderen Abstimmungen war es keine gemeinsame Liste! - Gegenrufe: Doch!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben auch in den vergangenen Ratssitzungen über Listen dieser Art abgestimmt.

Tagesordnungspunkt 17.12:

17.12 Wahl von sachkundigen Einwohnerinnen/Einwohnern und stellvertretenden sachkundigen Einwohnerinnen/Einwohnern in Ratsausschüssen 1124/2010

Das ist bezogen auf den Integrationsrat. Wir stimmen über die Vorlage ab, die Ihnen zugestellt worden ist und somit vorliegt. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Wer enthält sich? - Keiner. Damit hat die Wahl stattgefunden und die benannten Personen sind gewählt.

Tagesordnungspunkt 17.13:

17.13 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung von Herrn Ulrich Breite als stellvertretendes Mitglied der Zweckversammlung des Sparkassenverbandes „Zweckverband KölnBonn“ AN/0550/2010

Auf Antrag der FDP-Fraktion soll eine Umbenennung in der Zweckversammlung des Sparkassenverbandes erfolgen. Als Stellvertreter von Frau Christraut Kirchmeyer schlägt die FDP-Fraktion Herrn Ulrich Breite vor.

Wir brauchen hierzu einen Mehrheitsbeschluss. Wer ist gegen diese Benennung? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist Herr Breite so ernannt.

Tagesordnungspunkt 17.14:

17.14 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Kreiswahlausschuss Landtagswahl 2010 AN/0554/2010

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benennt Frau Katharina Dröge für den Kreiswahlausschuss zur Landtagswahl 2010. Herr Stefan Peil nimmt sein Mandat nicht weiter wahr.

Auch dafür ist ein Mehrheitsbeschluss nötig. Ich selbst stimme nicht mit. - Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Keiner. Enthaltungen? - Enthaltung der Fraktion pro Köln. Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt 17.15:

17.15 Antrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis) hier: Zweckverbandsversammlung VRS AN/0570/2010

Wir stimmen offen darüber ab, Herrn Hoffmann als Nachfolger von Herrn Dr. Müser als Vertreter der Stadt Köln in den Zweckverband des VRS zu entsenden. Wer ist gegen diese Entsendung? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Somit einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 17.16:

17.16 Antrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis) hier: Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn AN/0571/2010

Wir stimmen offen darüber ab, Herrn Hoffmann als Nachfolger von Herrn Dr. Müser als Vertreter der Stadt Köln in den Zweckverband der Sparkasse KölnBonn zu entsenden. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist Herr Hoffmann gewählt.

Tagesordnungspunkt 17.17:

17.17 Benennung eines Verbandsvertreters für die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse KölnBonn AN/0573/2010

Anstelle von Herrn Jörg van Geffen schlägt die SPD-Fraktion vor, Frau Dr. Eva Bürgermeister als Vertreterin zu entsenden. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist Frau Dr. Eva Bürgermeister gewählt.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 3.1.1 auf:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Bildung von Unterausschüssen“ AN/0488/2010

Ich nenne die Vorschläge, die unter der gemeinsamen Liste 1 zusammengefasst sind. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Ich stelle für die Fraktion pro Köln den Antrag, diesen Wahlakt auf die nächste Sitzung zu verschieben und bis dahin eine entsprechende Verwaltungsvorlage vorzulegen. Es kann ja nicht sein, dass Sie jetzt in vorauseilendem Gehorsam noch dazu zu später Stunde eine solche Wahl durchziehen. Das wollen Sie dann auch noch geheim machen. Tut mir leid, das sind einfach keine Manieren, unabhängig von dem politischen Schaden, den Sie anrichten. Ich denke, dazu muss eine Verwaltungsvorlage vorliegen. Das können Sie jetzt nicht einfach so anfügen. Ich beispielsweise kann mich nicht daran erinnern, dass wir das in die Tagesordnung aufgenommen haben. Ich bitte Sie daher, von diesem Vorhaben zu später Stunde abzulassen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Den Punkt Bildung von Unterausschüssen haben wir erstens beschlossen. Zweitens war das in der Tagesordnung so festgelegt, die wir gemeinsam beschlossen haben.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Ihren Antrag, den Punkt in die nächste Sitzung zu verlegen. Wer spricht sich für diesen Antrag der Verlegung auf die nächste Sitzung aus? - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltung von Herrn Zimmermann. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von
22.10 bis 22.17 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir fahren mit Tagesordnungspunkt 3.1.1, Bildung von Unterausschüssen, fort. Zur Klarstellung will ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Vorschläge 1, 2, 3 und 4 jeweils als Liste 1 geführt werden, so wie wir es in den letzten Sitzungen immer gemacht haben. Der Vorschlag 5 von pro Köln ist in Liste 5 aufgeführt.

Die Vorschläge für den Unterausschuss Ganztagslauten wie folgt:

- Liste 1: Dr. Ralf Heinen, Franz Philippi, Gisela Manderla, Dr. Helge Schlieben, Kirsten Jahn, Horst Thelen und Frau Eva-Maria Fiedler

Gibt es zu Liste 5 Vorschläge?

(Markus Wiener [pro Köln]:
Manfred Rouhs!)

- Liste 5: Manfred Rouhs.

(Markus Wiener [pro Köln]:
Markus Wiener!)

Die Vorschläge für den Unterausschuss Stellenplan lauten wie folgt:

- Liste 1: Polina Frebel, Michael Neubert, Winrich Granitzka, Stefan Götz, Brigitta von Bülow, Andreas Wolter, Ulrich Breite

(Markus Wiener [pro Köln]:
Markus Wiener!)

Liste 5: Markus Wiener

Die Vorschläge für den Unterausschuss Informations- und Kommunikationstechnik lauten wie folgt:

- Liste 1: Michael Neubert, Susana dos Santos Herrmann, Dr. Ralph Elster, Gisela Manderla, Dr. Matthias Welpmann, Bettina Tull, Michael Kuhle

(Markus Wiener [pro Köln]:
Bernd Schöppe!)

- Liste 5: Bernd Schöppe.

Die Vorschläge für den Unterausschuss Verwaltungsorganisation lauten wie folgt:

- Liste 1: Monika Möller, Michael Neubert, Gisela Manderla, Stefan Götz, Andreas Wolter, Jörg Frank, Michael Ahr

Wie lautet der Vorschlag für Liste 5?

(Markus Wiener [pro Köln]:
Judith Wolter!)

- Liste 5: Judith Wolter

Die Vorschläge für den Unterausschuss Kreditmanagement lauten wie folgt:

- Liste 1: Werner Böllinger, Peter Kron, Karl-Jürgen Klipper, Anna-Maria Henk-Hollstein, Jörg Frank, Kirsten Reinhardt, Ulrich Breite

(Markus Wiener [pro Köln]:
Jörg Uckermann!)

- Liste 5: Jörg Uckermann

Die Vorschläge für den Unterausschuss Kulturbauten lauten wie folgt:

- Liste 1: Monika Möller, Anke Brunn, Thor-Geir Zimmermann, Karl-Jürgen Klipper, Barbara Moritz, Stefan Peil, Volker Görzel

- Liste 5: Herr Uckermann

Die Vorschläge für den Unterausschuss Selbsthilfegruppen lauten wie folgt:

- Liste 1: Monika Schultes, Walter Schulz, Bernd Ensmann, Ursula Gärtner, Ossi Werner Helling, Stefan Peil, Katja Hoyer

Liste 5?

(Markus Wiener [pro Köln]:
Bernd Schöppe!)

- Liste 5: Bernd Schöppe

Damit kommen wir jetzt zu den geheimen Wahlen.

Als Stimmzähler werden Herr Kron, Herr Klipper, Frau Schlitt, Frau Möller, Herr Koke und Herr Thelen fungieren.

Frau Kramp wird Sie in Kürze in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Für die Zeit der Vorbereitung der Abstimmung unterbreche ich noch einmal die Sitzung.

(Unterbrechung von
22.22 bis 22.30 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte die von mir eben benannten Stimmzählerinnen und Stimmzähler, sich bereitzuhalten.

(Namensaufruf und Wahlgang
von 22.36 bis 23.10 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sicherlich in Ihrem Sinne, dass wir, während die Stimmen ausgezählt werden, mit dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung fortfahren.

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung
von 23.11 bis 23.15 Uhr zur
Durchführung der nichtöffentlichen
Sitzung)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Der öffentliche Teil der Sitzung ist wieder eröffnet. Bis

zur Verkündung der Wahlergebnisse wird die Sitzung erneut unterbrochen.

(Unterbrechung von
23.15 bis 23.37 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich gebe Ihnen jetzt die Wahlergebnisse bekannt:

Steuerungsgruppe des Kölner Netzwerks Bürgerengagement

Gewählt sind: Monika Schultes, Henk van Benthem, Ossi Werner Helling, Manfred Wolf.

Abgeordnete für die Mitgliederversammlung des Städtetags

Gewählt sind: Susana dos Santos Herrmann, Franz Philippi, Hildburg Holländer, Dr. Ralph Elster, Barbara Moritz, Jörg Frank, Ralph Sterck, Jörg Detjen.

Es muss hier noch abgestimmt werden, ob Herr Uckermann als Gast beim Städtetag zugelassen werden soll oder nicht. Wer ist gegen die Teilnahme von Herrn Uckermann als Gast beim Städtetag NRW? - Das sind FDP, SPD, CDU, Grüne, Herr Zimmermann und die Linke.

Mitglieder zum Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein

Gewählt sind: Götz Bacher, Willi Stadoll, Henk van Benthem, Dieter Redlin, Sylvia Laufenberg.

GAG Immobilien AG

Gewählt sind: Jochen Ott, Barbara Moritz, Michael Evert, Gisela Manderla, Ossi Werner Helling, Ralph Sterck.

Unterausschuss Ganztage

Gewählt sind: Dr. Ralf Heinen, Franz Philippi, Gisela Manderla, Dr. Helge Schlieben, Kirsten Jahn, Horst Thelen, Eva-Maria Fiedler.

Unterausschuss Stellenplan

Gewählt sind: Polina Frebel, Michael Neubert, Winrich Granitzka, Stefan Götz, Brigitta von Bülow, Andreas Wolter, Ulrich Breite.

Unterausschuss Verwaltungsorganisation

Gewählt sind: Monika Möller, Michael Neubert, Gisela Manderla, Stefan Götz, Andreas Wolter, Jörg Frank, Michael Ahr.

Unterausschuss Informations- und Kommunikationstechnik

Gewählt sind: Michael Neubert, Susana dos Santos Herrmann, Dr. Ralph Elster, Gisela Manderla, Dr. Matthias Welpmann, Bettina Tull, Michael Kuhle.

Unterausschuss Kreditmanagement

Gewählt sind: Werner Böllinger, Peter Kron, Karl-Jürgen Klipper, Anna-Maria Henk-Hollstein, Jörg Frank, Kirsten Reinhardt, Ulrich Breite.

Unterausschuss Kulturbauten

Gewählt sind: Monika Möller, Anke Brunn, Thor-Geir Zimmermann, Karl-Jürgen Klipper, Barbara Moritz, Stefan Peil, Volker Görzel.

Unterausschuss Selbsthilfegruppen

Gewählt sind: Monika Schultes, Walter Schulz, Bernd Ensmann, Ursula Gärtner, Ossi Werner Helling, Stefan Peil, Katja Hoyer.

Damit sind wir am Schluss unserer heutigen Tagesordnung. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit bis in die letzten Minuten hinein und wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend und eine gute Nacht.

Die nächste Sitzung des Rates findet am 13. April 2010 statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 23.42 Uhr)

Anlage 1

**Zu Protokoll gegebene Rede des Ratsmitgliedes Jörg Detjen (Die Linke.Köln) zu Tagesordnungspunkt 12.3, Beschluss über die Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 66455/06
Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord
0366/2010**

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Das Höhenkonzept wurde im Mai 2007 beschlossen. Es ist ein Ärgernis, wenn heute, fast drei Jahre nach der Ratsentscheidung, noch immer kein endgültiger Text des Höhenkonzeptes vorliegt. Es wird höchste Zeit für einen ausgearbeiteten endgültigen Text.

Nach dem Höhenkonzept ist eine maximale Bauhöhe von 20,10 Meter für St. Gereon festgelegt worden. An diese maximale Bauhöhe muss man sich halten, wenn man das Höhenkonzept so umsetzen will, wie es gemeint ist. Wenn es jetzt heißt, mit „Maximalhöhe“ sei grundsätzlich „maximale Traufhöhe“ gemeint, ist das eine inhaltliche Verschiebung, die sich in vielen tausend Quadratmetern zusätzlicher Bruttogeschossfläche auf den Dächern der Innenstadt niederschlagen wird und schon jetzt niederschlägt.

Hinter dem alten Stadtarchiv sind die geplanten Bauten 23,70 Meter hoch und nicht 20,10 Meter. Das ist mit dem Höhenkonzept nicht zu vereinbaren.

Wenn man über die Höhen am Gereonskloster diskutiert, dann muss man die geplanten Höhen auch nennen. Das alte Stadtarchiv ist an seiner Traufe etwa 16 Meter hoch. Das direkt daneben geplante Bürohaus bekommt laut B-Plan eine Traufhöhe von 17,60 Meter. Das sind 1,60 Meter zu viel.

Die Bauten hinter dem Stadtarchiv bekommen eine Maximalhöhe von 23,70 Meter. St. Gereon hat eine Traufhöhe von 20,10 Meter. Das sind 3,60 Meter zu viel. Sie alle kennen den Ratsbeschluss zum Höhenkonzept. Dort heißt es zu Neubauten an den romanischen Kirchen: Falls die bestehende Bebauung niedriger als die Traufkante (der betreffenden Kirche) sein sollte, richtet sich die Höhe nach der bestehenden Bebauung.

Die jetzt noch dort befindlichen Häuser, die abgerissen werden sollen, sind circa 15,80 Meter

hoch. Diese Höhe muss also das Maß für die neue Bebauung sein.

Die vorliegende Planung sieht Häuser bis zu einer Höhe von 23,70 Meter maximale Höhe vor. Ein Verstoß gegen die Intention des Höhenkonzeptes! Das gründerzeitliche Haus, Gereonskloster 6, das so oft als Referenzpunkt herangezogen wird, hat eine Gesamthöhe von 23,50 Meter. Es ist also höher als die Traufe von St. Gereon und nicht niedriger. Es ist nicht richtig, dieses Haus als Maßstab heranzuziehen.

Es ist richtig, dass ein aufwendiges Verfahren zur Bürgerbeteiligung stattgefunden hat. Es hat mehrere Veranstaltungen gegeben. Was nutzt das aber, wenn alle Einwände zurückgewiesen werden? Das war hier der Fall. Nur auf den Einwand bezüglich des Spielplatzes wurde eingegangen.

Jetzt gibt es sozusagen kleine inoffizielle Zusagen des Investors, einen Baukörper um 1,41 Meter zurückzusetzen. Ein Staffelgeschoss wird etwas nach hinten versetzt, die Balkone zur Kirche hin sollen in ihrer Größe etwas reduziert werden. Diese Zusagen können nicht mehr politisch kontrolliert werden. Sie werden Gegenstand eines Baugenehmigungsverfahrens sein. Politischer Druck ist da nicht mehr zu machen.

Wir fordern die politischen Mitstreiter auf, heute dieser Vorlage nicht zuzustimmen. Die Verwaltung soll ein Mediationsverfahren durchführen. Am Ende muss ein echter Kompromiss stehen, der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt und vor allem dem politischen Willen des Höhenkonzeptes gerecht wird.